

1 **Antragsheft 1 & 2**

2 ***(Stand 16.8.2011)***

3 **zum**

4 **Landesparteitag**

5 **DIE LINKE. NRW**

6 **am 10./11.9.2011**

7 **in Mülheim**

8 **Antragsübersicht**

9

<b>Nr.</b>	<b>Benennung</b>	<b>AntragstellerInnen</b>
GO 1	Antrag zur Ergänzung von Artikel 11 der Geschäftsordnung des LPT	Günter Blocks
GO 2	Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT	LspR Sozialistische Linke
TO 1	Anträge zur Änderung der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt 4 wird geändert in	Günter Blocks
TO 2	Hinter Tagesordnungspunkt 12 neuer Top 13	Günter Blocks
TO 3	It's the budget, stupid	Alban Werner (LAG Wirtschaft, Finanzen, Haushalt in Gründung)
L 1	Wir sind die Opposition – Gegen Krisenpolitik und Lohnraub! Den Parteaufbau voranbringen!	Landesvorstand DIE LINKE.NRW
L1Ä1	Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 398-399	Christian Stadter
L1Ä2	Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 399-402	Günter Blocks
L 2	Gemeinwohl vor Profit: Eine Partei	Bernhard Sander, Alban Werner u.a.
H 1	Verhalten zum Haushalt 2012	KV Düsseldorf
H 2	Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der LINKEN.	KV Köln
F 1	Antrag zur Änderung der Finanzordnung	Landesvorstand DIE LINKE.NRW u.a.
F 2	Verzicht auf hauptamtliche GeschäftsführerIn	KV Köln
F 3	Die Änderung der Landesfinanzordnung solidarisch und zukunftsorientiert umsetzen	Günter Blocks, Nina Eumann u.a.
F 4	Fahrgeld-Topf	Ruth Tietz
P 1	Kämpfe um Zeit	Landesvorstand
P 2	Antrag „Senioren 1“	LAG Senioren
P 3	Antrag „Senioren 2“	LAG Senioren

P 4	Antrag „Senioren 3“	LAG Senioren
P 5	Deutschland – Eine Klassengesellschaft Ziffern 1 bis 5	Hans-Günter Bell(KV Köln), Alexander Recht (KV Köln) et al.
P 6	Antrag „Senioren 4“	LAG Senioren
P 7	Antrag „Senioren 5“	LAG Senioren
P 8	Antrag „Senioren 6“	LAG Senioren
P 9	Ersetzungsantrag „Öffentlich geförderte Beschäftigung“	KV Düsseldorf, LAG „Weg mit Hartz IV!“
P 10	Soziale Sicherheit und Gesundheit	LAG Gesundheit und Soziales
P 11	Antrag „Senioren 7“	LAG Senioren
P 12	Antrag „Senioren 8“	LAG Senioren
P 13	Antrag zu Zeile 1592	LAG Gesundheit und Soziales
P 14	Antrag zu Zeile 1596	LAG Gesundheit und Soziales
P 15	Antrag zu Zeilen 1606 bis 1610	LAG Gesundheit und Soziales
P 16	Antrag zu Zeile 1620	LAG Gesundheit und Soziales
P 17	Antrag zu Zeile 1625	LAG Gesundheit und Soziales
P 18	Antrag „Senioren 9“	LAG Senioren
P 19	Antrag „Senioren 10“	LAG Senioren
P 20	Antrag „Senioren 11“	LAG Senioren
P 21	Faschismus und Rassismus bekämpfen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 22	Rechtspopulismus	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 23	Nato-Mitgliedschaft kündigen	Hossein Phaghani (KV Köln), Klaus Roth (KV Köln)
P 24	Völkerrecht und Vereinte Nationen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 25	Polizeieinsätze	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 26	Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft (Ziffer 6)	Hans-Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln) u.a.
P 27	Rote Haltelinien	Hans Günter Bell (KV Köln), LspR Sozialistische Linke u.a.
P 27 Ä1	Änderungsantrag zu P 27: Keine Einsätze der Bundeswehr	Michael Bruns (KV Soest), Hans-Otto Spanke (KV Soest)
P 28	Aufbau einer neuen Internationalen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.

S 1	Frauenanteil in Kreisvorständen	Günter Blocks
S 2	Größe Parteivorstand	Günter Blocks
S 3	Quote Beschäftigte in Gremien	Günter Blocks
S 4	Einführung einer Verwarnung	Günter Blocks
SO 1	Antragberechtigung Parteiausschluss	Günter Blocks
SO 2	Kostenzuweisung Schiedsverfahren	Günter Blocks
A 1	Christopher Street Day	LAG Queer NRW
A 2	Innerparteilicher Pluralismus im Web	Peter Eßer u.a.
A 3	Stand der Umsetzung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung	Christian Stadter
A 4	Bekräftigung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung	Christian Stadter
A 5	Mumia Abu-Jamal	Christian Stadter
A 6	Rechtspopulismus stoppen – konsequent für soziale Gerechtigkeit!	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW)
A 7	Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft	Willi Dedecke, Artur Forge u.a.

## Anträge zur Geschäftsordnung

### GO-1

#### Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT

Antragsteller: Günter Blocks

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Artikel 11 der Geschäftsordnung wird als neuer letzter Satz eingefügt:

*Übernimmt der/die AntragstellerIn einen Änderungs- oder Ergänzungsantrag, so kann die Versammlung per Mehrheitsbeschluss verlangen, dass dieser übernommene Passus dennoch zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt wird.*

Begründung:

Vor dem Hintergrund der heftigen (GO-)Debatte um das Sommerfest im Landesrat, aber auch ähnlich gelagerter Verfahrens-Debatten im Kontext der Diskussion um Wahlprogramme zur Landtagswahl auf Landesparteitagen hat der Landesrat im Mai 2011 eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsordnung bereits vorgenommen.

Eine dementsprechende Ergänzung der GO des LPT kann auch für dieses Organ die Verfahrenssicherheit erhöhen und unnötige Verfahrensstreitigkeiten reduzieren.

### GO-2

#### Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT

Antragsteller: LandessprecherInnenRat der Sozialistischen Linken

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Artikel 11 der Geschäftsordnung wird speziell für **diesen** Landesparteitag als neuer zweiter Satz eingefügt:

*Auf die Anwendung der impliziten Kann-Bestimmung zur Nicht-Befassung von Anträgen von Einzelpersonen in § 17 Abs. 6 Landessatzung wird auf dem Landesparteitag am 10./11. September 2011 verzichtet.*

Begründung:

Zwei Passagen der Bundes- und Landessatzung stehen in grundlegendem Widerstreit:

- In § 4 Abs. 1 Bundessatzung heißt es:  
*Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen dieser Bundessatzung und der beschlossenen Geschäftsordnungen*

...

d) Anträge an alle Organe der Partei zu stellen, ...

also auch als Einzelperson Anträge an Landes- und Bundesparteitage zu stellen.

45 - In § 17 Abs. 6 Landessatzung heißt es hingegen:  
46 *Fristgerecht eingereichte Anträge, welche von Kreis-, Orts-, Bezirks- oder*  
47 *Regionalverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Landesarbeitskreisen,*  
48 *Organen der Landespartei, Kommissionen des Landesparteitages oder als*  
49 *Dringlichkeits- bzw. Initiativantrag von mindestens 25 Delegierten gestellt*  
50 *werden, sind durch den Landesparteitag zu behandeln.*  
51 Implizit folgt daraus, dass Anträge von Einzelpersonen durch Empfehlung der  
52 Antragskommission von der Diskussion und Beschlussfassung ausgeschlossen  
53 werden können.

54 Letzteres kann durchaus Sinn machen, um AntragstellerInnen dazu zu bewegen, ihre  
55 Position zunächst in ihrem jeweiligen Basis-Umfeld zur Diskussion zu stellen und um  
56 Parteitage vor einer denkbaren Überfrachtung mit Hunderten zu behandelnder  
57 Einzelanträge zu bewahren.

58 Die Termin-Abfolge im Kontext dieses Landesparteitages legt es aber dringend nahe,  
59 auf die impliziten Restriktionen von § 17 Abs. 6 Landessatzung zu verzichten:

60 - Erst kurz vor den NRW-Sommerferien wurden die Leitanträge des  
61 Parteivorstandes veröffentlicht. Und diese Leitanträge zum Bundesparteitag  
62 spielen eine zentrale Rolle auf unserem Landesparteitag.

63 - Erst zu Beginn der NRW-Sommerferien wurde der Leitantrag des  
64 Landesvorstandes zu diesem Landesparteitag veröffentlicht.

65 - Die Anträge aus dem Landesverband zum Parteiprogramm sind auch einen  
66 Tag vor dem Antragschluss zum Landesparteitag – also mitten in den NRW-  
67 Sommerferien – noch nicht parteiöffentlich publiziert.

68 - Bis zum Ende der NRW-Sommerferien am 06.09.11 sind aber alle  
69 Antragsfristen zu Bundes- und Landesparteitag – einschließlich dem erstmals  
70 geltenden Antragschluss für Änderungsanträge zum Landesparteitag  
71 (02.09.11!) – abgelaufen.

72 In kaum einem Kreisverband oder Innerparteilichen Zusammenschluss hat aber in  
73 den Ferien eine Mitgliederversammlung stattgefunden, in der Parteitagsanträge  
74 hätten diskutiert werden können.

75 Eine wirklich lebendige politisch-inhaltliche Diskussion kann deshalb nur sicher  
76 gestellt werden, wenn wir diesmal auch „großzügig“ Anträge von Einzelpersonen  
77 zulassen.

78 **Anträge zur Tagesordnung**

79 **TO-1**

80 **Änderung in TOP 4**

81 Antragsteller: Günter Blocks

82 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

83 - Tagesordnungspunkt 4. wird geändert in:

84 „Eine Partei für die Mehrheit!“ – Diskussion der alternativen Leitanträge

85 Einbringung durch VertreterInnen der jeweiligen AntragstellerInnen

86 Begründung:

87 Es liegen zwei alternative Leitantrags-Entwürfe vor, die gleichberechtigt behandelt zu  
88 werden verdienen.

89 **TO-2**

90 **Neuer TOP 13**

91 Antragsteller: Günter Blocks

92 - Hinter Tagesordnungspunkt 12. wird ein neuer TOP 13. eingefügt mit dem  
93 Titel:

94 „Änderungsanträge zu den weiteren Leitanträgen zum Bundesparteitag“

95 Hierfür ist ein Zeitrahmen von mindestens einer Stunde anzusetzen.

96 Der zusätzliche Zeitrahmen ist entweder aus dem Zeitbudget der TOPs 11. und 12.  
97 zu entnehmen, die mit insgesamt sechs Stunden sehr üppig angesetzt sind, oder der  
98 LPT ist um mindestens eine Stunde zu verlängern.

99 Begründung:

100 „Satzungs-Fragen sind Macht-Fragen“ – deshalb muss neben dem Parteiprogramm  
101 auch der Diskussion zu den anderen Leitanträgen zum Bundesparteitag  
102 angemessener Raum zur Verfügung gestellt werden.

103 **TO-3**

104 ***It's the budget, stupid!***

105 *Die Positionierung der LINKEN. NRW zum NRW-Haushalt 2012 diskutieren*

106 Antragsteller: LAG Wirtschaft, Finanzen, Haushalt (in Gründung)

107 Der Landesparteitag möge beschließen:

108 Die Tagesordnung des PT wird wie folgt geändert: der TOP 4 >Stärkung und Aufbau  
109 des Landesverbandes< wird zu 4.1, ihr folgt ein weiterer Unterpunkt.

110 Unter diesem neuen Punkt 4.2 >DIE LINKE. NRW und der Landeshaushalt 2012< soll  
111 der Parteitag Gelegenheit haben, über die vorliegenden Anträge bzw. Antragsteile zu  
112 diskutieren und zu beschließen, in denen es um das Verfahren zur Positionierung  
113 beim nächsten Landeshaushalt NRW für 2012 geht.

114 Begründung:

115 Schon über einen Monat vor dem Landesparteitag liegen mehrere Anträge vor, in  
116 denen es um die Positionierung unseres Landesverbandes gegenüber dem  
117 anstehenden Haushalt geht. Die beiden vorliegenden Leitanträge unterscheiden sich  
118 stark vor allem in der Bewertung der rot-grünen Minderheitsregierung in NRW und  
119 darin, was von dieser haushaltspolitisch zu erwarten ist. Deswegen sollte dieser  
120 Punkt gesondert mit ausreichendem Zeitrahmen diskutiert werden, damit er nicht  
121 zwischen den vielen anderen Themen der Leitantragsdebatte „untergeht“. Als Teil der  
122 allgemeinen Antragsdebatte (nach Leitantrag, Grundsatzprogramm und Wahlen)  
123 wäre das Thema nicht gebührend verhandelt.



124 **Anträge zum Leitantrag**

125 **L-1**

126 **DIE LINKE. NRW**

127 **Leitantrag zum Landesparteitag September 2011**

128 ***„Ich bin bereit für eine Revolution, wenn das der einzige Weg ist, eine***  
129 ***Lösung zu finden. Wenn du weißt, dass etwas falsch läuft, ist es deine***  
130 ***Pflicht, es zu ändern.“***

131 **(Karl-Heinz Rummenigge, Vorstandsvorsitzender des FC Bayern München,**  
132 **The Guardian 26.7.11)**

133 **WIR SIND OPPOSITION - GEGEN KRISENPOLITIK UND LOHNRAUB**

134 **DEN PARTEIAUFBAU VORANBRINGEN!**

135 Die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN und ihre Ausstrahlung als konsequente  
136 Oppositionspartei gegen den Hauptstrom der herrschenden Politik hat nachgelassen.  
137 Viele sprechen deshalb von einer Krise der Partei und die entsprechenden  
138 Krisenexperten in den großen Medien, die kaum etwas wissen, aber alles erklären  
139 können, sind mit ihren Theorien schnell bei der Hand: Führungskrise,  
140 Fundamentalisten, unrealistischer Radikalismus etc.

141 Klar ist, wir sind eine Zehnprozentpartei. Aber sind zehn Prozent der  
142 WählerInnenstimmen für eine Partei mit unserem weit gehenden Programm und  
143 sogar Mehrheitsunterstützung für einzelne unserer Forderungen nicht eher  
144 erstaunliche als schlechte Werte?

145 Die, die es mit der unserer Partei gerade nicht gut meinen, schlagen jetzt vor, die  
146 LINKE könne nur durch Anpassung an die übrigen 90 Prozent stärker und attraktiver  
147 werden. Sie wollen, dass die LINKE so wird wie die anderen Parteien. Warum rufen  
148 sie nicht gleich, dass wir doch bitteschön an unserer eigenen Überflüssigkeit arbeiten  
149 sollten?. Eine Anpassung an SPD und Grüne im Sinne solcher RatgeberInnen lässt  
150 uns überflüssig werden. Daran werden weder unsere ParlamentarierInnen arbeiten,  
151 noch die vielen haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre unserer Partei und schon gar  
152 nicht unsere Mitglieder.

153 DIE LINKE.NRW hat keinen Grund, solchen Ratschlägen zur Anpassung zu folgen. Wir  
154 sind als klare antikapitalistische Opposition in den Landtag gewählt worden und alles,  
155 was seitdem passiert ist, ist für uns ein Aufruf: Bitte bleibt so! Wir brauchen  
156 wenigstens eine klare Stimme und Opposition gegen die Spar- und Abbaupolitik der  
157 anderen, gegen die Unterordnung unter die von Banken und Konzernen diktierten  
158 Sachzwänge und gegen eine Gesamtpolitik, die für die Armen und politisch  
159 Machtlosen in der Gesellschaft nur Zynismus übrig hat!

160 Offiziell wird verkündet, dass die unteren und mittleren Einkommensgruppen ein  
161 ganzes Jahrzehnt bei der Lohnentwicklung verloren haben. Die realen Löhne sinken.  
162 Wer außer der LINKEN fordert den Stopp der Lohnraubpolitik, wer fordert Weg mit  
163 Hartz IV, Mindestlohn und eine Umverteilung von oben nach unten? Offiziell reden

164 sie vom Ende der Krise. Wer außer der LINKEN solidarisiert sich mit den Opfern der  
165 Krisenanierung, bei uns und weltweit? Griechenland, Portugal, Irland, den  
166 osteuropäischen EU-Ländern und seit mehreren Jahrzehnten dem gesamten armen  
167 Süden der Welt werden Sparprogramme aufgezwungen, die noch schlimmer sind als  
168 die deutsche Agenda 2010. Und wenn diese Maßnahmen auf Kosten von Millionen  
169 Menschen wirken, wird sofort die nächste Welle der Lohnkürzung auch für  
170 Deutschland ausgerufen. Wer außer der LINKEN ruft nach internationaler Solidarität  
171 und gemeinsamen Kämpfen, fordert ein völlig neues „Europa von unten“, statt einer  
172 EU des Kapitals?

### 173 **DIE LINKE. NRW ist Klassenpartei und emanzipatorische Partei zugleich**

174 DIE LINKE. NRW steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und der  
175 Erwerbslosen. Mehr soziale Gerechtigkeit heißt deshalb, den Kampf gegen prekäre  
176 Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Minijobs zu führen und die Armut der  
177 Erwerbslosen in Hartz IV und von NiedriglöhnerInnen konsequent auf jede  
178 Tagesordnung zu setzen. Gemeinsam mit Betriebsräten, kämpfenden Belegschaften,  
179 Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen setzen wir uns gegen diese skandalöse  
180 Normalität des heutigen Kapitalismus zur Wehr. Das heißt für uns Solidarität!

181 Unsere Sofortforderungen lauten dabei weiterhin: 500 Euro Grundsicherung, 30  
182 Stunden Wochenarbeitszeit und 10 Euro Mindestlohn. Landesvorstand und  
183 Landtagsfraktion haben die Aufgabe, gemeinsam mit den Kreisverbänden und den  
184 Landesarbeitsgemeinschaften weiterhin dafür zu argumentieren, damit die  
185 repressionsfreie Grundsicherung, die Umverteilung von Arbeit durch eine radikale  
186 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Einführung des gesetzlichen  
187 Mindestlohns umgesetzt werden. Wir wollen gleichzeitig die Umverteilung von  
188 Reichtum durch eine Steuerpolitik zugunsten der Armen und Beschäftigten, zulasten  
189 der großen Unternehmen, der Banken und der Vermögenden. Nur die LINKE  
190 verbindet diese vier Elemente - Lohnpolitik, Arbeitszeitpolitik, Sozialpolitik und  
191 Steuerpolitik - zu einem Programm für mehr soziale Gerechtigkeit.

192 Gleichzeitig ist DIE LINKE. NRW eine emanzipatorische Partei. Sie ist feministisch,  
193 internationalistisch, ökologisch und für eine wirkliche, alle Menschen einbeziehende  
194 Demokratie. Der Kampf für die tatsächliche Gleichberechtigung gehört untrennbar  
195 zur Geschichte und den Aufgaben der LINKEN. Feministische Themen wie  
196 Quotierung, Lohngerechtigkeit und der Einsatz gegen sexualisierte und/ oder  
197 häusliche Gewalt müssen durch DIE LINKE mehr gesellschaftliche Unterstützung  
198 erfahren.. Der Kampf gegen patriarchale Unterdrückung hat für DIE LINKE.NRW  
199 einen eigenen Stellenwert und gehört weit nach oben auf die Agenda. Die LINKE  
200 kämpft für weltweite soziale Rechte für alle und eine neue Weltwirtschaftsordnung.

### 201 **Den Menschen Mut zum Politikwechsel machen!**

202 Die Politik der SPD-Grüne-Regierung in Düsseldorf ist halbherzig und in vielen  
203 Punkten bereits heute ein Verrat ihrer eigenen Wahlversprechen. Beispiele sind:  
204 Der sogenannte „Schulkonsens“, das faktisch verhinderte echte Sozialticket, die  
205 KiBiZ-Reformen, der Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und die  
206 Castortransporte sowie die WestLB-Abwicklung auf Kosten der Menschen in NRW.  
207 Und da, wo wenigstens etwas Richtiges getan wurde, ist die Politik nur

208 Flickschusterei. NRW benötigt stattdessen ein Zukunftsinvestitionsprogramm aus  
209 eigener Kraft mit Investitionen in Soziales, Infrastruktur, in Umweltschutz und  
210 Bildung, um die Politik der vergangenen Jahre umzukehren und eine soziale  
211 Grundlage der Politik zu schaffen. Nur DIE LINKE. NRW fordert eine solche  
212 ganzheitliche Politik und unsere Aktionsschwerpunkte der nächsten Zeit werden sich  
213 daraus ableiten.

214 Eine solche Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn es eine Politik der  
215 Umverteilung in Bund, Land und Kommune gibt. DIE LINKE. NRW weiß, dass die  
216 Schuldenlast des Landes und der Kommunen nicht in einer verschwenderischen  
217 Ausgabenpolitik begründet liegt, sondern in einer systematischen Unterfinanzierung  
218 durch die Umverteilung der letzten Jahrzehnte. Wer die Haushaltslage nachhaltig  
219 verbessern will, muss die Einnahmen erhöhen und Verteilungsgerechtigkeit  
220 durchsetzen. Ohne eine konsequente Umsetzung der Forderungen der LINKEN.NRW  
221 nach politischem Druck auf die Bundesregierung, nach Bundesratsinitiativen zur  
222 Umverteilung der Finanzen zugunsten der Kommunen und ohne Blockade der  
223 Schuldenbremsen-Politik wird sich in NRW nichts Grundlegendes ändern.

224 DIE LINKE. NRW ist die Partei der konsequenten Umverteilung von Zeit, Geld und  
225 Macht. Wir kämpfen nicht nur für die Umverteilung von Reichtum von oben nach  
226 unten durch eine Steuerpolitik. Wir sagen nicht nur Nein zur Schuldenbremse und zu  
227 einer Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung. Solange eine  
228 Umverteilung der Vermögen zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung nicht  
229 durchgesetzt ist, muss eine Landesregierung, die sich einen Politikwechsel für NRW  
230 auf die Fahnen geschrieben hat, Investitionen in Bildung, Soziales, Kultur und  
231 Ökologie durch Schulden finanzieren. Im Kapitalismus gibt es kein  
232 „Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“!

233 Wir kämpfen darüber hinaus auch für eine umfassende Umverteilung der Zeit. Ohne  
234 eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein „Fairteilen“ der Erwerbsarbeit, ist eine  
235 Neubestimmung der Geschlechterrollen, die Verwirklichung von mehr direkter  
236 Beteiligung aller Menschen an Politik und Selbstverwaltung und damit eine  
237 Umverteilung von Macht nicht möglich.

238 DIE LINKE. NRW streitet für eine radikale, sozial-ökologische Alternative zu  
239 Niedriglohnpolitik, Sozialabbau und Umweltzerstörung. Gemeinsam mit  
240 Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden , sowie den sozialen  
241 Bewegungen, der Frauen- und der Friedensbewegung werden wir die Mobilisierungen  
242 gegen die Kürzungsprogramme der Bundesregierung, gegen die Kopfpauschale im  
243 Gesundheitswesen und gegen die Rente erst ab 67, gegen die Atompolitik, gegen die  
244 Fortsetzung des Afghanistan-Krieges und die Besatzung des Landes sowie jede  
245 Fortsetzung und Ausweitung der Militarisierung der Politik unterstützen. Der  
246 Afghanistankrieg dauert bereits zehn Jahre. Eine Konferenz im Dezember in Bonn  
247 wird über seine Fortsetzung beraten. Die LINKE.NRW ruft auf, die Aktivitäten der  
248 Friedensbewegung zu diesem Anlass zu unterstützen. Die kriegstreibenden Staaten  
249 der NATO wollen uns weiß machen, sie setzten sich für den Frieden und die  
250 Übergabe der Macht an die AfghanInnen ein. Wir aber wissen, dass sie vom Frieden  
251 reden, während sie Krieg führen.

252 Die Welt erlebt einen großen Aufschwung demokratischer Bewegungen, insbesondere  
253 in Nordafrika. Doch die offizielle Politik hat nichts Besseres zu tun, als einen neuen  
254 Krieg in Libyen zu führen und die alten Diktaturen mit neuen Waffen zu beliefern. Die  
255 LINKE. NRW stellt sich auch hier quer: Keine Rüstungsexporte, keine militarisierte  
256 Außenpolitik und statt Um- konsequenter Abbau der Bundeswehr. Keine Werbung für  
257 die Bundeswehr in Schulen und auf dem NRW-Tag im Oktober in Bonn; Konversion  
258 von Rüstungsbetrieben und zivile Entwicklungspläne für alle Rüstungsstandorte in  
259 NRW – das sind unsere Forderungen.

260 Während die EU mit der NATO in der Welt Kriege forciert und selbst führt, schottet  
261 sie sich zunehmend ab und baut die Festung Europa weiter aus, um  
262 Flüchtlingsströmen keine Chance auf Einreise zu geben. DIE LINKE vergisst nicht die  
263 Tausenden Toten im Mittelmeer vor den Grenzen Europas. Kriege sind der Ausdruck  
264 und die Konsequenz der kapitalistischen Staaten beim Kampf um Märkte. Kriege sind  
265 der Ausgleich der Krisen des Kapitalismus.

266 Die Finanzkrise dauert mittlerweile fünf Jahre. Fällige Bankrotte sind abgewickelt  
267 oder von Staats wegen verhindert worden, Unmassen wertlos gewordener  
268 Wertpapiere sind wie bei der WestLB in Bad Banks verstaut oder schonend  
269 abgeschrieben worden, der Zusammenbruch des globalen Kreditgeschäfts ist mit  
270 hunderten Milliarden Staatskredit bisher vermieden worden. Von Entwarnung kann  
271 aber keine Rede sein. Im Gegenteil. Das zeigen die dramatischen Entwicklungen in  
272 Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und neuerdings Italien, die zum Spielball von  
273 Finanzspekulant und Ratingagenturen gemacht wurden. In der europäischen  
274 Schuldenkrise versucht Deutschland mit dem „Euro-Plus-Pakt“, das Ende März auf  
275 dem EU-Gipfel in Brüssel verabschiedet wurde, Schröders und Fischers Agenda 2010  
276 in der ganzen EU einzuführen, und zielt damit auf eine marktradikale und repressive  
277 Neuformierung der Sozialpolitik in den von der Staatspleite bedrohten Ländern.

278 Auf der Straße und im Landtag, in den Stadträten und im Bundesrat darf es aus NRW  
279 keine Zustimmung für diese Politik geben. Schluss mit der rassistischen Hetze gegen  
280 GriechInnen und PortugiesInnen und für einen Schuldenerlass und eine neue  
281 gerechte europaweite Sozialpolitik.

## 282 **Dem neoliberalen Block entgentreten! Proteste in die Gesellschaft tragen!**

283 „Alle wollen regieren – wir wollen verändern“ - unser Slogan aus dem  
284 Landtagswahlkampf hat nichts an Aktualität eingebüßt. SPD und Grüne haben vor  
285 den Wahlen von einem Politikwechsel gesprochen. Die Wirklichkeit sah schon damals  
286 anders aus: Ob große Koalition, schwarz- grün oder Ampel unter Einbeziehung der  
287 neoliberalen FDP - sie hielten sich alle Optionen offen. Allein gegen die LINKE waren  
288 sie sich einig. Das zahlenmäßige Landtagswahlergebnis hätte eine gemeinsame  
289 Umkehr der Politik in NRW durch SPD, Grünen und DIE LINKE möglich gemacht.  
290 Viele Menschen haben dies erwartet. Aber diese Mehrheit mit der LINKEN ist politisch  
291 von der Mehrheit in SPD und Grünen nicht gewollt. Dreimal hatte die  
292 Minderheitsregierung die Chance, sich für einen deutlichen Politikwechsel zu  
293 entscheiden. Die Mehrheiten sind da, doch SPD und Grüne verharren im Stückwerk  
294 und Halbherzigkeiten. Die Studiengebühren wurden abgeschafft, ein umfassender  
295 Ausgleich für die Hochschulen jedoch abgelehnt. Die Residenzpflicht wurde

296 aufgehoben, eine Umkehr in der Flüchtlingspolitik aber bleibt aus. Grüne Fahnen  
297 wehen auf Antiatomdemonstrationen und hier und da auch eine von der SPD, aber  
298 ein wirklicher Ausstieg liegt auch in NRW in weiter Ferne.

299 Seit klar ist, dass wir als Mehrheitsbeschafferin nicht zur Verfügung stehen, wir nicht  
300 nur von einem Politikwechsel sprechen, sondern auch meinen, wurde aus der  
301 Einladung an alle Fraktionen ein exklusives Angebot an die CDU. Während für ein  
302 kostenloses NRW-Sozialticket und eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten  
303 nur Kleinbeträge zur Verfügung gestellt werden, einigten sich SPD und Grüne mit  
304 der CDU ohne Wenn und Aber auf ein Milliarden teures Abwicklungspaket für die  
305 WestLB zu Lasten der Menschen in NRW. Nun soll mit dem von CDU, SPD und  
306 Grünen gemeinsam beschlossenen sogenannten „Schulkonsens“ das gegliederte  
307 Schulsystem in der Landesverfassung festgeschrieben und die Klassengesellschaft in  
308 der Schule zementiert werden.

309 SPD und Grüne verabschieden sich von ihren Wahlversprechen und suchen ihr Heil in  
310 dem, was schon seit Jahren in Deutschland die Regel ist: Die ganz große neoliberale  
311 Koalition. Weiterer Sozial- und Demokratieabbau soll in einer unheiligen großen  
312 Allianz vorangetrieben werden. Nicht ohne Grund zaubert die SPD nun den  
313 grandiosen Verlierer aus NRW, den Architekten des „Düsseldorfer Signals“, von Hartz  
314 IV und Bankenrettungsschirmen, Peer Steinbrück, als den neuen Hoffnungsträger  
315 und Kanzlerkandidaten aus dem Hut. Die LINKE. NRW ist aus dem Protest gerade  
316 gegen Steinbrück erwachsen. Die roten Karten und Trillerpfeifen, mit denen er 2004  
317 bei jedem öffentlichen Auftritt empfangen wurde sind noch nicht entsorgt!

318 SPD und Grüne zögern und zaudern bei jedem kleinen Schritt. Sie werden nur dann  
319 den Politikwechsel anstoßen, wenn der Druck auf der Straße massiv wächst. Die  
320 Proteste gegen die Atomkraft haben die CDU/ FDP Bundesregierung in eine tiefe  
321 Krise getrieben und zur Umkehr gezwungen. Diese Proteste müssen weitergehen,  
322 wenn die atomare Gefahr schneller und unumkehrbar gebannt werden soll. Diese  
323 Bewegung muss auch zum Signal für eine grundsätzliche ökologische Umkehr und  
324 ein neues Wachstumsmodell werden, das sowohl Umwelt, Klima und natürliche  
325 Ressourcen schont als auch mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht. Einen grünen  
326 Kapitalismus, wie ihn die Grünen wünschen, wird es nicht geben. Wirtschaften für  
327 den möglichst kurzfristigen Profit privater Unternehmen und planvoller Umgang mit  
328 Klima und Ressourcen passen nicht zusammen.

329 Die Studiengebühren sind in NRW halbwegs vom Tisch, auch die LINKE.NRW hat  
330 ihren Teil dazu beigetragen. Doch für DIE LINKE. NRW gilt, auch ohne  
331 Studiengebühren dürfen die Universitäten und die Lage der Studierenden nicht so  
332 bleiben, wie sie sind. Auch in den kommenden Semestern wird die LINKE die  
333 Bildungstreiks für ein neues Hochschulgesetz und die Abkehr vom so genannten  
334 Bologna-Prozess unterstützen.

335 SPD, Grüne und CDU mögen von Bildungskompromissen reden. DIE LINKE. NRW  
336 handelt und macht keine Kompromisse mit einem Bildungssystem, das Kinder nach  
337 ihrer Herkunft einteilt und die Benachteiligung von immer mehr Kindern zementiert  
338 und verschärft. Unsere Landtagsfraktion wird dem „Schul-Konsens“ der  
339 Landesregierung und der CDU nicht zustimmen. Wir fordern eine

340 Gemeinschaftsschule für alle Kinder und eine Abkehr von der Zergliederung der  
341 Schullandschaft. Wir werden für diese Gemeinschaftsschule weiter kämpfen,  
342 gemeinsam mit Eltern, dem Bündnis „Eine Schule für alle“, SchülerInnen und  
343 Lehrenden.

344 SPD und Grüne haben vor den Wahlen ihre Fahnen gegen das KiBiz der CDU/ FDP-  
345 Landesregierung geschwenkt und im Wahlkampf eine umfassende Revision dieses  
346 Gesetzes versprochen. Das Ergebnis sind minimale Verbesserungen. Die prekäre  
347 Situation der ErzieherInnen und KinderpflegerInnen bleibt bestehen. Das gilt für den  
348 Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenso wie für Löhne und Gehälter, die in keiner  
349 Weise der geleisteten Arbeit entsprechen. DIE LINKE.NRW will keine  
350 Betreuungsanstalten für unsere Jüngsten, sondern Kitas, in denen selbstbewusste  
351 Kinder groß werden und miteinander lernen können. DIE LINKE fordert ein  
352 Bildungskonzept, das von der Kita über die Gemeinschaftsschule bis zur  
353 Berufsausbildung ineinander greift und allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft  
354 eine umfassende Persönlichkeitsentfaltung und Ausbildung ermöglicht. Das ist nur  
355 mit kleinen Gruppen, Klassen und Seminaren zu haben. Dazu braucht er es eine  
356 Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und Mitbestimmung. Und dazu muss  
357 Bildung in allen Bereichen kostenfrei allen zur Verfügung stehen. Bildung ist Aufgabe  
358 des Staates und kostet Geld. Dieses Geld muss die Landesregierung in die Hand  
359 nehmen! Die Minderheitsregierung setzt in der Bildung auf das Gestern, DIE LINKE  
360 steht für die Zukunft!

361 Die SPDGrünen-Regierung redet von einem Sozialticket für NRW, doch ihr Ticket ist  
362 weder sozial noch ist es ökologisch! Das Modell der Landesregierung ist mit einem  
363 jährlichen Zuschussbetrag von 30 Mio. € völlig unzureichend und für die Masse der  
364 von Hartz IV betroffenen Menschen nicht bezahlbar. Es gibt längst Studien, die einen  
365 Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr als Modell der Zukunft fordern. Das wäre nicht  
366 nur letztlich preiswerter, sondern auch ökologisch sinnvoll. Sozial und ökologisch,  
367 Kampf gegen Armut und gegen die Energievergeudung und Klimazerstörung durch  
368 den Automobilverkehr – nur die LINKE bringt diese Jahrhundertaufgaben zusammen.

369 Überall in NRW finden Woche für Woche Aufmärsche von Neofaschisten statt. Brutale  
370 Übergriffe auf Menschen nehmen auch in NRW zu. Neben der Region Berlin ist unser  
371 Bundesland eine der Hauptregionen rechter Gewalt. Wie früher die SA der  
372 Nationalsozialisten, träumen auch die heutigen Neonazis, Faschisten und autonomen  
373 Nationalisten von Großaufmärschen. In Städten wie Dortmund wollen sie ganz  
374 bewusst durch ArbeiterInnenviertel marschieren, sich inszenieren, Macht  
375 demonstrieren und einschüchtern. An traditionellen Feiertagen der  
376 ArbeiterInnenbewegung versuchen sie ihre rassistische Hetze zu verbreiten und  
377 internationalistische Solidarität für ihre Zwecke umzudeuten. In den letzten Jahren  
378 hat sich die Rechte Szene einerseits radikalisiert, andererseits einen  
379 rechtspopulistischen Arm entwickelt: radikal auftretende Autonome Nationalisten  
380 geben sich gerne revolutionär, ja sogar antikapitalistisch, übernehmen traditionell  
381 linke Szenekleidung und kopieren linken Lifestyle. Hinter ihrer Fassade steckt jedoch  
382 die selbe rassistische und autoritäre Ideologie wie eh und je. Rechtspopulisten wie  
383 die „Pro-Bewegung“ versuchen durch ihre vor allen Dingen antimuslimische Hetze an  
384 der Angst vor Fremden anzuknüpfen und schüren so rassistische Ressentiments in

385 unserer Gesellschaft. DIE LINKE. NRW wird an allen Orten und zu allen Zeiten den  
386 Neofaschisten entgegentreten und aktiv gegen ihre braune Gesinnung auftreten.

387 Die Bundesregierung hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Auch wenn dieser  
388 „Ausstieg“ einmal mehr nur halbherzig ist, auch wenn er mit den üblichen  
389 Zugeständnissen an die Stromkonzerne verbunden ist, auch wenn er statt auf Atom-  
390 auf die klimazerstörenden Kohlekraftwerke setzt – so ist er doch vor allem das  
391 Ergebnis von vierzig Jahren Massenprotesten. DIE LINKE. NRW hat diese Proteste,  
392 auch die angeblich radikaleren wie „Castor? Schottern!“ immer unterstützt. SPD und  
393 Teile der Grünen haben sich seit Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt. Nun  
394 betreiben sie Mythenbildung und feiern sich als Speerspitze der Bewegung. In NRW  
395 könnten SPD und Grüne beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Atomausstieg ist.  
396 Doch die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg bleiben unangetastet, die  
397 Urananreicherungsanlage in Gronau wird weiter ausgebaut. Ausstieg sieht anders  
398 aus! DIE LINKE. NRW fordert die Landesregierung auf, den anstehenden Transporten  
399 des Castors im November die Durchfahrt durch NRW zu untersagen, keine  
400 PolizistInnen aus NRW ins Wendland zu schicken und sich an den Protesten und  
401 Blockaden zu beteiligen.

402 2013 werden in NRW die Netze in vielen Kommunen neu ausgeschrieben. Wir fordern  
403 in den Stadträten und Kreistagen, dass die Bedingung für eine Vergabe der Verzicht  
404 auf die Nutzung von Atomstrom und umweltfeindlichen Energieträgern ist. „Meine  
405 Stadt atomstromfrei“ hat sich auch nach dem Atomkonsens nicht erledigt. Eine  
406 Umkehr in der Energiepolitik wird es nur dann geben, wenn Energie dezentral und  
407 unter demokratischer Kontrolle produziert wird. Wir fordern, dass die  
408 Landesverfassung NRW mit Artikel 27. (1) endlich umgesetzt wird. Darin heißt es:  
409 „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer  
410 monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum  
411 überführt werden.“ RWE und EON müssen entmachtet werden. Für DIE LINKE.NRW  
412 gilt: Der Atomausstieg muss beschleunigt und endgültig gemacht werden. Deshalb  
413 fordert DIE LINKE.NRW die unverzügliche Verankerung des Ausstiegs aus der  
414 Nutzung der Atomtechnologie im Grundgesetz. Wir kämpfen an der Seite der  
415 BürgerInneninitiativen gegen die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg. DIE  
416 LINKE. NRW wird auch in diesem Jahr mitmachen, wenn es heißt: „Castor?  
417 Schottern!“.

418 Der nach wie vor nicht aufgeklärte Atom-Kügelchen-Vorgang um den  
419 Forschungsreaktor Jülich reiht sich ein in eine lange Kette von Skandalen des  
420 Umgangs der Landesregierung und Landesbehörden mit den Energiekonzernen. SPD  
421 und Grüne wollen eine Auseinandersetzung mit ihnen vermeiden, stattdessen findet  
422 hinter den Kulissen des Landtags eine enge Zusammenarbeit mit ihnen statt und  
423 wird stillschweigend geduldet. Nur DIE LINKE will diese Connection zwischen  
424 Energiekonzernen und Regierung aufklären und beenden. Das gilt nicht nur für die  
425 Atompolitik, sondern auch für die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in NRW.  
426 Energiekonzerne wie ExxonMobile und Wintershall vermuten hier das zweitgrößte  
427 Erdgasvorkommen Europas und haben inzwischen die Claims in NRW abgesteckt. Die  
428 Menschen in den betroffenen Regionen werden hinters Licht geführt. Die  
429 Bezirksregierung Arnsberg hat einräumen müssen, dass der Einsatz des

430 hochriskanten „Fracking“-Verfahrens für die Suche nach Erdgas entgegen früherer  
431 Verlautbarungen doch genehmigt wurde. Die Verunreinigung des lebenswichtigen  
432 Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. SPD und Grüne sind  
433 grundsätzlich für die Erdgasgewinnung. Nur DIE LINKE.NRW kämpft an der Seite der  
434 Menschen in den betroffenen Regionen konsequent gegen die Erdgasgewinnung und  
435 das „Fracking“.

436 Auf Initiative der Gewerkschaften und der LINKEN hat die SPD-Grüne-Regierung in  
437 Düsseldorf ein neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet. Es nimmt einige der  
438 üblen Verschlechterungen durch die CDU-FDP-Vorgänger zurück und stärkt die  
439 Rechte von Personalräten. Aber ist das alles? Wo bleibt der weitergehende  
440 Politikwechsel in Richtung einer Ausweitung und Neubestimmung des gesamten  
441 öffentlichen Dienstes? Was ist mit der zunehmenden enormen Arbeitsverdichtung in  
442 allen Bereichen und der 41-Stunden-Woche für BeamtInnen? Die LINKE will nicht  
443 mehr „Mitbestimmung“ an schlechten Verhältnissen, sondern eine Politik in Richtung  
444 Arbeitszeitverkürzung, mehr Personal, Gendergerechtigkeit und Abkehr von prekären  
445 Verhältnissen – dafür muss der öffentliche Dienst Vorbildcharakter haben.

446 Dass SPD und Grüne das traurigste Kapitel im öffentlichen Dienst – die Arbeit der  
447 Geheimdienste gegen Demokraten und natürlich auch gegen uns, DIE LINKE.NRW,  
448 nicht beendet hat und beenden will – wirft ein weiteres trübes Licht auf die angeblich  
449 neue Politik in Düsseldorf.

450 Vor dem Hintergrund der Krise der WestLB, aber auch der Schuldenbremse zeichnet  
451 sich ab, dass der Haushalt 2012 trotz sprudelnder Steuereinnahmen ein  
452 Sparhaushalt werden wird. Damit stehen die im Nachtragshaushalt 2010 und  
453 Landeshaushalt 2011 enthaltenen hauchzarten positiven Ansätze zur Disposition.  
454 Finanzminister Walter-Borjans gibt zu Protokoll, gegebenenfalls müsse sich das Land  
455 von bestimmten Aufgaben trennen und dann würde es in bestimmten Bereichen  
456 weniger Landesbeschäftigte geben, denn nur so gäbe es Einspareffekte. DIE LINKE.  
457 NRW wird sich an keinen Sparmaßnahmen zu Lasten der Menschen in NRW  
458 beteiligen. Von uns gibt es keine Zustimmung oder nur Enthaltung für einen  
459 Haushalt, der Milliarden für die West LB bereitstellt und der Mehrheit der Menschen  
460 Milliarden vorenthält. Ohne ein Sozialticket, dessen Preis sich an den realen  
461 Möglichkeiten von Hartz IV BezieherInnen richtet, ohne eine umfassende  
462 Finanzierung des Bildungswesens, ohne umfassende Programme gegen  
463 Neofaschisten und ohne Finanzmittel für einen sozial – ökologischen Umbau, der  
464 diesen Namen verdient, wird DIE LINKE. NRW keinen Haushalt passieren lassen,  
465 sondern laut und deutlich sagen: Ein Haushalt ist für die Menschen da und nicht für  
466 die Interessen von Banken und Konzernen.

#### 467 **Die Partei aufbauen**

468 DIE LINKE. NRW ist eigenständige, inhaltsorientierte und glaubwürdige  
469 Oppositionspartei und nicht fünftes Rad am Wagen der Minderheitsregierung von  
470 SPD und Grünen. Unsere Antwort auf die politische Situation bleibt: Zu Eurer Politik  
471 stehen wir in Opposition!

472 DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen konsequenten und ganzheitlichen  
473 Gegenentwurf zum neoliberalen Sozialabbau, gegen die soziale Spaltung in der



474 Gesellschaft und für mehr Gerechtigkeit und Solidarität, für einen sozialen und  
475 ökologischen Umbau sowie ein anderes Politikmodell in NRW hat. DIE LINKE.NRW  
476 bleibt bei ihrem klar antikapitalistischen Profil. Wir verfolgen konsequent linke  
477 Reformprojekte in eine solidarische Gesellschaft. Wir sind die Partei, die bereit ist,  
478 neue, innovative, auch unbequeme und radikale Schritte zu gehen. DIE LINKE weiß  
479 um ihre Stärke, die Stimme zur Mehrheit zu sein. Sie weiß aber auch um ihre  
480 Schwäche, lediglich 5,6 % parlamentarischen Einfluss zu haben.

481 SPD und Grüne haben mit der Entscheidung zur West LB und zum Schulkonsens  
482 offen gesagt, was sie in NRW wollen: Sie wollen eine breite Koalition der  
483 vermeintlichen Mitte. Erst in NRW und dann 2013 im Bund. Noch ist unklar, ob sie  
484 aus SPD und CDU oder aus SPD und Grünen bestehen wird. Beide Konstellationen  
485 heißen für die Menschen in NRW und dann auch im Bund: Sozial-, Demokratie-,  
486 Bildungs- und Arbeitsplatzabbau. DIE LINKE. NRW meldet gegen alle diese  
487 Maßnahmen an, dass wir Widerstand leisten und aufbauen werden! Wir müssen  
488 jederzeit mit Neuwahlen rechnen und wir fürchten sie nicht! SPD und Grüne haben  
489 sich offensichtlich entschieden: Anstatt gegen die chronische und strukturelle  
490 Unterfinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und gegen die Schuldenbremse  
491 zu klagen (wie Schleswig-Holstein), wollen sie den Kurs des Sozial- und  
492 Stellenabbaus von Clement, Steinbrück, Höhn und Rüttgers in Nordrhein-Westfalen  
493 fortsetzen. DIE LINKE.NRW wird bei Neuwahlen nicht den Weg der FDP aus dem  
494 Parlament folgen. Wir werden erneut in den Landtag von NRW einziehen und wir  
495 werden weiterhin den Politikbetrieb überall dort stören, wo er sich gegen die  
496 Menschen richtet!

497 Der Landesvorstand unterstützt die Vernetzung und die Zusammenführung der  
498 Arbeit zum Aufbau der Partei vor Ort. Er organisiert den Austausch zwischen den  
499 Kreisverbänden in den Regionen und auf der Landesebene. Erste Maßnahmen sind  
500 mit dem begonnenen Aufbau einer neuen Regionalstruktur und der Planung von  
501 Regionaltreffen bereits eingeleitet. Die thematisch bezogene Arbeitsstruktur zur  
502 inhaltlichen Vernetzung wird ausgebaut und transparenter. Dabei geht es auch um  
503 Hilfestellung und Mitmachangebote für alle Mitglieder im Rahmen der Kampagnen  
504 und Aktivitätsschwerpunkte durch den Landesvorstand. Aus diesem Grund wird der  
505 Landesvorstand im Herbst unter Einbeziehung der LT-Fraktion, der Landesgruppe,  
506 der EU-Vertretung, der parteinahen Bildungsträger, der Regionalverbände und der  
507 VertreterInnen aus den Kreisverbandsregionen, der Landesarbeitskreise und  
508 Landesarbeitsgemeinschaften eine Arbeitstagung durchführen, bei der es um die  
509 Vernetzung nach innen und nach außen mit Anknüpfung an bestehende Proteste und  
510 Initiativen in den beschlossenen Schwerpunkten gehen wird. Wir werden Anfang  
511 2012 zu einem weiteren Ratschlag mit Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und  
512 Umweltverbänden, sowie den sozialen Bewegungen, der Frauen- und der  
513 Friedensbewegung in gemeinsamer Vorbereitung einladen, um unsere Vorschläge der  
514 Diskussion zu stellen und uns neue Anregungen, ja, auch Aufträge, für die Arbeit in  
515 den Parlamenten zu holen. Im November findet ein landesweiter Frauenratschlag  
516 statt, der einen Raum für linke Frauen zur Vernetzung und zum Austausch bietet. Die  
517 Kreisverbände unterstützen die Genossinnen vor Ort bei der Vorbereitung und  
518 beteiligen sich an der Mobilisierung zu dieser Veranstaltung.

519 Wir müssen und werden uns darauf konzentrieren, unsere Inhalte in die  
520 Öffentlichkeit zu tragen. Wir wissen, dass es den Medien mehrheitlich nicht darum  
521 geht, Forderungen, Inhalte und Initiativen der LINKEN zu verbreiten oder gar die  
522 Meinungshegemonie der Herrschenden zu brechen. Im Regelfall wird über DIE  
523 LINKE. NRW nur berichtet, wenn es um unser Verhältnis zur Landesregierung,  
524 Neuwahlen oder Krisen und Probleme in den Kreisverbänden geht. Unsere Antwort  
525 auf das Schweigen über unsere Inhalte muss eine breite Gegenöffentlichkeit auf allen  
526 Ebenen sein. Die Landtagsfraktion fordern wir auf, ihre Strukturen für den Aufbau  
527 dieser Gegenöffentlichkeit stärker zu nutzen.

### 528 **Für eine lebendige Mitgliederpartei in NRW!**

529 DIE LINKE konnte gerade ihren vierten Geburtstag feiern. Ihre ersten Jahre waren  
530 geprägt von dem Ziel, in die Parlamente auf allen Ebenen einzuziehen und  
531 Parteistrukturen zu schaffen. Der Einzug in die Parlamente auf Kommunal-, Landes-  
532 und Bundesebene ist uns geglückt und hat uns gestärkt. Das gemeinsame Projekt  
533 „Hier kommt DIE LINKE“ einte die Partei, setzte Themen und initiierte viele  
534 Aktivitäten. DIE LINKE. NRW ist innerhalb kurzer Zeit um tausende von Mitgliedern  
535 reicher geworden. Doch viele von ihnen konnten nicht ausreichend willkommen  
536 heißen und in die aktive Arbeit einbezogen werden. Der Landesverband NRW  
537 gehört zu den Landesverbänden, in denen offen über die Situation in den  
538 Kreisverbänden geredet wird - und das ist gut so. Ein Jahr nach der Landtagswahl,  
539 nach Kommunal-, Bundestags- und Europawahl in den vergangenen Jahren steht DIE  
540 LINKE. NRW vor einem Umbruch, der nicht immer leicht ist. Die vom Landesparteitag  
541 beschlossene Mitgliederkampagne wurde in den Kreisverbänden nicht aufgegriffen  
542 und ist gescheitert. Die Mitgliederentwicklung ist rückläufig. DIE LINKE tauscht  
543 gerade – ähnlich wie die Grünen in den 90er Jahren - ihre Mitgliedschaft aus. Für  
544 jeden Neueintritt müssen wir einen Austritt verbuchen. Dieser Bundestrend ist mit  
545 Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW angekommen. Es gilt, sich ihm  
546 gemeinsam auf allen Ebenen entgegen zu stellen! DIE LINKE. NRW ist und bleibt eine  
547 Mitgliederpartei!

548 Die Struktur der Kreisverbände in NRW ist vielfältig. Wir haben Flächenkreise, in  
549 denen bereits lange Wege die Teilhabe an politischen Aktionen einschränken.  
550 Stadtverbände mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Arbeitsweisen stoßen  
551 aufeinander. Das Ruhrgebiet und Rheinland mit den großen Städten stehen vor  
552 anderen Alltagsproblemen als Flächenkreise wie das Münsterland und OWL. Die  
553 Ränder von NRW werden viel zu häufig kaum wahrgenommen. Für die Genossinnen  
554 und Genossen bedeuten zentrale Veranstaltungen nicht selten einen Tagesausflug.

555 Während noch bis vor einem Jahr der Wahlkampf die Aktivitäten vor Ort prägte und  
556 viele Inhalte mit den Botschaften der Wahlthemen vorgegeben waren, heißt es nun,  
557 eigene Akzente zu setzen und konkrete Politik in den Städten, Gemeinden und  
558 Kreisen zu machen. In vielen Kreisverbänden prägen die Fraktionen und  
559 MandatsträgerInnen das politische Gesicht der LINKEN. Der Spagat zwischen  
560 parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Initiative gelingt uns allen  
561 miteinander auf allen Ebenen viel zu wenig. Das viel zitierte Primat der Partei ist oft  
562 von allen gewollt, aber nur selten mit Leben in der Partei gefüllt. Es gibt in NRW  
563 lediglich eine Betriebsgruppe der LINKEN, wir sind in den Stadtteilen zu wenig

564 verankert und oft gelingt es uns nicht, Mitglieder einzubeziehen und gemeinsam  
565 Politik vor Ort zu entwickeln. Das führt nicht selten zu Frusterlebnissen, die sich im  
566 Umgang untereinander widerspiegeln. Die häufig vorkommende Personalunion von  
567 Ratsmitgliedern und Kreisvorständen führt nicht nur zu einer Überlastung der  
568 Genossinnen und Genossen, sondern auch zu einem parlamentarischen Fokus auf die  
569 politische Arbeit. DIE LINKE wird nach wie vor als männliche Partei wahrgenommen.  
570 Der Altersdurchschnitt in der LINKEN. NRW liegt bei 46 Jahren. Uns fehlen vor Ort  
571 die aktiven Genossinnen und Genossen, die zwischen 30 und 40 sind, ihre Kinder in  
572 den Schulen und Kitas haben, in Erwerbslosenforen und in den Betrieben verankert  
573 sind, im Sportverein aktiv sind und Netzwerke aus dem Alltag in den Stadtteilen und  
574 Kommunen knüpfen. In vielen Kreisverbänden gelten frauenpolitische Themen als  
575 Randthema. Das Phänomen von freien Frauenplätzen in Kreisvorständen findet sich  
576 fast überall. In den meisten Kreisverbänden wird darüber geklagt, dass es zu wenige  
577 Frauen gebe und es auch nicht gelänge, neue Frauen anzusprechen. Doch wo Frauen  
578 fehlen, fühlen sich häufig auch Männer nicht wohl in Arbeitsstrukturen. Die Arbeit  
579 lastet auf wenigen Schultern, die nach den letzten Jahren zu Recht müde sind.  
580 Unsere Arbeitsstrukturen, die Zeiten, in denen Versammlungen stattfinden, die  
581 Debattenkultur und das Diskussionsklima schließen nicht nur Frauen aus, sondern  
582 alle, die eine solidarische Form der Zusammenarbeit wollen. Häufig genug erleben  
583 wir, dass unsere Arbeit kritisiert wird, viel zu selten aber eine Wertschätzung all  
584 dessen, was wir leisten. Häufig genug wird nicht gesehen, dass hinter dem Leben in  
585 der Partei ein Leben im Alltag stattfindet, das unsere Arbeitsmöglichkeiten und -  
586 formen prägt. Wertschätzung ist nicht nur in der Erwerbsarbeit Grundlage eines  
587 solidarischen Miteinanders, sondern gerade auch in linken Strukturen.

588 Viele Lücken gibt es in den Kreisverbänden, in denen wir bisher über keine  
589 Infrastruktur verfügen. Das gilt insbesondere für die Flächenkreise, die ohnehin  
590 schon schwierigere Rahmenbedingungen haben als die Kreisverbände in den  
591 kreisfreien Städten. Häufig sind die wenigen Teilhauptamtlichen das „Mädchen für  
592 Alles“. Sie sind vor Ort zentrale Anlaufstellen für alles und jede/n. Hier braucht es  
593 vor dem Respekt der freien Zeit auch von hauptamtlichen Genossinnen und  
594 Genossen klare Arbeitsplatzbeschreibungen und einen deutliche Trennung von  
595 bezahltem und ehrenamtlichem Engagement. In vielen Fällen hat die Partei mit der  
596 Möglichkeit, Menschen für ihre Arbeit zu bezahlen, neue Ebenen hinzugewonnen: Aus  
597 GenossInnen sind Beschäftigte geworden; aus anderen GenossInnen  
598 ArbeitgeberInnen. Das führt nicht selten zu einer Ungleichheit, die aufgehoben und  
599 geklärt werden muss. Wenn wir füreinander wissen, dass wir zu allererst  
600 Genossinnen und Genossen sind, dann hilft das, klassische Erwerbsstrukturen zu  
601 überwinden und sich als Kollektiv zu verstehen. Alles andere führt dazu, dass die  
602 Arbeit sehr ungleich verteilt ist und GenossInnen sich nicht mehr trauen zu  
603 kandidieren aus Angst, die Arbeit nicht schaffen zu können. DIE LINKE möchte  
604 Menschen stark und selbstbewusst machen, dass gilt gerade auch in Ämtern,  
605 Mandaten und Beschäftigungsverhältnissen!

606 Wir müssen lernen, Widersprüche und Unterschiede, Auseinandersetzungen und  
607 Streitigkeiten früher wahrzunehmen und nicht als Randerscheinung abzutun und sie  
608 als solche begreifen, die sie in den meisten Fällen sind: unausbleibliche  
609 Erscheinungen einer Partei im Aufbau, die sehr schnell gewachsen ist. Wir müssen

610 lernen, unsere Unterschiede als einen zentralen Vorteil der Partei DIE LINKE zu  
611 begreifen. Weil wir bunt sind und unterschiedlich, wachsen wir und sind wir  
612 erfolgreich. Gleichzeitig darf diese Vielfalt nicht zu Beliebigkeit führen. Denn Grundlage  
613 unseres Handelns muss unser gemeinsames Programm bleiben! Der Landesvorstand  
614 hat sich zum Ziel gesetzt, nicht als „Krisenverwalter“ in Kreisverbände zu kommen,  
615 sondern die Kreisverbände mehr als bisher darin zu unterstützen, die gemeinsame  
616 Arbeit und eventuell aufkommende bzw. vorhandene Auseinandersetzungen im  
617 solidarischen Miteinander anzupacken und zu lösen, anstatt wie bisher oft dann nach  
618 dem Landesvorstand oder alternativ der Schiedskommission zu rufen, wenn es  
619 meistens schon zu spät ist. In einigen Konflikten ist die beste Möglichkeit, externe  
620 MediatorInnen einzuschalten. Der Landesvorstand vermittelt hier Unterstützung und  
621 Kontakte.

622 Nach vier Wahlkämpfen kommt es nun vor Ort darauf an, dass sich die LINKE überall  
623 in den gesellschaftlichen Strukturen und Bündnissen verankert. Das gemeinsame Ziel  
624 der LINKEN. NRW für das kommende Jahr ist, starke Strukturen vor Ort aufzubauen,  
625 denn nur so wird es uns gelingen, die Partei zu verankern und unseren Grundsatz,  
626 Politik mit und nicht für die Menschen zu machen, zu verwirklichen. Wir ermutigen  
627 unsere Mitglieder, aktiv zu werden und setzen an ihren Interessen an. Wir ermutigen  
628 unsere MandatsträgerInnen vor Ort, in Land und Bund, die Parlamentsarbeit mit der  
629 aktiven Arbeit auf der Straße zu verbinden. Unser Ziel ist nicht, dass  
630 MandatsträgerInnen in Aktenbergen verschwinden und der Partei verloren gehen.  
631 Vorstände und Fraktionen arbeiten Hand in Hand für einen Politikwechsel. Sie  
632 mobilisieren Widerstand und wissen: ohne den Druck der Straße verändern wir im  
633 Parlament gar nichts – oder uns selbst. Ziel bleibt der Aufbau einer mitgliedernahen  
634 Parteistruktur, die sowohl für gemeinsame politische Kampagnen als auch für die  
635 Interessen der Menschen, die auf uns ihre politischen Hoffnungen setzen, taugt. Wir  
636 wollen dabei Kreis- und Ortsverbände befähigen, zur dauerhaften Aktivierung und  
637 Selbstorganisation von Menschen in benachteiligten Stadtteilen und  
638 Lebenssituationen beizutragen. Linke Arbeit und linke Politik lebt von der  
639 Bereitschaft, von und miteinander zu lernen. Wir alle haben Wissenslücken und sind  
640 manchmal ratlos. Hier bietet der Landesvorstand gemeinsam mit den parteinahen  
641 Bildungsträgern und dem LAK innerparteiliche Bildung eine breite Palette von  
642 Bildungsangeboten an. Die Kreisverbände nehmen diese Angebote auf und nehmen  
643 sie ernst. Ein Bildungswochenende ist ein weiteres Wochenende für die Partei.  
644 Langfristig ist es ein Wochenende für mehr eigene und für gemeinsame Zeit!  
645 Nachdem die Programmdebatte beendet ist, wird der Landesvorstand in der zweiten  
646 Hälfte seiner Amtszeit intensiv den Beschluss des letzten Landesparteitages zur  
647 innerparteilichen Bildung in den Kreisverbänden umsetzen.

648 Vorwärts – und nie vergessen....!

649

651 **Ersetzungs-Antrag zum Leitantrag des Landesvorstands**

652 AntragstellerInnen: Bernhard Sander (KV Wuppertal), Alban Werner (KV Aachen),  
 653 Paul Schäfer (KV Bonn), Günter Blocks (KV Bottrop), Uwe Vorberg (KV Bochum),  
 654 Ingrid Remmers (KV Bochum), Harald Siepmann (KV Aachen), Hans-Peter Leymann-  
 655 Kurtz (KV Essen), Manfred Röhl (KV Gelsenkirchen), Dieter Wernig (KV Köln), Axel  
 656 Behrend (KV Remscheid), Richard Jäger (KV Aachen), Martina Multhaupt (KV  
 657 Bochum), Daniel Kleibömer (KV Herne/Wanne-Eickel), Veronika Buszewski (KV  
 658 Herne/Wanne-Eickel), Fritz Beinersdorf (KV Remscheid), Ellen Begolli (KV Aachen),  
 659 Albert Borchart (KV Aachen), Klaus R. Roth (KV Köln), Heike Schneppendahl (KV  
 660 Bochum), Lothar Lux (KV Recklinghausen), Gabriele Lux (KV Recklinghausen),  
 661 Harald Farle (KV Rhein-Kreis-Neuss), Christoph Saßen (KV Viersen), Cornelia Weiß  
 662 (KV Wuppertal), Wigand Busse (KV Warendorf), Gerald Wolf (KV Remscheid), Markus  
 663 Dowe (KV Herne/Wanne-Eickel), Andreas Ixert (KV Herne/Wanne-Eickel), Wolfgang  
 664 Lindweiler (KV Köln), Susanne Kreuzer (KV Essen), Ulrike Zerhau (KV Lippe), Frank  
 665 Eckgold (KV Lippe), Roland Bärwald (KV Herne/Wanne-Eickel), Carolin Butterwegge  
 666 (KV Köln), Bärbel Beuermann (KV Herne/Wanne-Eickel), Ute Bock (KV Oberhausen),  
 667 Ruth Tietz (KV Leverkusen), Kreisvorstand Herne/Wanne-Eickel

668 **Gemeinwohl vor Profit:**669 ***EINE PARTEI FÜR DIE MEHRHEIT!***

670 Selten war eine Partei wie DIE LINKE so dringend nötig wie heute. Die Meldungen,  
 671 die es beweisen, folgen so schnell aufeinander, dass man ihnen kaum noch folgen  
 672 kann:

- 673 – Die Merkel-Regierung gesteht öffentlich ein, dass nur ein Mindestlohn von 10  
 674 Euro sicheren Schutz vor Altersarmut bietet.
- 675 – Ein unabhängiges Forschungsinstitut gibt der LINKEN Recht: Das  
 676 exportabhängige deutsche Wirtschaftsmodell wurde auf Kosten von  
 677 GeringverdienerInnen ausgebaut, die in den vergangenen Jahren ein Fünftel ihres  
 678 Einkommens verloren haben.  
 679 Die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik war noch nie so hoch.  
 680 Die Politik der Bundesregierung in Europa setzt brutal die Interessen der  
 681 VermögensbesitzerInnen durch – mehreren Ländern Osteuropas sowie  
 682 Griechenland, Irland, Spanien und Portugal wird wirtschaftlich die Luft  
 683 abgeschnürt. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend und massive  
 684 Altersarmut werden in Kauf genommen, wenn nur ihre Staaten weiter  
 685 zahlungsfähig bleiben.
- 686 – Auch in NRW verschärfen sich soziale Ausgrenzung, Niedriglohn-Ausbeutung und  
 687 Kahlschlag bei sozialer Infrastruktur.

688 Diese Situation schreit nach einer emanzipatorisch-sozialistischen Massenpartei.

689 Wir müssen Alles dafür tun, diese Partei zu werden.

690 **1. Wo wir stehen, wo wir hinwollen**

---

691 *Beobachtung: Warum bleibt die Partei unter ihren Möglichkeiten?*

692 Die letzten Landtagswahlen und die Umfragen zeigen eine Partei, die hinter ihre  
693 Bundestagswahl-Ergebnisse zurückfällt. Allerdings fallen alle Parteien mit Ausnahme  
694 der Grünen in der Zustimmung zurück bzw. stagnieren. Die Wirtschafts- und  
695 Finanzkrise war bislang nicht die Stunde der LINKEN.

696 Dies gilt in erheblichem Maße auch für die offen neoliberalen Parteien CDU und FDP.  
697 Der Neoliberalismus („Privat vor Staat“; Gesellschaft der Eigentümer; Jeder denkt an  
698 sich, dann ist an jeden gedacht) hat viel von seiner Strahl- und Bindekraft verloren.  
699 Sie haben zur Irritation ihrer Kernwählerschaft auf die Große Krise ab 2007 mit  
700 Staatsintervention und keynesianisch beeinflussten Maßnahmen reagiert  
701 (Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, zwei Konjunkturpäckchen, Abwrackprämie),  
702 ohne dies in einem neuen ideologischen Konzept erklären zu können. Aber einen  
703 Umschwung in der politischen Meinungsführerschaft zugunsten einer politischen  
704 Gegenbewegung hat das zeitweilige Wiedererstarken des Staatsinterventionismus  
705 noch nicht gebracht.

706 Europaweit hat die Sozialdemokratie als soziale Reformkraft abgedankt und kann  
707 folgerichtig ihren Niedergang nicht stoppen, geschweige denn umkehren. Anstatt  
708 Demokratie und Sozialstaat offensiv zu verteidigen, macht sie sich an vielen Orten  
709 mit Bankenrettungen, Schuldenbremsen und Kürzungspaketen zu Erfüllungsgehilfen  
710 der Kapitalbesitzenden. In NRW hat die SPD eine gewisse Absetzbewegung von der  
711 Schröder'schen Agenda 2010-Politik vollzogen, traut sich aber noch nicht, völlig  
712 damit zu brechen.

713 *Schlussfolgerung: „Es rettet uns kein höh'res Wesen...“*

714 Es liegt an uns: Damit die neoliberal-kapitalistische Politik endlich überwunden  
715 werden kann, muss die gesellschaftliche Gegenwehr gegen Sozial- und  
716 Demokratieabbau entschieden stärker werden. Dafür wird eine einflussreichere,  
717 mobilisierungsfähige LINKE dringend gebraucht. Das wiederum setzt voraus, dass  
718 sich DIE LINKE nachhaltig in der Gesellschaft verankert. Daran müssen wir  
719 gemeinsam arbeiten. *Lasst uns mutige Schritte gehen, um viele Menschen für eine*  
720 *radikale Politik für die Mehrheit zu gewinnen!*

721 **2. Wirtschaftliche Entwicklung: Linke Alternativen gegen rechte**  
722 **'Zukunftsbremsen'!**

---

723 *Beobachtung: Kein Aufschwung für alle, kein Umbau für eine bessere Zukunft*

724 Die konjunkturelle Erholung hat stärker und schneller eingesetzt als viele vermutet  
725 haben; die Zahl der Arbeitsplätze steigt, die Steuereinnahmen steigen. Es wäre ein  
726 Fehler, dies einfach zu leugnen. Andererseits bleiben aber die Gefahren  
727 unübersehbar:

728 1. Der größte Teil der neu entstandenen Arbeitsplätze entsteht als Leiharbeit,  
729 befristet oder nicht sozialversichert. Der Aufschwung kompensiert nicht, dass das  
730 untere Fünftel in den vergangenen Jahren immer ärmer geworden ist und die

731 Reallöhne ebenfalls zurückgefallen sind, die Armut der 3,5 Millionen RentnerInnen in  
732 NRW steigt. Jeder 10. RentnerInnen-Haushalt lebt unter der Armutsgrenze (11,5 %  
733 laut IWH, bei Frauen sogar 13 %).

734 2. Der Aufschwung gerade in einem exportorientierten Land wie NRW ist in  
735 hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abhängig: Die USA  
736 stagnieren, Japan verzeichnet in zwei Quartalen negatives Wachstum, die Schulden-  
737 bzw. Bankenkrise ergreift in Europa ein Land nach dem anderen, doch genau hierhin  
738 gehen 60 % der NRW-Exporte. Die Stimmung der NRW-UnternehmerInnen hat sich  
739 im Juli weiter verschlechtert. Der Ifo-Geschäftsklimaindex in der gewerblichen  
740 Wirtschaft an Rhein und Ruhr sank im Juli, wie das Wirtschaftsministerium in  
741 Düsseldorf am 03.08.11 mitteilte: Der Index fiel um 4,1 auf nunmehr 15,3 Punkte  
742 (bundesweit minus 2,9 auf 18,1 Punkte). Die Unternehmen in NRW beurteilten dabei  
743 sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden  
744 sechs Monate schlechter als im Vormonat.

745 3. Die rotgrüne Koalition steht am Fuße der Mauer: Alle im Koalitionsvertrag  
746 gelisteten Wohltaten sind verteilt bzw. angestoßen. Bald wird für die Öffentlichkeit  
747 klar, dass sie nicht ausreichend bemessen sind. Umgekehrt bestätigt sich, dass die  
748 Forderung der LINKEN nach einem angemessenen Steuervollzug berechtigt sind:  
749 „Die Betriebsprüfer der Finanzämter haben dem Land NRW 2010 hohe Einnahmen für  
750 die Landeskasse beschert. Insgesamt wurden fast fünf Mrd. Euro zusätzliche Steuern  
751 festgesetzt ... Beim durchschnittlichen Jahresergebnis je Betriebsprüfer liegt NRW mit  
752 einem Betrag von 1,3 Mio. Euro pro Prüfer über dem bundesweiten Durchschnitt von  
753 1,1 Mio. Euro“ (WDR 3).

754 4. Die Idee, DIE LINKE könne SPD und Grüne dadurch unter Druck setzen, indem  
755 sie ihre Strategie und ihr daraus abzuleitendes Abstimmungsverhalten so lang wie  
756 möglich unklar lässt, ist falsch. Stattdessen müssen sich die Mitglieder frühzeitig mit  
757 den strategischen Optionen der Landespolitik befassen und der Fraktion die  
758 grundsätzliche Richtung vorgeben. Öffentlichkeit, Bewegungen und WählerInnen  
759 müssen rechtzeitig erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen, welche Ziele DIE  
760 LINKE in den anstehenden Haushaltsberatungen verfolgt.

761 5. Die „Schuldenbremse“ wird das Gesicht der Demokratie nicht nur auf  
762 Bundesebene, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene verändern, und  
763 zwar zum Schlechteren. Vor allem, weil die Ursachen der tiefgreifenden Wirtschafts-  
764 und Finanzkrise überhaupt nicht angegangen wurden. Auch über die nächste  
765 Bundestagswahl 2013 hinaus wollen neoliberal-kapitalistische Kräfte sie als Vorwand  
766 nutzen, um politisch nicht mehrheitsfähige Kürzungen und Beschneidungen sozialer  
767 Rechte zu rechtfertigen. Die „Schuldenbremse“ verhindert bei niedrig bleibenden  
768 Steuereinnahmen auch wichtige Zukunftsinvestitionen. Damit wird ein dringend  
769 notwendiger, radikaler Kurswechsel weg vom unsolidarischen, exportgetriebenen  
770 Wirtschaftsmodell der BRD blockiert.

771 Schlussfolgerungen: Auf der Straße & im Parlament für den radikalen Kurswechsel  
772 arbeiten!

773 1. Landesvorstand und LT-Fraktion veranstalten noch im Herbst 2011 einen  
774 haushaltspolitischen Ratschlag der LINKEN. NRW mit ihren Mitgliedern sowie

- 775 Interessierten aus Gewerkschaften sowie sozialen und ökologischen  
776 Bewegungen und Verbänden. Dort sollen die Spielräume und die Prioritäten  
777 einer fortschrittlichen, sozial-ökologischen Haushaltspolitik diskutiert werden.  
778 Die Diskussion soll, bei Bedarf unterstützt vom Landesvorstand und den LT-  
779 Abgeordneten, auch in den Kreisverbänden geführt werden.
- 780 2. Für DIE LINKE. NRW ist klar: Ein substantieller Teil der erzielten  
781 Steuermehreinnahmen (s.o.) muss für zusätzliche Investitionen und Ausgaben  
782 in gesellschaftlich dringliche Belange ausgegeben werden. Dazu gehören:
- 783 a. die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu höchstens dem  
784 im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im  
785 Nahbereich;
- 786 b. die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im  
787 öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich;
- 788 c. höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem  
789 Personalabbau und der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur  
790 entgegenzuwirken;
- 791 d. die Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen. Ein  
792 wichtiger Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen  
793 Mietwohnungsbaus, der energetischen Gebäudesanierung und des  
794 barriere-freien Bauens.
- 795 3. Inwieweit die rotgrüne Regierung in ihrem Haushaltsentwurf 2012 unsere  
796 Forderungen berücksichtigt hat und wie sich die Landtagsfraktion letztendlich  
797 dazu verhält, entscheidet ein Landesrat im Frühjahr nächsten Jahres.
- 798 4. Von NRW muss ein wichtiger Impuls ausgehen für die Überwindung der  
799 ungerechten Kürzungspolitik in Deutschland und Europa, die zu Entleerung  
800 der Demokratie und Beschneidung sozialer Rechte führt. DIE LINKE. NRW  
801 geht auf Gewerkschaften und Verbände zu mit dem Vorschlag eines  
802 Aktionsbündnisses „Handlungsfähige Demokratie – gegen Schuldenbremse“.  
803 Wir formulieren gegenüber der Landesregierung Bedingungen für die  
804 Aufnahme strukturierter Zusammenarbeit in finanzpolitischen Fragen.  
805 Diskutiert werden muss eine Klage gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz  
806 und gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und Kommunen. Zu  
807 diesen letztgenannten Punkten soll die Linksfraktion einen  
808 Entschließungsantrag in den Landtag einbringen.
- 809 5. Die LT-Fraktion wird beauftragt, die verschiedenen Modelle einer  
810 Vermögenssteuer für NRW durchrechnen zu lassen (z.B. vom Institut für  
811 Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans Böckler-Stiftung, IMK)  
812 und eine entsprechende Initiative zu ihrer Wiedereinführung zu starten.
- 813 6. DIE LINKE. NRW wirbt für ihr Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) und eine  
814 Steuerreform. Dazu wird ein Bildungsbaustein entwickelt und als Vor-Ort-  
815 Seminar auf Abruf angeboten. Das ZIP wird in regelmäßigen Abständen



816 aktualisiert im LAK ‚Wirtschaft, Haushalt, Finanzen‘, da es nach Auffassung  
817 der LTF für eine Umsetzung in dieser Wahlperiode nicht geeignet ist.

### 818 **3. DIE LINKE kämpft – für >gute Arbeit< mit Zukunft!**

---

819 *Beobachtung: Arbeitsmarktpolitik für Wenige, Ausgrenzung für Viele*

820 1. In NRW findet keine Industriepolitik statt. Die Erfahrungen mit dem  
821 Staatsinterventionismus der Regierung Merkel zeigen, dass aktive Wirtschaftspolitik  
822 sehr wohl möglich ist. Allerdings war Merkels Intervention zu gering dimensioniert  
823 und ging ökologisch und sozial in die falsche Richtung. NRW ist der Standort zweier  
824 großer Automobilkonzerne. Opel ist in Schwierigkeiten, da es von der Konzernleitung  
825 von bestimmten Exportaktivitäten (Wachstumsmarkt China) ausgeschlossen ist. Der  
826 sog. „Green New Deal“, der so gerne beschworen wird, bleibt eine hohle Phrase, da  
827 z. B. kein Programm für Elektromobilität vorliegt: Weder für den Arbeitsplatz  
828 erhaltenden Umbau des Fahrzeugbaus noch für die Konvertierung der bei  
829 alternativen Antrieben nicht mehr benötigten Zulieferbetriebe, noch für die ÖPNV-  
830 Infrastruktur.

831 2. Angesichts der noch boomenden Realwirtschaft streicht die schwarz-gelbe  
832 Bundesregierung alle Arbeitsmarktinstrumente rigoros zusammen. Sie  
833 versprechen, dass die wirtschaftliche Dynamik ausreicht, das Heer der  
834 Arbeitssuchenden zu verkleinern. Doch es braucht heute schon ein BIP-  
835 Wachstum von 1,5 Prozent, damit die Arbeitslosigkeit um 100.000 verringert  
836 wird. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bisher an den Langzeitarbeitslosen  
837 völlig vorbei gegangen. Nur bei ALG I-BezieherInnen hat sich die Zahl um 20  
838 Prozent verringert. Daher müsste gerade jetzt das Geld auf die Eingliederung  
839 der Langzeiterwerbslosen konzentriert werden statt auf ihrem Rücken zu  
840 „sparen“.

841 *Schlussfolgerungen: Gegen Niedriglohn, Benachteiligungen und Prekarität*

842 1. Die Konferenz „Tatort Niedriglohn“ braucht Entsprechungen auf der Kreis-  
843 und der Landesebene. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine  
844 moderierte Online-Plattform zur Verfügung zu stellen, auf der schnell,  
845 einfach und anonym über Unternehmen und Anstellungsträger informiert  
846 werden kann.

847 2. Was greift kurzfristig in der Arbeitsmarktpolitik? Die Gesetzes-Vorlage der  
848 Landesregierung muss ergänzt werden. Die Vermittlung in Leiharbeit und  
849 prekäre Beschäftigung muss unverzüglich eingestellt werden, denn sie  
850 bietet keine dauerhafte Eingliederungsperspektive („Wer zuletzt  
851 reinkommt, geht als erster!“). Es darf keine Vermittlungsgutscheine für  
852 private Entwicklungsagenturen mehr geben. Sie werden ständig von  
853 Unternehmen missbraucht.

854 3. Die Ein-Euro-Jobs sollten auslaufen, da sie auf Grundlage der  
855 bereitgestellten Mittel sowieso kaum noch angeboten werden können und  
856 nachweislich zur Ersetzung regulärer Beschäftigung missbraucht werden.  
857 Die Förderung von Scheinselbständigkeit durch Gründungsbeihilfen sollte

858 ebenfalls gestrichen werden, da sie einerseits über Töpfe der  
859 Wirtschaftsförderung finanziert werden könnten, vor allem aber, weil sie  
860 eine weitere Form der Prekarität ohne Zukunftsaussichten darstellen. Die  
861 so frei werdenden Mittel sollten zusammen mit weiteren Landesmitteln und  
862 ESF-Mitteln in die Schaffung von sozialversicherten und existenzsichernden  
863 Stellen gesteckt werden. Es geht um die Verhinderung von Ausgrenzung  
864 und um Arbeit, die am gesellschaftlichen Bedarf orientiert ist. Über die  
865 Einrichtung solcher Stellen entscheiden Beschäftigungskonferenzen in der  
866 Kommune oder im Kreis.

#### 867 **4. DIE LINKE kämpft – für Demokratie und soziale Rechte!**

---

868 *Beobachtung: Mehr Demokratie – aber für immer weniger Menschen?*

869 Lange vor der Großen Krise ab 2007 begann eine Absetzbewegung aus der  
870 repräsentativen Demokratie, da sie die sozialen Bürgerrechte nicht mehr sichert. Wut  
871 ohne klares Ziel und wutgetränkte Teilnahmslosigkeit machen sich in den  
872 gefährdeten und ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft breit. Sozial Benachteiligte  
873 bringen sich sehr selten an politischen Aktivitäten ein, oft gehen sie nicht mal mehr  
874 zu Parlamentswahlen. Die politische Klasse diskutiert nicht darüber, sondern hat sich  
875 damit abgefunden oder kann damit sogar ganz gut leben.

876 Auf der anderen Seite werden Formen direkter Demokratie immer beliebter, manche  
877 Demonstrationen haben großen Zulauf (Anti-Atom in Berlin, Castor, Stuttgart 21  
878 usw.) Unkonventionelle neue Protestformen entstehen (campact.de und weitere  
879 Online-Aktivitäten, wikileaks, Flashmobs usw.), werden aber bislang vor allem von  
880 Angehörigen gut verdienender und gut ausgebildeter sozialer Schichten genutzt. In  
881 Hamburg wurde der auf linken Druck hin verbindlich gemachte Volksentscheid  
882 ausgerechnet dazu genutzt, bürgerliche Bildungsprivilegien festzuschreiben. Es ist  
883 eine hoch gefährliche Entwicklung, wenn große Teile der Gesellschaft Demokratie  
884 nicht als etwas Positives erfahren.

885 *Schlussfolgerung: Demokratie von unten für alle durchsetzen!*

886 DIE LINKE. NRW muss den Teufelskreis durchbrechen, der aus sozialer Ausgrenzung  
887 und geringer demokratischer Beteiligung entsteht. Mit dem Berliner Wassertisch und  
888 den erfolgreichen Volkabstimmungen gegen die EU-Verfassung in Frankreich, den  
889 Niederlanden und Irland als Vorbild wollen wir auf kommunaler und Landesebene  
890 direkt-demokratische Instrumente und kreative Aktionen nutzen, wenn die Chance  
891 besteht, soziale Rechte zu verteidigen oder durchzusetzen. Der Landesvorstand wird  
892 Aktionen auf kommunaler Ebene gezielt unterstützen, damit sie Vorbildcharakter für  
893 andere Städte und Gemeinden erhalten.

894 *Beobachtung: Die etablierte Politik streute Rosen auf den Weg von Sarrazin, Le Pen  
895 & Co.*

896 Mit dem Glaubwürdigkeitsverlust des Neoliberalismus radikalisiert sich die  
897 Verteidigung der Privilegierten-Vorrechte. Ein Teil der Besitzbürger verroht  
898 zunehmend. Um den „Abgabenstaat“ zu mäßigen, soll der Sozialstaat durch  
899 Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen zurechtgestutzt werden. Im Gefolge von

900 Sarrazin, Sloterdijk und anderen werden Muslime und sozial Benachteiligte als  
901 FaulenzerInnen und bloßer Kostenfaktor diffamiert. Sarrazin ist so erfolgreich, weil er  
902 wirkliche Erfahrungen gut gebildeter Schichten und die gescheiterte Politik der  
903 verleugneten Einwanderungsgesellschaft anspricht. Die politische Klasse reagiert mit  
904 Hilflosigkeit, weil das neoliberale Kartell schon längst die Light-Version von dem  
905 umgesetzt hat, was Sarrazin fordert (Niedriglohn-Politik, Diffamierung und  
906 Bestrafung von Erwerbslosen, Familienpolitik zugunsten von Besserverdienenden,  
907 Abschiebepolitik statt Einbeziehung von MigrantInnen usw.). Weil die etablierten  
908 Parteien schon so viel von diesem Programm durchgesetzt haben, haben sie gegen  
909 die Gefahr neuer „rechtspopulistischer“ Parteien wenig auszurichten. Weil sie aus der  
910 Europäischen Union eine Agentur neoliberaler Zerstörung sozialer Rechte gemacht  
911 haben, können sie nicht die Idee einer europäischen Einigung gegen nationalistische  
912 und rassistische Abschottung verteidigen. Wenn die Hass-Presse ruft „Wir zahlen  
913 nicht für Eure Griechen!“, bedienen sie mit ihren knallharten Bankenrettungspaketen  
914 die Vorurteile des Stammtisches.

915 *Schlussfolgerungen: Für demokratische Erneuerung – für eine antirassistische*  
916 *Mehrheit!*

917 Wir müssen diejenige Partei sein, die sich der Aushöhlung der Demokratie  
918 entgegenstellt.

919 1. DIE LINKE hat die Aufgabe, von unten, aus der Gesellschaft heraus die  
920 grundsätzliche Opposition gegen neoliberal-kapitalistische Politik zu organisieren.  
921 Aufgabe der LINKEN ist, den Alltag und die Not zur Sprache zu bringen in den  
922 Medien, im Parlament, in Versammlungen. Wir müssen eine Sprache sprechen, die  
923 die Menschen anspricht und mobilisiert. Sonst überwiegen die sozialen Interessen  
924 der finanziell am besten Gestellten, die im Übrigen auch die höchste Wahlbeteiligung  
925 haben. *Gegen „Rechtspopulismus“ hilft nur eine populäre, sozialistische Politik!*

926 2. Der überfällige Politikwechsel ist nur mit einer anderen Mehrheit möglich. Da  
927 DIE LINKE auf absehbare Zeit dazu alleine und aus eigener Kraft nicht in der Lage  
928 ist, muss sie sich auf breite gesellschaftliche Bündnisse stützen („Mosaik-Linke“) und  
929 parlamentarisch zumindest auch punktuell mit den Parteien zusammenarbeiten, die –  
930 trotz ihrer Parteinamen – derzeit in ihren Prioritäten weder sozial noch ökologisch  
931 ausgerichtet sind.

932 In den Bündnissen geht es darum Plattformen zu schaffen, in die alle sozialen  
933 Gruppen ihre Interessen einbringen können.

934 Im Parlament geht es immer darum, ob eine konkrete Initiative eine Verbesserung  
935 gegenüber dem gegenwärtigen Zustand erzielt.

936 *Es nützt wenig, sich darauf zu berufen, objektiv die Interessen der Mehrheit zu*  
937 *vertreten, wenn diese Mehrheit sich mehrheitlich nicht von uns vertreten lassen will.*

938 Ohne Mehrheitsperspektive in den gesetzgebenden Institutionen verblasst die  
939 Identität der LINKEN genauso wie ohne klare programmatische Forderungen.

940 3. DIE LINKE. NRW ist der größte westliche Landesverband, dementsprechend  
941 sollte sie Gewicht haben. Der Landesverband NRW trägt gewaltige bundespolitische  
942 Verantwortung. Die Frage des Verhältnisses zur rot-grünen Koalition bestimmt  
943 wesentlich die Chancen für einen Politikwechsel auf Bundesebene 2013. Es muss

944 gelingen, mit Partei und Landtagsfraktion weitere Fortschritte zugunsten der  
945 Bevölkerungsmehrheit und insbesondere sozial Benachteiligter durchzusetzen. Wir  
946 müssen auch lernen, unsere Erfolge noch besser zu kommunizieren. JedeR GenossIn  
947 sollte „aus dem Stand“ wichtige Verbesserungen nennen können, die DIE LINKE.  
948 NRW durchgesetzt bzw. welche Verschlechterungen sie verhindert hat.  
949 Hierzu bietet die Landtagsfraktion ab sofort stetig aktualisierte Argumentationshilfen  
950 an.

951 4. DIE LINKE bleibt die wirksamere Alternative zum Nichtwählen. DIE LINKE  
952 mobilisiert für sozialen Protest. Die Vernetzung mit den Sozialverbänden,  
953 Gewerkschaftsgliederungen, Initiativen usw. wird auf allen Ebenen durch  
954 regelmäßige Informationskontakte aufgebaut und vertieft.

955 5. Der Kampf gegen „Rechtspopulismus“, die extreme und neofaschistische  
956 Rechte wird von uns aktiv unterstützt. Der Landesvorstand wird noch vor der  
957 Bundestagswahl zusammen mit der LT-Fraktion zu einer Basiskonferenz einladen, bei  
958 der mit antirassistischen Initiativen und kritischen WissenschaftlerInnen über die  
959 Gefahr von Rechts durch Neonazis, „Rechtspopulismus“ und die Propaganda der  
960 Ungleichheit aus der „politischen Mitte“ beraten wird. Wir wollen Austausch  
961 organisieren über erfolgreiche Schritte, mit denen die gesellschaftlichen Grundlagen  
962 rassistischer Politik beseitigt werden können.

963 Beobachtung: Rot-Grün-Schwarzer „Schulkonsens“ schreibt Bildungsprivilegien fort

964 Mit dem im Juli zwischen CDU, SPD und Grünen getroffenen Schulkonsens wird das  
965 Ziel „Eine Schule für alle“ faktisch beerdigt. SozialdemokratInnen und Grüne haben  
966 nicht eine Mehrheit gegen das deutsche Schulsystem aus dem Kaiserreich gesucht,  
967 das gerade dazu geschaffen wurde, „Arbeiterkinder“ von höherer Bildung und  
968 sozialem Aufstieg fernzuhalten. Sie haben stattdessen einen „Burgfrieden“ mit der  
969 Union gefunden aus Angst, selbst zaghafte Reformen wären sonst nicht  
970 durchsetzbar.

971 DIE LINKE. NRW lehnt den Schulkonsens als rückwärtsgewandt, unzureichend und  
972 falsch ab. Er ist reaktionär, weil er (nach eigener zutreffender Auskunft der CDU) die  
973 Gymnasien stärkt. Auf den neu zu schaffenden Sekundarschulen soll es nämlich  
974 keine eigene Oberstufe geben. Dass die Hauptschule abgeschafft wird, ist kein Trost  
975 – denn weil die Leute schon lange „mit den Füßen“ gegen diese Schulform  
976 abgestimmt haben, wäre sie in einigen Jahren ohnehin ausgeblutet – gleichgültig,  
977 was in der Landesverfassung steht. Der Schulkonsens ist falsch, weil er die Zahl der  
978 Schulformen in den Kommunen noch unübersichtlicher macht und die  
979 Planungssicherheit der Städte und Gemeinden gefährdet. Dass die Inklusion (die  
980 Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen in das reguläre Schulsystem) jetzt  
981 endlich in Angriff genommen wird, wäre auch ohne den Schulkonsens erfolgt. Für  
982 den geringen Fortschritt, der auch ohne die Zustimmung der CDU möglich gewesen  
983 wäre, soll jetzt erstmals in der Geschichte das gegliederte Schulsystem in der NRW-  
984 Verfassung festgeschrieben werden. Es handelt sich dabei um nichts Anderes, als  
985 dass wieder in erster Linie die Bildungsprivilegien des Bürgertums festgeschrieben  
986 werden gegen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für

987 alle. DIE LINKE. NRW wird mit allen demokratischen Mitteln gegen diesen  
988 verheerenden „Konsens“ vorgehen.

989 Schlussfolgerung: Gemeinsam kämpfen für eine gerechte und zukunftsfähige  
990 Bildung!

991 1. Wir wissen, dass etliche Bürgerinnen und Bürger in NRW nicht mit dem  
992 Schulkonsens einverstanden sind. Wir kämpfen weiterhin für „Eine Schule für  
993 alle“ – das Gymnasium darf keinen „Artenschutz“ genießen!

994 2. Wir versuchen mit allen demokratischen Mitteln, die Umsetzung des  
995 „Schulkonsenses“ zu verhindern. Unser Ziel ist ein demokratischer Prozess für  
996 eine gerechte Bildungsreform. Der Landesvorstand wird den Kreisverbänden  
997 geeignetes Material zur Verfügung stellen, um vor Ort aktiv zu werden gegen  
998 den sog. „Schulkonsens“. Wir werden aufklären und Unterstützung aktivieren.

999 3. Auf Landesebene wollen wir aktiv BündnispartnerInnen gewinnen gegen den  
1000 „Schulkonsens“ und bei ausreichender Resonanz auch zu zentralen Aktivitäten  
1001 aufrufen.

1002 Beobachtung: Kommunen in Not – sozialer Notstand steht bevor

1003 Die Finanznot der Städte ist überall sichtbar. Dennoch richten die meisten  
1004 Verwaltungen ihre Stadt als Gabentisch für Investoren zu; die Interessen und  
1005 Bedürfnisse sozial Benachteiligter fallen völlig hinten runter. Immer mehr alte  
1006 Menschen sind auf finanzielle Hilfe durch den Staat angewiesen. Die Grundsicherung  
1007 im Alter hat der Bund auf die Kommunen abgewälzt. Allein in Köln kommen jeden  
1008 Monat 150 neue Hilfesuchende hinzu. In Duisburg ist die Zahl der  
1009 LeistungsbezieherInnen seit 2003 von 3700 auf 6300 angestiegen. In Münster  
1010 müssen jährlich etwa fünf Prozent mehr SeniorInnen unterstützt werden. Die  
1011 Steuerbasis der Städte und Kreise ist strukturell völlig unzureichend, kann aber von  
1012 diesen selbst nicht verbessert werden.

1013 Die kommunalen KämmererInnen und das Landesfinanzministerium finden keinen  
1014 Konsens in der Verwendung der 350 Millionen zusätzlich bereitgestellter Mittel. Das  
1015 Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ der Stadtspitzen fordert eine gerechte  
1016 Verteilung der Konsolidierungshilfen; es reiche nicht, nur den am meisten  
1017 verschuldeten Kommunen beizustehen.

1018 Die einen wollen Mittel mit der Gießkanne verteilen, was allerdings auch den reichen  
1019 Städten zu Gute käme. Andere wollen die Mittel auf die ärmsten Städte  
1020 konzentrieren. Der Gesamtbetrag reicht angesichts des von der LINKEN  
1021 festgestellten Infrastruktur-Bedarfs von 150 Mrd. bis zum Jahr 2020 nicht aus. Eine  
1022 Änderung der Bundessteuermittel ist so bald nicht zu erwarten.

1023 Und einigen Kommunen werden jetzt noch die zu erwartenden Lasten der sog.  
1024 Bundeswehrreform aufgebürdet. Sie sollen mit den Folgen einer Reform allein fertig  
1025 werden, mit der die Bundeswehr für den globalen Militärinterventionismus fit  
1026 gemacht, aber zugleich verkleinert werden soll.

1027 Schlussfolgerungen: Die Kommunen gehören uns allen – für soziale Städte &  
1028 Gemeinden!

- 1029 1. Jeder Kreisverband prüft, welche der Stadtprojekte mit Landesgeldern  
1030 lediglich dem Prunk und den Immobilieninvestoren dienen. Diese Liste wird im  
1031 Rahmen der Haushaltsdebatten als Umverteilungsmasse eingebracht.
- 1032 2. Die Verringerung des Personals an den Militärstandorten bzw. erst recht deren  
1033 Schließung machen einen geplanten, koordinierten regionalen Strukturwandel  
1034 erforderlich. Dazu brauchen die Städte, Gemeinden, Landkreise die finanzielle  
1035 und organisatorische Unterstützung von Bund und Land. Ein solcher  
1036 Strukturwandel, der die Abhängigkeit der Kommunen und Kreise vom Militär  
1037 beendet, ist zugleich eine große Chance für neue zivile Nutzungen von Flächen  
1038 und Gebäuden, die ergriffen werden muss. Die LINKE, die entschieden für den  
1039 Abbau der Bundeswehr – in diesem Jahrzehnt um die Hälfte – streitet, wird  
1040 sich aktiv an diesem Konversionsprozess beteiligen und mit Bürgerinnen und  
1041 Bürgern Vorschläge für die zivile Umnutzung von Militäranlagen unterbreiten.
- 1042 3. Der Protest gegen die kommunale Kürzungspolitik wird vor Ort von der  
1043 LINKEN aktiv unterstützt. Schwerpunktmäßig wird versucht, verschiedene  
1044 soziale Gruppen und insbesondere sozial Benachteiligte zur Verteidigung der  
1045 sozialen Infrastruktur zusammenzubringen. Es geht auch um die Verteidigung  
1046 der Demokratie schlechthin: *Jedes geschlossene Schwimmbad, jeder marode*  
1047 *Spielplatz, jede kaputtgekürzte Bibliothek sind eine Schande für ein*  
1048 *demokratisches Land.*
- 1049 4. Die LT-Fraktion wird gebeten, mit dem Landesvorstand ein Konzept über die  
1050 Mittelverteilung zu entwickeln. Für DIE LINKE ist klar: So lange kein  
1051 Mittelzuwachs zu erwarten ist, müssen die Mittel – den ungleich dringenden  
1052 Bedarfen entsprechend – auch ungleich verteilt werden. Für uns haben die  
1053 Sicherung sozialer Infrastruktur und die Verteidigung sozialer Rechte Priorität.

## 1054 **5. Raus aus dem Tief – DIE LINKE. NRW als Mitgliederpartei aufbauen!**

1055 Beobachtung: Wachstumsprobleme und Schrumpfungsgefahren

1056 Wir wollen eine emanzipatorische, sozialistische Massenpartei werden, die hilft „*alle*  
1057 *Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,*  
1058 *ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“ (Karl Marx). Auf dem Weg dahin haben  
1059 wir auch in Nordrhein-Westfalen einige fremd- und selbstverantwortete Hindernisse  
1060 zu überwinden.

1061 Vier Probleme sind besonders schwerwiegend und müssen angepackt werden:

- 1062 1. Die soziale Verankerung der Partei ist nicht ausreichend. Leider waren die  
1063 äußeren Bedingungen für eine Stärkung der gesellschaftlichen Basis der  
1064 LINKEN in Nordrhein-Westfalen seit der Gründung der Partei nicht sehr  
1065 günstig. In 2007 wurde unser Landesverband aus den beiden Quellparteien  
1066 gegründet. In 2008 musste noch Vieles bewältigt werden, um die neue Partei  
1067 DIE LINKE Wirklichkeit werden zu lassen. 2009 war ein Super-Wahljahr mit  
1068 Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen, und unsere Arbeit ging direkt

1069 über in die Vorbereitung der wichtigen Landtagswahl 2010. Gleichzeitig  
1070 wurden viele aktive GenossInnen in die kommunale Parlamentsarbeit  
1071 eingebunden. Linke Kommunalpolitik ist ungeheuer wichtig, aber auch sehr  
1072 anstrengend, weil z.Zt. nur DIE LINKE die gesellschaftlichen Verhältnisse  
1073 ernsthaft für die Mehrheit der Menschen verbessern und nicht nur Mangel  
1074 verwalten will. Niemand kann von kommunalen MandatsträgerInnen erwarten,  
1075 dass sie ihre Arbeit gut ausfüllen und zugleich die Parteistrukturen aufbauen.  
1076 Trotzdem bleibt eine stärkere soziale Basis bei den lohnabhängig  
1077 Beschäftigten, kleinen und prekären UnternehmerInnen, Erwerbslosen und  
1078 sozial Benachteiligten unverzichtbar. Es ist für uns die größte und wichtigste  
1079 Herausforderung, das hinzubekommen.

1080 2. Unser Landesverband ist nicht nur zahlenmäßig der größte innerhalb der alten  
1081 Bundesländer. Nordrhein-Westfalen ist gleichzeitig ein Flächenland mit  
1082 verschiedenen Regionen. Für viele GenossInnen, die nicht zentral im  
1083 Ruhrgebiet wohnen oder verkehrsmäßig gut angebunden sind, ist es kaum  
1084 zumutbar, häufig für die parteipolitische Arbeit weite Strecken zurücklegen zu  
1085 müssen. Trotzdem wollen sie sich beteiligen und DIE LINKE voranbringen. Wir  
1086 müssen Mittel und Wege finden, dass wir Politik für alle machen – und auch  
1087 Politik für alle zugänglich machen innerhalb der Partei.

1088 3. Noch immer ist unsere Partei für viele Menschen nicht attraktiv, leider gerade  
1089 oft für diejenigen, die wir erreichen wollen. Es kann keine  
1090 generationengerechte Politik geben, wenn nicht junge und ältere Menschen  
1091 beteiligt sind, und es wird keine feministische Politik stattfinden, wenn sie  
1092 nicht von Frauen selbst vorangetrieben wird. Die Bedürfnisse von  
1093 MigrantInnen kennen die MigrantInnen selbst am besten – auch, weil sie keine  
1094 einheitliche Gruppe sind. Selbst mit besten Absichten stößt eine  
1095 StellvertreterInnen-Politik schnell an ihre Grenzen.

1096 4. Aufgrund unserer Geschichte haben viele GenossInnen gefürchtet, dass sich  
1097 Parlamentsfraktionen gegenüber der Parteibasis verselbstständigen und den  
1098 bürgerlichen Parteien annähern. Als Reaktion darauf stand oft der Schritt,  
1099 beides strikt zu trennen, damit sich die Fraktion nicht die Partei zum bloßen  
1100 Anhängsel machen kann. Gefährlich ist aber ebenso eine Entwicklung, bei der  
1101 Fraktions- und Parteiarbeit nicht stark genug aneinander gekoppelt sind. Die  
1102 wichtige kommunalpolitische Arbeit darf nicht bei den MandatsträgerInnen  
1103 alleine „abgeladen“ werden. Wir müssen den wichtigen Spagat zwischen  
1104 kommunalpolitischer, landespolitischer, bundes- und europapolitischer Ebene  
1105 hinbekommen.

1106 Schlussfolgerung: DIE LINKE. NRW als Mitgliederpartei auf- und ausbauen!

1107 1. Die soziale Verankerung ist das A und O einer Partei, die sich Demokratie und  
1108 Sozialismus auf die Fahnen schreibt. Der Landesvorstand unterstützt ein  
1109 offensives Vorgehen „Rein in die Stadtteile!“, für das es gute Vorbilder gibt. In  
1110 Anlehnung an die Erfahrungen in Hamburg mit dem „aufsuchenden  
1111 Wahlkampf“ sollen Schulungen angeboten werden für GenossInnen, die

- 1112 gezielt in Stadtviertel der sozial Benachteiligten gehen und die Menschen für  
1113 linke Politik aktivieren wollen.
- 1114 2. Der Landesverband unterstützt die Verbreitung von Stadt- und  
1115 Stadtteilzeitungen. Das Ziel muss lauten, dass bis zur Bundestagswahl 2013  
1116 jeder Kreisverband eine Zeitung herausgibt, mit der die Menschen vor Ort  
1117 angesprochen werden.
- 1118 3. Dringend notwendig sind auch *regionale Strukturen* innerhalb des  
1119 Landesverbandes für die Bildungsarbeit, den Austausch von BasisaktivistInnen  
1120 und MandatsträgerInnen und zur Verständigung mit ebenfalls regional  
1121 organisierten gesellschaftlichen Kräften und Institutionen (Gewerkschaften,  
1122 Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc.).  
1123 Deshalb wird der Landesvorstand Anstrengungen zur Bildung regionaler  
1124 Zusammenschlüsse gemäß § 13 a der Landessatzung unterstützen. Damit die  
1125 Regionalverbände effektiv arbeiten können, müssen ihnen Mittel zur  
1126 Verfügung gestellt werden.
- 1127 4. Der hohe Anteil an Neumitgliedern und die wiederholt vorgetragenen  
1128 Forderungen aus vielen Kreisverbänden machen eine Verstärkung der  
1129 innerparteilichen Bildungsarbeit dringend notwendig. Der Landesvorstand soll  
1130 ein Konzept erarbeiten, bei dem sich landesweite und regionale  
1131 Seminarangebote mit möglichst niedrig-schweligen Angeboten auf lokaler  
1132 Ebene ergänzen.  
1133 Perspektivisch muss eine Bildungsarbeit geleistet werden, die es allen  
1134 interessierten Parteimitgliedern ermöglicht, kompetent Politik zu machen, den  
1135 fruchtbaren Meinungsstreit in einer pluralistischen Linken demokratisch,  
1136 respekt- und kulturvoll auszutragen sowie transparent und kommunikativ,  
1137 effizient und verantwortlich in Gremien zu arbeiten.
- 1138 5. Wo die Verhältnisse zwischen kommunalen Fraktionen und der Parteibasis  
1139 oder innerhalb der Basis vor Ort zerrüttet sind, wird der Landesvorstand  
1140 gemeinsame Aktionen vorschlagen, die die GenossInnen wieder  
1141 zusammenbringen sollen. Nichts wirkt besser für politischen Zusammenhalt  
1142 als der anstrengende gemeinsame Kampf für ein gemeinsames Ziel! Mögliche  
1143 Aktionsvorschläge sind z.B. die Durchsetzung eines sozialen Mobilitätstickets  
1144 im jeweiligen regionalen Verkehrsverbund, der Kampf für bessere  
1145 Lernbedingungen vor Ort, gegen Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich  
1146 usw.
- 1147 6. Wer alte und junge Menschen, Frauen und MigrantInnen für sich gewinnen  
1148 will, muss sich bemerkbar machen. Die landes-, europa- und  
1149 bundespolitischen MandatsträgerInnen werden gebeten, sich für wichtige  
1150 Aktionen z.B. im Bereich Rente, Ausbildungsplatzmangel,  
1151 Gleichstellungspolitik usw. zur Verfügung zu stellen, um die  
1152 Öffentlichkeitswirksamkeit unserer Aktivitäten zu erhöhen.

1153 Das Sichere ist nicht sicher.  
1154 So, wie es ist, bleibt es nicht.  
1155 Wenn die Herrschenden gesprochen haben,



1156 Werden die Beherrschten sprechen.  
1157 Wer wagt zu sagen: niemals?  
1158 An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.  
1159 An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?  
1160 Ebenfalls an uns.  
1161 Wer verloren ist, kämpfe!  
1162 Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?  
1163  
1164 *(aus: Bertolt Brecht, Lob der Dialektik)*  
1165

## **L-1-Ä-1**

### **Änderungsantrag zum Leitantrag, Zeilen 398 und 399**

1168 Antragsteller: Christian Stadter

1169 Streichung des Satzes: „Die Kampagne zur Mitgliederwerbung wurde von den  
1170 Kreisverbänden nicht aufgegriffen und ist gescheitert.“

1171 Ersetzung des gestrichenen Satzes durch die Formulierung: „Der Beschluss des  
1172 Landeparteitages in Leverkusen, eine Kampagne zur Mitgliederwerbung und  
1173 Parteientwicklung durchzuführen, wurde vom Landesvorstand bisher nicht  
1174 aufgegriffen und die Kampagne von ihm nicht organisiert.“

### **Begründung**

1176 Die Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung wurde bis zum  
1177 Beschluss auf dem Parteitag in Leverkusen ein halbes Jahr lang vorbereitet. Sie  
1178 wurde entwickelt im Ergebnis von 6 regionalen workshops zur Mitgliederwerbung, an  
1179 denen 51 Mitglieder aus 23 Kreisverbänden teilnahmen.

1180 Es war also genau umgekehrt, wie im Entwurf des Leitantrages behauptet: Die  
1181 Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung, der Beschluss auf dem  
1182 Parteitag war eine Initiative aus den Reihen der Kreisverbände, es war der  
1183 Landesvorstand, der sie nicht aufgriff und es unterließ, einen zentralen Beschluss des  
1184 Landeparteitages umzusetzen, bzw. seine Umsetzung zu organisieren.

1185 Eine Reihe von Kreisverbänden hatte ihre Unterstützung erklärt, es war  
1186 herausgearbeitet worden, in welchen Kreisverbänden die besten Bedingungen zum  
1187 Start der Kampagne bestanden, weitere konnten später nachziehen. Gerade weil die  
1188 Partei mit einer solchen Kampagne bisher über keine Erfahrungen verfügte, bot  
1189 dieses differenzierte Bild gute Ansatzpunkte, die bisher vom Landesvorstand jedoch  
1190 nicht genutzt wurden.

## **L-1-Ä-2**

### **Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 399 – 402**

1193 Antragsteller: Günter Blocks

1194 *Der Landeparteitag möge beschließen, die Zeilen 399 – 402*

1195 Die Mitgliederentwicklung ist rückläufig. DIE LINKE tauscht gerade – ähnlich wie die  
1196 Grünen in den 90er Jahren – ihre Mitgliedschaft aus. Für jeden Neueintritt müssen  
1197 wir einen Austritt verbuchen. Dieser Bundestrend ist mit Verspätung seit einigen  
1198 Wochen auch in NRW angekommen.

1199 *wie folgt zu ändern:*

1200 - *Folgende Sätze werden ersatzlos gestrichen:*

1201 DIE LINKE tauscht gerade – ähnlich wie die Grünen in den 90er Jahren – ihre  
1202 Mitgliedschaft aus. Für jeden Neueintritt müssen wir einen Austritt verbuchen.

1203 - *Der Satz*

1204 Dieser Bundestrend ist mit Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW  
1205 angekommen.

1206 *wird geändert in:*

1207 Dieser Bundestrend ist seit einem Jahr auch in NRW angekommen.

1208 Begründung:

1209 Es gibt (weder in diesem Leitantrag noch sonst wo) irgendwelche Belege dafür, dass  
1210 ein Mitgliedschafts-Austausch der LINKEN. NRW stattfände:

1211 Vielmehr sind knapp **2/3** der Mitglieder der beiden Quellparteien zum Zeitpunkt der  
1212 Fusion auch heute noch Mitglied der LINKEN. NRW.

1213 Austritte sind vielmehr überwiegend unter enttäuschten Neumitgliedern festzustellen.

1214 Umso irritierender ist es, dass der Landesvorstand in seinem Leitantrag (Zeile 398 f.)  
1215 nur lapidar feststellt:

1216 Die vom Landesparteitag beschlossene Mitgliederkampagne ... ist gescheitert.

1217 anstatt eine Neuauflage der „Kampagne der LINKEN. NRW zur Mitgliederwerbung  
1218 und Parteientwicklung“ (so der vollständige Name des Landesparteitags-Beschlusses  
1219 vom 11.07.2010) anzukündigen oder neue Ansätze hierzu in seinem Leitantrag  
1220 aufzuzeigen.

1221 Ebenso falsch ist auch die Behauptung, der Trend zur rückläufigen  
1222 Mitgliederentwicklung ist mit Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW  
1223 angekommen.

1224 Richtig ist vielmehr, dass der Höchststand unserer Mitgliederzahl in NRW am  
1225 17.08.2010 mit 8.953 Mitgliedern erreicht wurde.

1226 Nicht seit einigen Wochen, sondern vielmehr seit dem Zeitpunkt des Amtsantritts  
1227 dieses Landesvorstandes vor einem Jahr hat DIE LINKE. NRW 7,5 % ihrer Mitglieder  
1228 verloren.

1229 Statt einer Analyse dieser Fehlentwicklung folgt nur der hilflose Appell Es gilt, sich  
1230 ihm [also dem Trend zum Mitglieder-Rückgang] gemeinsam auf allen Ebenen  
1231 entgegen zu stellen!

## 1232 **Anträge zur Haushaltsdebatte**

### 1233 **H-1**

#### 1234 **Verhalten zum Haushalt 2012**

1235 Antragsteller: KV Düsseldorf

1236 Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich zum Nachtragshaushalt 2010  
1237 und zum Haushalt 2011 enthalten. Begründet wurde das in beiden Fällen mit einer  
1238 moderaten Akzentverschiebung weg vom Primat der Haushaltskonsolidierung und hin  
1239 zur Berücksichtigung sozialer und anderer wichtiger Belange. Die „roten Haltelinien“  
1240 seien nicht überschritten worden. Die roten Haltelinien sind eine Schutzvorrichtung  
1241 gegen eine Akzeptanz der „Politik des kleineren Übels“. Ihre Einhaltung darf jedoch  
1242 nicht zu einem Automatismus der Enthaltung führen. Aus diesem Grund ist es für  
1243 unsere Strategie zum Haushalt notwendig, Kriterien an einen Haushalt zu  
1244 formulieren, der von der LINKEN getragen werden kann. Die letzte Entscheidung  
1245 über das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum Haushalt 2012 obliegt einem  
1246 Landesrat.

1247 Das Verhalten der Fraktion wurde in der Vergangenheit erst kurz vor der  
1248 Abstimmung im Landtag festgelegt. Die Idee, DIE LINKE könne SPD und Grüne  
1249 dadurch unter Druck setzen, indem sie ihr Abstimmungsverhalten so lang wie  
1250 möglich unklar lässt, ist falsch. Dadurch bleibt man für die eigenen Mitglieder sowie  
1251 die Wählerinnen und Wähler unberechenbar. Die Mitglieder brauchen eine  
1252 Meinungsbildung zu den wichtigsten Abstimmungen. Öffentlichkeit, Bewegungen,  
1253 Wählerinnen und Wähler müssen früh erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen,  
1254 unter welchen Bedingungen die Fraktion einem Haushalt zustimmt, wann sie sich  
1255 enthält und wann sie einen Haushalt ablehnt.

#### 1256 **Für eine Enthaltung zum Haushalt 2012 gelten folgende Kriterien:**

- 1257 - Die Roten Haltelinien dürfen nicht überschritten werden: Kein Sozialabbau,  
1258 keine Privatisierungen, kein Personalabbau (weder im ArbeitnehmerInnen-  
1259 noch im Beamtenbereich)
- 1260 - Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen müssen für gesellschaftlich  
1261 dringliche Belange (Bildung, Soziales, Stärkung der Kommunalfinanzen,  
1262 ökologische Zukunftsfähigkeit, solidarische Ökonomie usw.) ausgegeben  
1263 werden.
- 1264 - Dazu gehört die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu  
1265 höchstens dem im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im  
1266 Nahbereich.
- 1267 - Dazu gehört die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze  
1268 im öffentlichen Dienst, was unter anderem die Verkleinerung der Schulklassen  
1269 durch die Bereitstellung der Mittel für die Einstellung neuer Lehrerinnen und  
1270 Lehrer ermöglichen würde.

1271 - Dazu gehört die Erhöhung der sozialen und ökologischen  
1272 Zukunftsinvestitionen. Ein wichtiger Baustein ist insbesondere der Ausbau des  
1273 sozialen Mietwohnungsbaus und die energetische Gebäudesanierung. Hierfür  
1274 muss die Wohnraumförderung mindestens auf das Niveau erhöht werden, das  
1275 SPD und Grüne in der Opposition gefordert haben.

1276 DIE LINKE NRW stimmt nur dann einem Haushalt zu, wenn sie für die Gesamtpolitik  
1277 einer Landesregierung die Verantwortung übernehmen kann, weil sie mit unserem  
1278 Wahlprogramm in den Grundzügen übereinstimmt.

1279 Ein solcher Haushalt würde einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der  
1280 abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, der Benachteiligten und der ökologischen  
1281 Zukunftsfähigkeit ausdrücken. Die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und  
1282 Kommunen ist ein wesentliches Problem für diesen Politikwechsel, weshalb das Land  
1283 gegen diese klagen muss.

1284 Ein Politikwechsel wäre unvereinbar mit dem Festhalten von SPD und Grünen an der  
1285 so genannten Schuldenbremse und nur im offenen Konflikt mit den Superreichen,  
1286 Banken und Konzernen möglich.

1287

1288 **H-2**

1289 **Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der LINKEN.**

1290 Antragsteller: KV Köln

1291 **1)**

1292 Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich zum Nachtragshaushalt 2010  
1293 und zum Haushalt 2011 enthalten. Begründet wurde das in beiden Fällen mit einer  
1294 moderaten Akzentverschiebung weg vom Primat der Haushaltskonsolidierung und hin  
1295 zur Berücksichtigung sozialer und anderer wichtiger Belange. Die „roten Haltelinien“  
1296 seien nicht überschritten worden, es sei also kein Sozialabbau, keine Privatisierungen  
1297 und kein Personalabbau geplant gewesen.

1298 Diese „roten Haltelinien“ beziehen sich vor allem auf die Situation einer möglichen  
1299 Regierungsbeteiligung der LINKEN. Sie sind eine Schutzvorrichtung gegen eine  
1300 Akzeptanz der „Politik des kleineren Übels“.

1301 **Werden sie eingehalten, hat dies keineswegs automatisch den Eintritt der**  
1302 **LINKEN. in eine Regierung oder – im nordrhein-westfälischen Fall – eine**  
1303 **Zustimmung der LINKEN. zum Haushalt zur Folge.**

1304 **2)**

1305 **Für eine LINKE. Strategie zum Haushalt ist es notwendig, sich rechtzeitig**  
1306 **auf die Ziel zu verständigen, die DIE LINKE. in den anstehenden**  
1307 **Haushaltsberatungen verfolgt.**

1308 Hierzu gehört, Kriterien an einen Haushalt zu formulieren, der von der LINKEN  
1309 getragen oder von der LINKEN. durch Enthaltung ermöglicht werden kann.

1310 Die Idee, DIE LINKE. könne SPD und Grüne dadurch unter Druck setzen, indem sie  
1311 ihre Strategie und ihr daraus abzuleitendes Abstimmungsverhalten so lang wie  
1312 möglich unklar lässt, ist falsch. Stattdessen müssen sich die Mitglieder frühzeitig mit  
1313 den strategischen Optionen der Landespolitik befassen und der Fraktion die  
1314 grundsätzliche Richtung vorgeben. Öffentlichkeit, Bewegungen und Wähler/innen  
1315 müssen rechtzeitig erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen, welche Ziel DIE  
1316 LINKE. in den anstehenden Haushaltsberatungen verfolgt.

1317 **3)**

1318 Bei der Entscheidung der LINKEN. über den Landeshaushalt 2012 gelten folgende  
1319 Kriterien:

1320 - Die „**Roten Haltelinien**“ dürfen nicht überschritten werden, es darf also  
1321 keinen Sozialabbau, keine Privatisierungen und keinen Personalabbau geben.

1322 - Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen müssen für zusätzliche  
1323 Investitionen und Ausgaben in **gesellschaftlich dringliche Belange**  
1324 ausgegeben werden. Dazu gehört:

1325 + die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu höchstens  
1326 dem im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im  
1327 Nahbereich;

1328 + die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im  
1329 öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich;

1330 + höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem  
1331 Personalabbau und der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur  
1332 entgegenzuwirken;

1333 + die Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen.  
1334 Ein wichtiger Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen  
1335 Mietwohnungsbaus, der energetischen Gebäudesanierung und des  
1336 barrierefreien Bauens.

1337 - Die strukturelle Unterfinanzierung der Länder (und Kommunen) ist ein  
1338 wesentliches Problem für diesen Politikwechsel, weshalb das Land gegen diese  
1339 klagen und eine Bundesratsinitiative einbringen muss.

1340 **4)**

1341 **DIE LINKE. NRW ist Oppositionspartei. Sie würde dennoch einem Haushalt**  
1342 **der Landesregierung zustimmen, wenn sie für die politische Grundrichtung**  
1343 **dieses Haushaltes die Verantwortung übernehmen kann**, weil er mit unserem  
1344 Wahlprogramm in den Grundzügen übereinstimmt.

1345 Ein solcher Haushalt würde einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der  
1346 abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, der Benachteiligten und der ökologischen  
1347 Zukunftsfähigkeit ausdrücken. Ein solcher Politikwechsel wäre unvereinbar mit dem  
1348 Festhalten von SPD und Grünen an der sogenannten Schuldenbremse und nur im  
1349 offenen Konflikt mit den Superreichen, Banken und Konzernen möglich.

1350 **5)**

1351 **Die letzte Entscheidung über das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum**  
1352 **Haushalt 2012 obliegt einem Landesrat.**

1353 Er hat die politische Lage zum Zeitpunkt der bevorstehenden Verabschiedung des  
1354 Haushaltes und die Durchsetzung der LINKEN. Haushaltsforderungen zu prüfen und  
1355 der Fraktion dann ein Abstimmungsverhalten vorzugeben.

1356 **Anträge zur Landesfinanzordnung und Finanzen**

1357 **F-1**

1358 **Änderung des § 4 der Lanhdesfinanzordnung**

1359 AntragstellerInnen: Landesvorstand DIE LINKE.NRW., Peter Schulte, KV Siegen,  
1360 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Dirk Wilkens-Hagenkötter, KV Soest,  
1361 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Corinna Schönwetter, KV Herne,  
1362 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Bernd Lohren, KV Hamm, Mitglied  
1363 des Präsidiums des Landesfinanzrates, Heike Mootz, KV Kleve, Mitglied des  
1364 Präsidiums des Landesfinanzrates, LISA NRW

1365 Der Landesparteitag möge beschließen:

1366 Der § 4 Landesfinanzordnung

1367 **§ 4 Eigenfinanzierung und innerparteilicher Finanzausgleich**

1368 Absatz 2, Satz 2:

1369 Im Rahmen des Finanzausgleichs werden die vereinnahmten Mitgliedsbeiträge  
1370 grundsätzlich je zur Hälfte auf den Landesverband und den Kreisverband aufgeteilt,  
1371 dem das Mitglied angehört.

1372 Soll wie folgt geändert werden:

1373 Im Rahmen des Finanzausgleichs werden die vereinnahmten Mitgliedsbeiträge  
1374 grundsätzlich zu 60 % auf den Landesverband und zu 40 % auf den Kreisverband  
1375 aufgeteilt, dem das Mitglied angehört. Die Aufteilung 60/40 wird dann überprüft und  
1376 dem Landesparteitag zur Neuentscheidung vorgelegt, wenn der Durchschnittsbeitrag  
1377 im Landesverband um 1,- € (Stichtag jeweils 31.12.) gestiegen ist.

1378 Begründung:

1379 Der Landesrat im Mai 2011 hat den vom Landesvorstand eingebrachten Haushalt für  
1380 das Jahr 2011 mit der Maßgabe zurückgewiesen, in den laufenden Haushalt die  
1381 Möglichkeit der Hauptamtlichkeit der Landesgeschäftsführerin / des  
1382 Landesgeschäftsführers mit einzubeziehen.

1383 Mit der Beschlussfassung des Haushaltes für 2010 durch den Landesrat wurden 3  
1384 Stellen aus dem geschäftsführenden Landesvorstand hauptamtlich gestellt. Auf  
1385 eigenen Wunsch blieb die Stelle des Landesgeschäftsführers ehrenamtlich.

1386 Eine vierte Stelle ist aus den laufenden Einnahmen des Landesverbandes nicht zu  
1387 gewährleisten. Nach einer ausführlichen Diskussion gingen wir mit der  
1388 Beschlussfassung des Finanzplanes 2010 von einer kontinuierlichen  
1389 Beitragssteigerung aus, die moderat den Eintrittszahlen der Vorjahre angepasst war.  
1390 Es wurde mit einem monatlichen Mitgliederzuwachs von 50 GenosssInnen und einem  
1391 Durchschnittsbeitrag von 6,- € pro Mitglied im Monat kalkuliert. Beide Prämissen sind  
1392 nicht eingetroffen, einerseits stagnieren die Mitgliederzahlen, andererseits liegt der  
1393 Durchschnittsbeitrag per 31.12.2010 bei € . 5,76.

1394 Insgesamt hat sich die Situation des Landesverbandes deutlich verbessert. Im Jahr  
1395 2010 haben die Kreisverbände insgesamt 735.000,- € allein aus  
1396 Mandatsträgerbeiträgen eingenommen, die Landesverbandsebene 200,000,- €. Das  
1397 bedeutet für den Landesverband pro 1 € Beitragseinnahme 0,67 €  
1398 Mandatsträgerbeitrag. Bei den Kreisverbänden kommen auf 1 € Beitrag 2,45 €  
1399 Mandatsträgerbeiträge.

1400 Auf dem KreissprecherInnen- und KreisschatzmeisterInnen-Treffen im Juni 2011  
1401 wurde eine Kampagne zur Beitragserhöhung diskutiert und gestartet. Ziel ist es, die  
1402 Einnahmen aus Beiträgen zu erhöhen, um die Realisierung der Stelle der  
1403 Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers zu gewährleisten. Die  
1404 Kampagne läuft gut an, Kreisverbände schließen sich ihr an und werben bei ihren  
1405 Mitgliedern dafür. Da aber nicht mit einer sofortigen Erhöhung der  
1406 Beitragseinnahmen zu rechnen ist, muss gewährleistet sein, dass dem Antrag des  
1407 Landesrates Rechenschaft getragen wird. Dazu dient die vorgeschlagene Änderung  
1408 der Finanzordnung, die dann wieder verändert werden soll, wenn die  
1409 Beitragseinnahmen entsprechend erhöht werden konnten. Dieses Verfahren wurde  
1410 auf dem Treffen von einer deutlichen Mehrheit der Anwesenden unterstützt. Der  
1411 Absatz 3 § 4 der Finanzordnung ist von der Änderung nicht betroffen.

1412 **F-2**

### 1413 **Verzicht auf hauptamtliche GeschäftsführerIn**

1414 Antragsteller: KV Köln

1415 Der Beschluss des Landesrates vom Mai 2011 wird aufgehoben und auf die  
1416 Bestellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers wird verzichtet.

1417 Begründung:

1418 Auf der Landesebene sind zurzeit acht hauptamtliche Genossinnen und Genossen  
1419 beschäftigt. Vier GenossInnen in der Mitglieder- und Finanzverwaltung, eine  
1420 Vorstandsreferentin und je eine hauptamtliche Sprecherin bzw. einen Sprecher. Ein  
1421 Genosse nimmt quasi die Funktion eines hauptamtlichen Geschäftsführers war. Die  
1422 Personalkosten entsprechen schon heute einem Volumen von 71% der  
1423 Beitragseinnahmen. Zusammen mit den Kosten des Geschäftsbetriebes sind dies  
1424 86%.

1425 Eine Begründung und die Notwendigkeit für die Einführung eines hauptamtlichen  
1426 Geschäftsführers wird nicht angegeben.

1427 Die Einführung einer hauptamtlichen Geschäftsführerin wird eine Änderung der  
1428 Verteilung der Beiträge von einem Schlüssel von 50/50 auf 60/40 zu Ungunsten der  
1429 Kreisverbände nach sich ziehen. Alternativ droht die Verlagerung von Kosten der  
1430 Landesebene hin auf die Ebene der Kreisverbände. Diese Veränderung der  
1431 Beitragsverteilung bedeutet einen Einnahmeverlust von bis zu 7000 Euro pro Jahr für  
1432 einzelne Kreisverbände. Viele Kreisverbände können einen solchen Einnahmeverlust  
1433 nicht kompensieren und sind dann ihrerseits zu harten Sparmaßnahmen bis hin zum  
1434 Personalabbau gezwungen.



1435

### F-3

#### 1436 **Die Änderung der Landesfinanzordnung solidarisch und zukunftsorientiert** 1437 **umsetzen**

1438 AntragstellerInnen: Günter Blocks, Nina Eumann, Dirk Wilkens-Hagenkötter, Marcus  
1439 Köster

1440 *Der Landesparteitag möge – ergänzend zur Änderung der Landesfinanzordnung -*  
1441 *beschließen:*

1442 Die zusätzlichen Einnahmen des Landesverbandes in Folge der Änderung von § 4  
1443 Abs. 2 Satz 2 der Landesfinanzordnung, die über die tatsächlichen Kosten der  
1444 Einführung einer hauptamtlichen LandesgeschäftsführerInnen-Stelle hinausgehen,  
1445 werden je zur Hälfte für

1446 - einen solidarischen innerparteilichen Finanzausgleich zu Gunsten der finanz-  
1447 und struktur-schwächsten Kreisverbände

1448 - und die zukunftsorientierte Intensivierung der Innerparteilichen Bildungsarbeit  
1449 eingesetzt.

1450 Landesfinanzrat und LAK Innerparteiliche Bildungsarbeit werden aufgefordert,  
1451 gemeinsam zur ersten-Tagung des Landesrates im Jahr 2012 Beschlussvorlagen zur  
1452 konkreten und transparenten Umsetzung dieses Beschlusses vorzulegen.

1453 Der Landesfinanzrat legt die Kriterien zur Mittelvergabe an finanz- und  
1454 strukturschwache Kreisverbände fest, wobei kreative Aktivitäten der Kreisverbände  
1455 im Mittelpunkt stehen sollen.

1456 Begründung:

1457 Die von Landesvorstand, den PräsidInnen des Landesfinanzrates und LISA NRW  
1458 eingebrachte Änderung der Landesfinanzordnung führt (laut den Daten des  
1459 vorläufigen Haushaltsplans des Landesverbandes) zu Mehreinnahmen des  
1460 Landesverbandes in Höhe von ca. 60.000 Euro pro Jahr. Dies gilt erstmalig für das  
1461 Jahr 2012.

1462 Die Einrichtung einer hauptamtlichen LandesgeschäftsführerInnen-Stelle verursacht  
1463 (bei analoger Bezahlung zu den drei anderen hauptamtlichen Wahl-Funktionen)  
1464 tatsächliche Kosten in Höhe von ca. 50.000 Euro (Arbeitgeber-Brutto) pro Jahr. Die  
1465 Differenz in Höhe von ca. 10.000 Euro soll den Kreisverbänden mit diesem  
1466 ergänzenden Beschluss unmittelbar, solidarisch und zukunftsorientiert zu Gute  
1467 kommen.

1468 Sollte der/die künftige LandesgeschäftsführerIn ganz oder teilweise auf seine  
1469 Gehaltsansprüche verzichten, entscheidet der Landesfinanzrat auf Vorschlag des  
1470 Präsidiums des Landesfinanzrates über die haushalterische Einstellung.

1471

### F-4

#### 1472 **Fahrgeldtopf**

1473 Antragsteller: KV Leverkusen

1474 Der Landesverband DIE LINKE NRW beschließt einen Fahrgeld Topf, der Geld  
1475 bereithält, um Bundesweite Termine (Seminare, Fortbildungen ect) für GenossInnen  
1476 mit sehr geringem Einkommen zu ermöglichen und deren demokratische Teilhabe  
1477 sicherstellt.

1478 Begründung:

1479 Die unten genannten § 4 und 9 unserer Satzung betreffen auch Menschen mit  
1480 geringen Einkommen, so ist es vorgekommen das der Landesvorstand die  
1481 Fahrtkosten zu bundesweiten Fortbildungen verweigert hat.

1482 Das schließt Menschen mit geringen Einkommen von guter politischer Weiterbildung  
1483 aus weil diese sich die Fahrtkosten nicht leisten können.

1484 Sie werden dadurch diskriminiert und es liegt ein Satzungsverstoß vor.

1485 **§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1486 (1) Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen dieser Bundessatzung und der  
1487 beschlossenen Geschäftsordnungen

1488 a) an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, sich über alle  
1489 Parteiangelegenheiten zu informieren und zu diesen ungehindert Stellung zu  
1490 nehmen,

1491 b) an Veranstaltungen, Wahlen, Abstimmungen und der Gremienarbeit der Partei  
1492 teilzunehmen.

1493 sowie

1494 **§ 9 Gleichstellung**

1495 (1) Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher  
1496 Art von Diskriminierung bilden ein Grundprinzip des politischen Wirkens der Partei.  
1497 Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle  
1498 Parteimitglieder entschieden zu begegnen.

1499 (2) Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der  
1500 Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die  
1501 Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre  
1502 Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs und Willensbildungsprozess der Partei ist  
1503 zu fördern.

1504 (3) Der Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Partei, ihre Gremienarbeit und  
1505 ihr öffentliches Wirken ist durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände so  
1506 zu gestalten, dass auch Berufstätige, Menschen, die Kinder erziehen oder andere  
1507 Menschen pflegen, Menschen mit sehr geringem Einkommen und Menschen mit  
1508 Behinderung umfassend und gleichberechtigt daran mitwirken können.

1509 (4) Für alle politischen Veranstaltungen und Gremien auf Bundesebene wird eine  
1510 qualifizierte Kinderbetreuung angeboten. Das Angebot besteht unabhängig von der

1511 Anzahl der angemeldeten Kinder. Die Kosten übernimmt die Bundespartei in vollem  
1512 Umfang.

1513 **Anträge zur Programmdebatte**

1514 **P-1**

1515 **Programmdebatte – Feministische Eröffnung des Programms der LINKEN**

1516 Antragsteller: Landesvorstand

1517 Der Landesverband Nordrhein-Westfalen unterstützt den von Frauen  
1518 strömungsübergreifend erarbeiteten Text „Feministische Eröffnung – Die Politik der  
1519 LINKEN – Politik um Zeit“ für den Programmentwurf (Text als Anlage) und  
1520 unterstützt auf dem Programmkonvent im Oktober das Anliegen der  
1521 Antragsstellerinnen, diesen an herausgehobener Stelle im Programm zu  
1522 berücksichtigen.

1523 Begründung:

1524 Der Schritt zu einer auch feministischen Partei, die DIE LINKE vom Anspruch her sein  
1525 will, ist groß. Es bedeutet aber auch, dass die Analyse der Geschlechterverhältnisse  
1526 zentral ist für die Analyse der Gesellschaft, für die Politik.

1527 Die Antragstellerinnen der feministischen Eröffnung haben versucht, den bisherigen  
1528 Passus „Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“ umzuarbeiten. Es ging nicht, weil  
1529 auch die Tatsache, dass dies so spät, so beiläufig und so ungeordnet angehängt ist,  
1530 ein Effekt ist einer nicht wirklich durchdachten Grundlegung. Die Änderung muss in  
1531 Standpunkt und Perspektive, in Aufbau und Gliederung, in die Grundlagen des  
1532 Programms selbst eingreifen.

1533 Deswegen muss das Programm also nicht mit Gleichstellung beginnen, sondern mit  
1534 den Kämpfen um Zeit und den großen Teilungen der Arbeit. Hier wurde  
1535 programmatisch historisch und kritisch verfahren aufgeschrieben, wie in einem  
1536 Grundsatzprogramm nötig. Es ist länger geworden als geplant, weil so vieles erst  
1537 aufgearbeitet werden musste. Vielerorts entstandene Einwürfe wurden eingearbeitet.  
1538 Schließlich musste in die gesamte Geschichtsschreibung eingegriffen werden, um die  
1539 vergessenen Geschlechterverhältnisse ans Licht zu holen.

1540 **Feministische Eröffnung – Die Politik der LINKEN – Politik um Zeit**

1541 **Ergänzungsantrag an den Programmentwurf**

1542 **EinreicherInnen:** Beauftragtenrat der Linksjugend solid Sachsen; Landesvorstand  
1543 DIE LINKE Sachsen (Einfügung an herausgehobener Stelle), Landesvorstand DIE  
1544 LINKE. NRW; LISA Kreis Rhein-Sieg (NRW); LISA Nordrhein-Westfalen, Margrit  
1545 Albers, Niedersachsen; Astrid Andrzejewski, Niedersachsen; Jacqueline Bartrow-  
1546 Reitz, Hessen; Uta Berlet, Niedersachsen; Heike Boldt, Landesvorstand  
1547 Niedersachsen, Giesela Brandes-Steggewentz, Niedersachsen, Landesvorsitzende;  
1548 Ellen Breitling, Baden-Württemberg; Antonie Brinkmann, Bremen, Kreisvorstand  
1549 Links der Weser; Hanne Burmester, Niedersachsen; Barbara Cárdenas, Hessen, MdL;  
1550 Anna Carmienke, Niedersachsen; Anna Conrads, NRW; Jürgen Danneberg, Baden-  
1551 Württemberg; Martina Dege, Hessen; Andrei Draghici, Berlin; Michaela Duhme,  
1552 Baden-Württemberg; Roswitha Eckstein, Baden-Württemberg; Alexandra Erikson,

1553 Rheinland-Pfalz; Nina Eumann, Landesschatzmeisterin DIE LINKE.NRW; Wolfgang  
1554 Falk, NRW; Julia Fock, Landesvorstand Niedersachsen; Karsten Färber,  
1555 Niedersachsen, Pressesprecher KV Goslar, Sprecher Landesbildungskommission; Tina  
1556 Flauger, Niedersachsen, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE; David Frühling,  
1557 Baden-Württemberg; Edelgard Gräfer, Niedersachsen; Alexander Haas, Berlin;  
1558 Hansjörg Hafner, Baden-Württemberg; Silke Hähnel, Nordrhein-Westfalen; Helmut  
1559 Hampl, Bayern; Sonja Hanselmann, Baden-Württemberg; Frigga Haug, Baden-  
1560 Württemberg; WolfgangFritz Haug, Baden-Württemberg; Gertrud Hauser, Baden-  
1561 Württemberg; Edith Held, Baden-Württemberg; Hans Hermann, Baden-  
1562 Württemberg; Werner Hesse, Niedersachsen; Kristin Hofmann, Sachsen; Elke  
1563 Hoheisel-Adejolu , Nordrhein-Westfalen; Ute Hüfler, Baden-Württemberg; Alexander  
1564 Janke, Wien; Negen Jansen, Nordrhein-Westfalen; Regina Jürgens, AG b&g-  
1565 Sprecherin Hamburg, Hermann Jürgens, Hamburg; Susanna Karawanskij, Sachsen,  
1566 Mitglied des Landesvorstandes; Georg Kehrer, Baden-Württemberg; Gwendolyn  
1567 Keinarth, Baden-Württemberg; Julia Keinarth, Baden-Württemberg; Annette Keles,  
1568 Baden-Württemberg; Ernst Kern, Baden-Württemberg; Anja Kindo, Landesvorstand  
1569 Niedersachsen; Katja Kipping, Sachsen, Stellvertretende Parteivorsitzende; Julia  
1570 Kohlmann, Baden-Württemberg; Albrecht Kotitschke, Baden-Württemberg; Brigitte  
1571 Kotitschke, Baden-Württemberg; Claudia Krack-Kaup, Hessen; Lena Kreck, Berlin;  
1572 Uta Kruse, Baden-Württemberg; Harald Kulhanek, Brandenburg; Karina Lange,  
1573 Nordrhein-Westfalen; Gabi Lenkenhoff, Nordrhein-Westfalen, Frauenbeauftragte ;  
1574 Roland L'Hoste, Baden-Württemberg; Frank Christian Ludwig, Sachsen, Ortsvorstand  
1575 Dresden-Prohlis; Torben Lüth, Berlin; Anja Mayer, Bayern; Klaus Mayer, Baden-  
1576 Württemberg; Jutta Meyer-Siebert, frauenpolit. Sprecherin Landesvorstand  
1577 Niedersachsen; Cornelia Möhring, Schleswig-Holstein, Frauenpolitische Sprecherin  
1578 LINKSFRAKTION; Cornelia Muletz, Baden-Württemberg; Margot Müller, feministische  
1579 Partei; Monika Müller-Bentrend, Baden-Württemberg; Richard Neumann, Baden-  
1580 Württemberg; Silvia Ofori, Baden-Württemberg, Mitglied des Landesvorstandes; Gabi  
1581 Ohler, Mitglied des Parteivorstandes; Brigitte Ostmeyer, Baden-Württemberg,  
1582 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE; Kathrin Paul, Baden-Württemberg; Carmen  
1583 Person, Baden-Württemberg; Peschl, Baden-Württemberg; Monika Popien,  
1584 Landesvorstand Niedersachsen; Silvi Rehberger, Baden-Württemberg; Jürgen  
1585 Reinhardt, Thüringen; Bernd Röhl, Baden-Württemberg; Kerstin Rudek,  
1586 Niedersachsen; Birgit Rühlke, Niedersachsen; Heidi Scharf, Baden-Württemberg;  
1587 Manuela Schon, Hessen, Kreisvorsitzende DIE LINKE Wiesbaden, frauenpolit.  
1588 Sprecherin Landesvorstandes; Melanie Stitz, NRW; Katharina Schwabedissen, NRW,  
1589 Landessprecherin; Sna Schwarz, Baden-Württemberg; Cornelia Senne, Nordrhein-  
1590 Westfalen; Peter Sirch, Baden-Württemberg; Sybille Stamm, Baden-Württemberg,  
1591 Mitglied des Landesvorstandes; Jürgen Stamm, Baden-Württemberg; Ulrike Still,  
1592 Hessen, Sprecherin Ortsverband Gelnhausen; Bettina Stratmann, Rheinland-Pfalz;  
1593 Pamela Strutz, NRW, Stellvertretende Landessprecherin; Cornelia Swillus- Knöchel,  
1594 NRW, Frauenpolitische Sprecherin; Roya Talischi, Nordrhein-Westfalen, Sprecherin  
1595 LISA Rhein-Sieg; Maren ten Wolde; Maren ten Wolde, Niedersachsen; Beatrix Vogel,  
1596 Nordrhein-Westfalen; Alexander Walther, Baden-Württemberg; Raik Weber, Berlin;  
1597 Jörn Wegner, Berlin; Holger Weidauer, Sachsen, Sprecher des Landesrates; Susanne  
1598 Weiss, Baden-Württemberg; Bärbel Wilgermein, Niedersachsen

1599

1600 **Vor die bisherige Präambel möchten wir folgenden Text einfügen:**

1601 **Feministische Eröffnung**

1602 **"Die Politik der LINKEN - Politik um Zeit"**

1603 Die Geschichte ist voll von Kämpfen um Aneignung. Das Land soll denen gehören,  
1604 die es bestellen; die Maschinen denen, die sie bedienen. Als Linke, die den Aufbruch  
1605 in einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhundert in Angriff nehmen, fügen  
1606 wir dieser Erzählung ein neues Kapitel hinzu: den Einsatz für die Aneignung der Zeit.  
1607 Sie soll denen gehören, die sie leben.

1608 Von **der Arbeit und ihrer Verteilung** aus begründet sich alle Herrschaft, lassen  
1609 sich gegenwärtige Krisen, lässt sich unsere Politik begreifen. Immer geht es um die  
1610 Verfügung über Arbeitskraft, die eigene oder fremde, so dass alle Politik und  
1611 Ökonomie hier ihren Anfang und ihr Ziel findet, indem sie letztlich um die **Zeit**  
1612 streitet, in der Menschen tätig sind. Skizzieren wir die historische Entwicklung:

1613 Menschen eignen sich ihr Leben gemeinschaftlich an, indem sie die Natur umge-  
1614 stalten, in Lebensmittel für sich verwandeln und in angemessene Lebens-  
1615 bedingungen. Im Laufe der Geschichte gelang es, die Produktivkräfte, also den  
1616 Kräfteinsatz bei der notwendigen Arbeit immer weiter zu entwickeln, und somit die  
1617 fürs Überleben nötige Arbeitszeit zu verkürzen. Dadurch wird Zeit für weitere  
1618 Entwicklung frei. Eine Teilung der Arbeit wird möglich, die weitere Tätigkeiten  
1619 aufzunehmen erlaubt, statt bloß von der Hand in den Mund sich abzurackern. Diese  
1620 Teilung der Arbeit beschleunigt den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess und  
1621 ermöglicht zugleich mit der Entstehung des Privateigentums Herrschaft als  
1622 Verfügung über die Arbeitskraft anderer. Klassenkämpfe bestimmen den Fortgang  
1623 der Geschichte, die auf vier großen Arbeitsteilungen basiert: der Teilung von Frauen-  
1624 und Männerarbeit, von Stadt und Land, von körperlicher und geistiger Arbeit, und  
1625 der Pseudoarbeitsteilung von Arbeit und Nichtarbeit. Die Kämpfe um Arbeit sind  
1626 Kämpfe gegen Herrschaft in den Befestigungen der historischen Teilungen, also  
1627 gegen die Herrschaft über Frauen, gegen die Abhängung der ländlichen Regionen  
1628 von der weiteren kulturellen Entwicklung, gegen die Ausbeutung der Natur, gegen  
1629 die Herrschaft der Köpfe über die Hände und schließlich der Reichen über die Armen.  
1630 Es ist wichtig, die Formen zu studieren, in die die Arbeiten in der historischen  
1631 Entwicklung geraten. Von hier aus bestimmen wir unsere Politik, in der Perspektive  
1632 des Abbaus von Herrschaft und konkret hier und jetzt.

1633 *Wir tun dies, wenn wir für Gleichstellung oder gleiche Löhne streiten, selbst wenn*  
1634 *dies nur Mittel sind auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft; wenn wir uns*  
1635 *einmischen in die Agrarpreise und die Fragen der Energiegewinnung, wo es um*  
1636 *Ressourcen geht, die wir der nächsten Generation hinterlassen; selbstverständlich,*  
1637 *wenn es um die Qualität von Fürsorge, also auch Gesundheitsversorgung, um die*  
1638 *Alten, um das Miteinander in Gesellschaft geht; wenn wir den Hunger in der Welt*  
1639 *skandalisieren und die Managergehälter und Vergütungen der Oberen in die*  
1640 *Waagschale werfen; und vor allem, wenn wir Bildung so ausrichten wollen, dass alle*  
1641 *Menschen sich wehren können und in Fragen der Gesellschaftsgestaltung kompetent*  
1642 *werden zum Mitmachen.*

1643 **Die Teilung in Frauen- und Männerarbeit** gilt als die früheste der Teilungen, bei  
1644 der den Frauen die Arbeiten „unter dem Dach“ – alle Sorge für das Überleben von  
1645 Menschen, einschließlich der Kinder, der Kranken und der Alten – oblag und den  
1646 Männern die Arbeiten außer Haus, vornehmlich auf dem Feld – beim Ackerbau und  
1647 dann auch im Krieg. In der Form der Familie, in der diese Arbeitsteilung ihre  
1648 Organisationsform fand, wurden Frauen und Kinder Eigentum des Mannes, der über  
1649 Arbeitskraft und den sexuellen Körper der Frau verfügte. Marx und Engels nennen  
1650 daher Frauen als erste unterdrückte Klasse („die welthistorische Niederlage des  
1651 weiblichen Geschlechts“) und die Familie als ökonomische Form, in der alle späteren  
1652 Entwicklungen schon im Keim vorhanden sind. Rosa Luxemburg skizziert die  
1653 besondere Geschichte der Frauen: „Schwer hat die Frau des Volkes seit jeher  
1654 gearbeitet. In der wilden Horde schleppt sie Lasten, sammelt Lebensmittel; in dem  
1655 primitiven Dorfe pflanzt sie Getreide, mahlt, formt Töpfe; in der Antike als Sklavin  
1656 bedient sie die Herrschaft und säugt deren Sprösslinge mit ihrer Brust; im Mittelalter  
1657 front sie in der Spinnstube für den Feudalherrn. Aber seit das Privateigentum  
1658 besteht, arbeitet die Frau des Volkes meist getrennt von der großen Werkstatt der  
1659 gesellschaftlichen Produktion, also auch der Kultur, eingepfercht in die häusliche  
1660 Enge eines armseligen Familiendaseins. Erst der Kapitalismus hat sie aus der Familie  
1661 gerissen und in das Joch der gesellschaftlichen Produktion gespannt, auf fremde  
1662 Äcker, in die Werkstätten, auf Bauten, in Büros, in Fabriken und Warenhäuser  
1663 getrieben.“ (GW 3, 410)

1664 Elemente der familialen Herrschaftsform blieben in Deutschland rechtlich bis ins 21.  
1665 Jahrhundert erhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Ehegattensplitting,  
1666 welches die Aufteilung in einen – meist männlichen – Hauptverdiener und eine –  
1667 meist weibliche – Hinzuverdienerin befördert, ist in Steuerrecht geronnenes  
1668 Überbleibsel dieser Arbeitsteilung. In der kulturellen Tradition ist sie bis heute  
1669 verankert und bestimmt die Lage von Frauen weltweit. Die Arbeit der Männer außer  
1670 Haus – auf der Jagd, in der Politik, im Krieg – zeigte wiederum mit den hier  
1671 entwickelten Produktivkräften, dass ein Überschuss produziert werden konnte, der  
1672 zur Grundlage der weiteren Arbeitsteilung wurde. In der Abfolge der verschiedenen  
1673 Herrschaftsformen – mit den Gestalten Sklaven, Pächter, Lohnarbeiter – erwies sich  
1674 die Form der Lohnarbeit und mit ihr der Kapitalismus als die Gesellschaftsform, die  
1675 am rastlosesten die Produktivkräfte der Arbeit entwickelte, den Arbeiter freisetzte –  
1676 die Frauen blieben halbfeudal Eigentum ihrer Männer – und den stets wachsenden  
1677 Reichtum der Arbeit gegen die Arbeitenden verwandte. Um die entsprechende  
1678 Verkürzung des Arbeitstages wird seit Beginn der Industrialisierung gekämpft.  
1679 Jedoch sind weiterhin Überarbeitung der einen und Erwerbsarbeitslosigkeit wider  
1680 Willen bei den anderen die vom Kapital eingesetzten und durch entsprechende Politik  
1681 gestützten Mittel, die Profite wachsen zu lassen.

1682 Der Kapitalismus gedeiht und wächst auf dieser Grundlage der Einverleibung von  
1683 Bereichen, die selbst nicht kapitalistisch organisiert sind: Das bedeutet  
1684 Imperialismus nach außen, indem neue Absatzmärkte und Rohstoffe erobert und  
1685 nicht-kapitalistische Gemeinwesen zerstört werden und Kolonialismus nach innen,  
1686 indem die Versorgung der Bevölkerung familiär – nicht nach Profitgesichtspunkten  
1687 geschieht.

1688 Es liegt auf der Hand, dass in diesen durch Arbeitsteilung fundierten Verhältnissen  
1689 die Kämpfe um die Zeit und ihre Verfügung von beiden Geschlechtern geführt  
1690 werden. Vom Standpunkt der Reproduktion der Gesellschaft sieht man, wie vor allem  
1691 Frauen gefordert sind, sich der Wiederherstellung der – in vielen Regionen und  
1692 Familien immer noch - vornehmlich männlichen Lohn-Arbeitskraft ohne die übliche  
1693 Bezahlung anzunehmen, während die Lohnarbeiter gehalten sind, sich der  
1694 industriellen Disziplin so zu unterwerfen, dass ihre Arbeitskraft für die Ernährung der  
1695 Familie ausreicht. Historisch moralisch führt dies zur staatlich geschützten Form der  
1696 Familie, der heterosexuellen Monogamie, dem sorgenden Ehemann, der abhängigen  
1697 Hausfrau. Eine kulturelle Ordnung, die sich seit dem Ende des Fordismus – also seit  
1698 den 1970er Jahren – zunehmend zersetzt, ein Prozess, der wiederum vom  
1699 Neoliberalismus vorangetrieben wird. Die Losung „Jede ihre eigene Unternehmerin,  
1700 Jeder sein eigener Unternehmer“ kann auf Befreiungshoffnungen setzen: aus der  
1701 Enge der häuslichen Sphäre für die einen, aus der Fron der Arbeitskraftausbeutung  
1702 für die anderen. Unter bleibenden kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch  
1703 vorläufiges Resultat: eine „Befreiung“ der Hausfrauen und Mütter vom männlichen  
1704 Ernährer in die Alleinerzieherschaft und die Armut für mehr als die Hälfte der Frauen  
1705 mit Kindern; die Zunahme eines weiblichen Prekariats, so dass die weibliche  
1706 Erwerbsquote mit Teilzeitjobs sprunghaft steigt und zugleich ebenso die Krankheits-  
1707 quote bei der Überbeanspruchung durch das tägliche Bemühen um „die Vereinbarkeit  
1708 von Beruf und Familie“. Und eine wachsende Erwerbslosigkeit der Männer, die  
1709 strukturell ist, weil die entwickelten Produktivkräfte ein geringeres Ausmaß an  
1710 lebendiger Arbeit brauchen.

1711 In dieser Lage werden alle Forderungen nach Gleichstellung, nach besseren Familien,  
1712 nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur zu schnell zur Befestigung alter  
1713 Zwangsjacken genutzt und in ihr Gegenteil verkehrt. Wir wollen die neuen  
1714 „Freiheiten“ zu wirklichen machen, indem unsere Reformvorschläge zwar in der  
1715 Perspektive einer insgesamt gerechteren Gesellschaft gemacht werden, jedoch sich  
1716 zunächst auf Existenzsicherung beziehen müssen, die Veränderung überhaupt erst  
1717 möglich macht. Neben der zentralen Forderung nach einer allgemeinen Verkürzung  
1718 des Erwerbsarbeitstages für alle und eines Rechts auf einen solchen, tritt die der  
1719 Existenzsicherung. Alle müssen von den Einkünften, die sie erzielen, würdig leben  
1720 können und alle sollen in die Lage versetzt werden, an den verschiedenen Tätigkeits-  
1721 bereichen, also der Erwerbsarbeit, der Familien- und Sorgearbeit, der gesellschaft-  
1722 lichen Arbeit ebenso wie der politischen Gestaltung teilhaben zu können.

1723 **Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land** ist ein Thema, mit dem wir  
1724 Heutigen wenig zu tun zu haben scheinen. Die meisten sind Stadtbewohnende und  
1725 erinnern Landprobleme aus Geschichtsbüchern oder als Sommerurlaub auf dem  
1726 Bauernhof. Und doch sind es die gleichen ungelösten Fragen, die uns auf den Nägeln  
1727 brennen: Sie haben sich nur dramatisch verschoben als Wegzug der jungen  
1728 Menschen aus den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, insbesondere der  
1729 Frauen, als Migrationsströme über den gesamten Globus, als Verwandlung großer  
1730 Landstriche in Ernährungs- und zugleich Profitquellen in den sogenannten „Dritten  
1731 Welten“ für die Ersten. Als Hunger für die einen und Überfluss für wenige. Die  
1732 Entstehungs-geschichte zu verfolgen heißt Eingriffspunkte und Weichenstellungen  
1733 erkunden.



1734 Diese Stadt-Landtrennung erhält ihre Dynamik mit der Entstehung des Eigentums an  
1735 Boden, der in der landwirtschaftlichen Arbeit Knechtschaftsbedingungen  
1736 hervorbrachte. Die Notwendigkeit, Land zu pachten, um seine Subsistenz zu  
1737 erarbeiten, schuf Formen von Abhängigkeit, die aus der Bauer\_innenschaft ein Heer  
1738 von Armen erzeugte. Die Abgaben wurden so hoch, dass eine Bauernfamilie trotz  
1739 ständiger Arbeit rund um die Uhr kein Auskommen für sich erwirtschaften konnte.  
1740 Die Aufstände der Bauern gegen ihre elenden Lebensbedingungen gingen als Bauern-  
1741 kriege in die Geschichte ein. Die Bauern verloren. Ihr Vermächtnis „Unsere Enkel  
1742 fechten's besser aus“, gehört zum Uneingelösten für eine Linke.

1743 Die Vertreibung der armen Landarbeiter\_innen vom Land, die als ursprüngliche  
1744 Akkumulation des Kapitals bezeichnet wird, schuf eine mittellose Schar von  
1745 Menschen, welche in die in Handwerk und Handel aufgeblühten Städte trieb, um dort  
1746 das erste Heer der Lohnarbeitenden in der Entstehungszeit der Industrie zu bilden.  
1747 Die rasante industrielle Entwicklung brachte schnell wachsenden Reichtum für die  
1748 Fabrikherren. Sie brachte auch eine Überordnung der Stadt über das Land und eine  
1749 entsprechende Unterordnung und eine ähnliche Geringschätzung der ländlichen  
1750 Arbeit, wie sie die Frauenarbeit trifft. Während sich die Zivilgesellschaft in den  
1751 Städten entwickelte, die zugleich Sitz staatlicher Verwaltung waren, blieb auf dem  
1752 Land das von der Kirche gestützte Patriarchat mit seiner Unterdrückung der Frauen  
1753 bis in unsere Zeit erhalten. Hier brachte das Fernsehen eine große Veränderung.

1754 In den staatssozialistischen Ländern gehörte die „Aufhebung der Trennung von Stadt  
1755 und Land“ zu den expliziten Aufgaben. Dabei ging es um „kulturelle Versorgung“,  
1756 aber vor allem um eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen durch genossen-  
1757 schaftliches Eigentum (Technisierung der Landwirtschaft, Verkürzung der  
1758 Arbeitszeiten besonders für die Frauen). Diese Verschiebung des Eigentums in die  
1759 Genossenschaften (auch als Zwangskollektivierung bekannt) hatte den widersprüch-  
1760 lichen Effekt, zwar die Arbeitszeiten zu verkürzen, Urlaub zu ermöglichen usw., aber  
1761 zugleich ging damit der Impuls, sich ganz einzusetzen, die Verantwortung und der  
1762 damit nötige Einsatz nach und nach verloren. Nach dem Untergang der DDR und der  
1763 Rückverteilung des Landes als individuelles Eigentum blieben die Fragen von  
1764 Überarbeit und relativer Armut. Bis heute können die auf dem Lande Tätigen kein  
1765 ausreichendes Eigentum erwirtschaften.

1766 Streiks, Aufstände und Kampf um Subventionen sind Antworten auf die ungleich-  
1767 zeitige Lage der in der Landwirtschaft Tätigen. Nach der Verstädterung der meisten  
1768 industriellen Länder verlagern sich die gesellschaftliche Ungleichheit und die  
1769 Reproduktion ländlicher Armut auf die Rohstofflieferanten aus der sogenannten  
1770 „Dritten Welt“. Die Landlosenbewegungen aus diesen Ländern kämpfen um ihr  
1771 Grundrecht auf Land als Überlebensgrundlage, lange bevor sie am Reichtum des  
1772 Stadtlebens teilhätten. Die Perspektive der Aufhebung der Arbeitsteilung von Stadt  
1773 und Land, um die gesellschaftliche Entwicklung gleicher und humaner zu gestalten,  
1774 hat sich verschoben in den elementaren Kampf um die Ressourcen der Erde.

1775 Auch von der **Arbeitsteilung von Kopf und Hand** zu sprechen und ihre  
1776 Entwicklung zu verfolgen, hört sich zunächst veraltet an. Die Entwicklung der  
1777 Produktivkräfte hat die Handarbeit bis auf eine Restgröße schrumpfen lassen. Auch  
1778 industrielle Arbeit ist heute weitgehend Kopfarbeit. Aber in der Trennung von Kopf-

1779 und Handarbeit lag Herrschaft. Die Geschichte dieser Trennung und Verwandlung zu  
1780 folgen ist notwendig, um zu begreifen, wie trotz aller Durchmischung im Großen und  
1781 Ganzen die Herrschaft der Oberen über die Unteren, also Fügsamkeit und Akzeptanz  
1782 einer Führung, die die Unteren ärmer macht, geblieben sind.

1783 Die Trennung von Kopf- und Handarbeit ist Grundlage für die Herausbildung  
1784 spezieller intellektueller und ideologischer Stände, die an der Reproduktion von  
1785 Herrschaft und auch an ihrer Infragestellung arbeiten. Diese Trennung begleitet die  
1786 Geschichte der Arbeit und ist Grundlage für die Entwicklung von Maschinerie, die  
1787 zunächst die immer einfacheren Handtätigkeiten auf die Maschine übertrug. Sie hat  
1788 im Taylorismus/Fordismus einen Höhepunkt erreicht. Mit der Computerisierung der  
1789 Arbeitswelt geraten die alten Hierarchien durcheinander. Es wird schwierig zu  
1790 bestimmen, was Hand- was Kopfarbeit ist und damit auch, was Männer-, was  
1791 Frauenarbeit. Die gewerkschaftlichen Kämpfe um gute Arbeit verlieren ihre alten  
1792 Kriterien, wonach etwa Hitze, Lärm, Staub, Enge eingeschränkt oder besser bezahlt  
1793 gehörten.

1794 Das digitale Zeitalter braucht weniger lebendige Arbeit im industriellen Prozess. Die  
1795 eingesparte notwendige Erwerbsarbeitszeit hätte durch eine allgemeine Arbeitszeit-  
1796 verkürzung für alle in ein mehr an frei verfügbarer Zeit für alle fließen und somit in  
1797 mehr Zeitwohlstand für alle münden können. Jedoch vollzog sich das Gegenteil. Um  
1798 mit Andre Gorz zu sprechen: Je weniger Arbeit es für alle gab, um so mehr tendiert  
1799 die individuelle Arbeitszeit dazu, länger zu werden. Die Kapitalbesitzenden konnten  
1800 den Umbruch in den Produktivkräften für sich nutzen, indem sie die eingesparte  
1801 Arbeitszeit in eingesparte Erwerbsarbeitsplätze verwandelten und die gewerks-  
1802 chaftliche Gegenwehr geschwächt wurde. Geschwächt wurde die Gegenwehr auch  
1803 dadurch, dass ein alternatives Kampfkonzzept noch aussteht.

1804 In der Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit finden sich die Frauen von  
1805 Anfang an quasi natürlich auf der Seite der körperlichen Arbeit. Und dies nicht auf  
1806 Grund unterstellter typisch weiblicher Wesensmerkmale, sondern auf Grund von  
1807 gesellschaftlichen Verhältnissen, die ihnen im Zuge der Arbeitsteilung die weniger  
1808 angesehenen Arbeiten – namentlich die der Familienarbeit, der Hausarbeit, der  
1809 Pflege – kurz der „Reproduktion“ – zuwies. Die Herausbildung einer führenden Elite  
1810 wurde hingegen vorrangig Männerwerk. Die Folgen reichen bis in unser Jahrhundert,  
1811 in dem die Eroberung der Leitung von Wirtschaft und Politik durch Frauen eigene  
1812 Anstrengungen und eine eigne Kultur braucht, um die zu kämpfen ist.

1813 Die mikroelektronische Revolution stellt eine neue Stufe der Entwicklung der Produk-  
1814 tivkräfte dar. Im Zuge dieses technischen Fortschritts verringert sich nicht nur die  
1815 notwendige Arbeitszeit, es verändert sich auch der Charakter der Produkte. Da die  
1816 Maschinen immer mehr materielle Produktion übernehmen, sind zunehmend mehr  
1817 Menschen an der Produktion immaterieller Güter, also z.B. Wissen beteiligt. Im  
1818 Gegensatz zu materiellen Produkten wird Wissen nicht dadurch weniger, dass man es  
1819 vielen zur Verfügung stellt: Wenn zwei Personen sich einen Stuhl teilen, hat jeder  
1820 nur einen halben. Teilen sich aber zwei Personen jeweils ihre Ideen mit, so haben sie  
1821 nach dem Austausch mehr Ideen als vorher. Das Wissensprodukt entfaltet seine  
1822 ganze Produktivität nicht im privaten Gebrauch, sondern gerade durch öffentliches  
1823 Zur-Verfügung-Stellen. Erst in der Aneignung durch die Vielen entfaltet das Wissen

1824 seine ganze produktive Wirkung. In verschiedenen Bereichen (Wissenschaft, phar-  
1825 mazeutische Industrie, Software-Entwicklung, Kreativbranche) wird insofern  
1826 zunehmend augenfällig, dass die private Verfügung über Wissen die ökonomischen  
1827 Potentiale der Gesellschaft behindert.

1828 In unseren Zeiten hört sich die Frage Trennung von Arbeit und Nichtarbeit so an, als  
1829 sprächen wir von Erwerbslosigkeit. In der Sozialtheorie ist diese Trennung jedoch  
1830 nicht als Trennung zwischen Erwerbslosen und Erwerbsarbeitsplatzinhabenden – also  
1831 innerhalb der Klasse – herausgearbeitet worden. Vielmehr geht es hier um die  
1832 Trennung zwischen denjenigen, die nur ihre Arbeitskraft als Ware haben und  
1833 denjenigen, die über Eigentum an Produktionsmitteln ohne eigene Leistung verfügen.  
1834 Diese Unterscheidung ist zentral. Konnte doch auch in der Sozialdemokratie die Kritik  
1835 der Nichtarbeit, die sich historisch auf die Ausbeutung der Arbeitskraft auf Grund von  
1836 Eigentum bezog, verkehrt werden in negative Einstellungen gegenüber Erwerbslosen.  
1837 Und diese wiederum geronnen im Zuge der Agenda 2010 in Zustimmung zu  
1838 Gesetzen wie Hartz IV, einen Angriff auf Grundrechte und die Teil-habe aller.

1839 So widersprüchlich die einzelnen Teilungen sind als Elemente von Fortschritt ebenso  
1840 wie von Herrschaft, so auch die Teilung in Arbeit und Nichtarbeit: Sie begleitet die  
1841 Geschichte der Menschen zunächst als Herrschaft, in dem die einen, auf Grund ihres  
1842 Besitzes genießen, was die anderen, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, erwirt-  
1843 schaften. Mit Beginn des Kapitalismus wird auch Ausbeutung eine eigene Arbeit, die  
1844 der Leitung. Die Empörung der im Erwerbsleben Tätigen aber wird missbraucht, um  
1845 die aus der Erwerbsarbeit herausgefallenen mit zusätzlicher Verachtung zu belegen.  
1846 Das Spannungsfeld wird zunehmend ein ideologisch umkämpftes Terrain. In ihm  
1847 entfalten sich Alternativbewegungen, die etwa im Kampf um ein bedingungsloses  
1848 Grundeinkommen die Verknüpfung von sozialer Sicherheit mit Kontrolle über den  
1849 Arbeitseinsatz als einen Zusammenhang begreifen, kapitalistische Disziplin zu  
1850 reproduzieren. Ihr Aufbruch sollte in ihrem Beharren, dass die „sozialen Garantien  
1851 des Lebens“ (Luxemburg) in einer modernen und in einer demokratischen Gesell-  
1852 schaft allen gewährt werden müssen, verknüpft werden mit dem Verlangen, die Zeit,  
1853 die die einzelnen in der Erwerbsarbeit verbringen, auf das historisch notwendige Maß  
1854 zurückzudrängen.

1855 Linke Sozialpolitik heute muss Doppeltes leisten: Zum einen die Angriffe auf die  
1856 bestehenden Sozialsysteme abwehren und zum anderen die bestehenden Unge-  
1857 rechtigkeiten im Sozial- und Steuerrecht überwinden. Etappen in Richtung eines  
1858 demokratischen Sozialstaates sind gleicher Lohn für gleichwertige Leistung, die  
1859 Forderung nach einem Mindesteinkommen, eine „soziale Garantie“ überhaupt zu  
1860 existieren. Diese ist eingebettet in das Bestreben nach Umverteilung von oben nach  
1861 unten durch stärkere Besteuerung der Reichen, Begrenzung oberer Einkommen, das  
1862 Öffentlichmachen aller Einkünfte.

1863 Die Umkehrung der vier Teilungen der Arbeit nimmt ihren Anfang in einer konse-  
1864 quenten Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Nicht zuletzt weil die Etablierung der 20-  
1865 Stunden-Woche als allgemein praktizierter Standard eine wichtige Voraussetzung für  
1866 die gerechtere Verteilung der Tätigkeitsformen zwischen den Geschlechtern ist.  
1867 Damit der Stand der Produktivkraftentwicklung auch wirklich in Zeitwohlstand für alle

1868 münden kann, ist eine Besichtigung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, auch  
1869 der, die nicht getan werden müssen, notwendig.

### 1870 **Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse**

1871 Die vier Teilungen der Arbeit wirken auf der grundlegenden, die Geschichte der  
1872 Menschheit durchziehenden Spaltung – der zwischen den Geschlechtern. Die  
1873 Menschen produzieren ihr eigenes Leben und fremdes, indem sie Kinder in die Welt  
1874 setzen. Sie produzieren ferner die Mittel, diese Leben zu erhalten. Dieser Bereich der  
1875 Lebensmittelproduktion ist derjenige, in dem die Produktivkräfte entwickelt werden,  
1876 ein Überschuss produziert wird und damit die Grundlage für die weiteren Teilungen  
1877 der Arbeit als Dimension menschlicher Entwicklung gelegt wird. Dieser Bereich gilt  
1878 als Grundlage allen Fortschritts. Der Bereich, in dem Leben erzeugt wird, gepflegt  
1879 und erhalten, rückt aus dem Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung an den Rand. Er  
1880 wird Frauen übergeben, die damit als Trägerinnen dieser Aufgabe, für das Leben  
1881 Sorge zu tragen, zu marginalen Geschöpfen werden. Diese Teilung der Bereiche von  
1882 Lebensproduktion und der Produktion und Verwaltung der Mittel dafür und ihre  
1883 hierarchische Anordnung ist die Grundlage für die gesellschaftliche Unterdrückung  
1884 der Frauen, die auch alle übrigen Formen der Gesellschaft bestimmt: Kultur und  
1885 Sprache, Ideologie und Sozialtheorie und die entsprechenden Institutionen. Eine  
1886 wirkliche Befreiung der Frauen ohne eine Umkehrung der Bereichsteilung und ihrer  
1887 hierarchischen Anordnung wird es nicht geben. Zwei einander überlagernde  
1888 Herrschaftsarten bestimmen den Fortgang der Geschichte, die der Verfügung über  
1889 Arbeitskraft in der Lebensmittelproduktion und die der Männer über die Frauen in der  
1890 Reproduktion. Dieses Zusammenspiel bewirkt, dass die Entwicklung der Menschen  
1891 zugleich mit der Zerstörung ihrer Grundlagen voranschreitet, gestützt und getragen  
1892 durch Geschlechterverhältnisse, in denen als Natur gerade das sozial Überformte aus  
1893 Herrschaftsgründen behauptet wird und gerade dadurch die sinnlich-körperliche  
1894 Substanz verleugnet wird. Geschlechterverhältnisse sind daher selbst als Produk-  
1895 tionsverhältnisse zu begreifen. Dieser Begriff ist, wie zuvor der Begriff der Arbeit aus  
1896 seiner Zentriertheit auf die Produktion von Dingen zu holen und auf beide Bereiche  
1897 der menschlichen Produktionen zu beziehen.

### 1898 **Kapitalismus und Patriarchat**

1899 Auf der Grundlage der vier Arbeitsteilungen und der Teilungen der Bereiche von  
1900 Leben und Lebensmittelproduktion konnte sich ein Kapitalismus entfalten, der die  
1901 Entwicklung der Produktivkräfte vorantrieb, der die profitgetriebene  
1902 Produktionsweise über den gesamten Erdball verbreitete. Frauenunterdrückung ist  
1903 somit ins Funda-ment dieser Produktionsweise eingelassen, ebenso wie die  
1904 Nutznießung und Einverl-eibung tradiert er Produktionsweisen. Diese äußerst  
1905 krisenhaften Produktions-verhältnisse erschöpfen die Ressourcen, vertiefen die  
1906 Spaltungen in der Gesellschaft und erzeugen – um mit Hannah Arendt zu sprechen –  
1907 ein Heer von „Überflüssigen“<sup>1</sup>. Aber die solchermaßen ins Abseits Geschobenen  
1908 eignen sich die Benennung als Kampfbegriff an und „setzen sich, wie viele  
1909 kämpfende AktivistInnen weltweit, weiße Masken auf. Sie greifen die Barbarei des

---

<sup>1</sup> "Die Eigentümer überflüssigen Kapitals waren die einzigen, welche die überflüssigen Arbeitskräfte gebrauchen konnten". (Hanna Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft).

1910 Kapitalismus an, in der Menschen nicht als Menschen, sondern als gesichtsloser  
1911 auszubeutender Rohstoff vorkommen und ihre Vielfalt für rassistische und sexistische  
1912 Unterdrückung instrumentalisiert wird. Ihr Respekt und ihre Verbundenheit gelten  
1913 den Sans Papiers, Piqueteros, streikenden Frauen in Weltmarktfabriken, Landlosen,  
1914 Prekarisierten, Unsichtbaren." (zit. aus dem Selbstverständnis der Aktivist\_innen  
1915 unter dem Titel Kapitalismus ist überflüssig, 2.9.200).

## 1916 **Die Politik der LINKEN – Politik um Zeit**

1917 Gute Arbeit überwindet die großen Teilungen der Arbeit in Männer- und Frauenarbeit,  
1918 in Stadt und Land, in Kopf und Hand und in Arbeit und Nichtarbeit. Gerechtigkeit  
1919 setzt also an bei der Arbeitsteilung. Kapitalismus gedieh auf der Verknötung der vier  
1920 großen Teilungen der Arbeit und benötigt zu seiner Überwindung die Auflösung  
1921 dieses Zusammenwirkens. Darauf zielt die Vier-in-Einem-Perspektive. Unter dem  
1922 Aufbruch ins Leben im Vier-Viertel-Takt verstehen wir: ein Viertel Erwerbsarbeit, ein  
1923 Viertel Reproduktionsarbeit, ein Viertel für Muße, Kunst und Kultur und um das  
1924 Ganze komplett zu machen ein Viertel Politik.

1925 Diese Perspektive setzt an bei der Verfügung über Zeit als Grundlage aller Herrschaft  
1926 und bringt die jeweiligen Tätigkeiten in eine andere Anordnung. Auf der Basis der  
1927 Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet dies zunächst eine radikale Verkürzung der  
1928 Erwerbsarbeitszeit. Seit vielen Jahrzehnten ist bekannt, dass die Hälfte beim  
1929 damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung ausreichen würde. Niemand wäre  
1930 „arbeitslos“, sondern alle könnten mitwirken, die gesellschaftliche Arbeit zum Wohle  
1931 der Menschen, in Überwindung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit  
1932 allseitig entwickelnd zu gestalten. Jede Arbeit soll jeder anderen gleichwertig sein.  
1933 Jede soll von allen getragen sein. Jede soll als ein Recht gewährt sein und jede soll in  
1934 die Verantwortung eines jeden kommen. Damit aber verändern sich in der neuen  
1935 Zusammenfügung die einzelnen Tätigkeitsarten in ihrer Bedeutung für das  
1936 gesellschaftliche Gesamt wie für die Einzelnen. Die Änderung der Lebensbedingungen  
1937 und die Selbstveränderung fallen zusammen, sodass auch die Forderung, alle an der  
1938 Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, nicht bloße Phrase bleibt, sondern  
1939 gesellschaftsnotwendig wird.

1940 Zugleich wird die Arbeit der Sorge und Pflege der Menschen und der Natur aus der  
1941 Ecke der Vernachlässigung unentgeltlicher Zuweisung an Frauen geholt und auf alle  
1942 Gesellschaftsmitglieder verteilt, sodass auch die bisher in der Rolle der Hauptver-  
1943 dienenden eingespannten Männer ihre Fähigkeiten in der Sorgearbeit besser  
1944 entfalten können.

1945 So sieht das Transformationsprojekt der LINKEN aus. Die Perspektive liegt in der  
1946 Verknüpfung der vier Bereiche Arbeit, Reproduktion, Kulturelles und Politik. Sie ist  
1947 die Antwort auf eine Jahrtausende währende Geschichte von Frauenunterdrückung,  
1948 Herrschaft über Arbeit und Verfügung über andere. Sie ist vor allem **Politik um**  
1949 **Zeit**. Für dies – das Eintreten für die Verfügung über Zeit – steht allein DIE LINKE.

1950 Damit stellen wir uns der – wie Simone de Beauvoir einst schrieb – höchsten Aufgabe  
1951 der Menschheit: dem Reich der Freiheit inmitten der gegebenen Verhältnisse zum  
1952 Durchbruch zu verhelfen.

1953 Die Krise des Kapitalismus beweist, dass es so nicht weitergeht: Inzwischen haben  
1954 wir mehr zu verlieren als unsere Fesseln. Aber immer noch gibt es eine Welt zu  
1955 gewinnen.  
1956

1957

1958

1959

**LAG Senioren**

1960 **NRW**

1961

1962 **An die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE NRW**

1963 **Liebe Genossin Katharina Schwabedissen,**

1964 **Lieber Genosse Hubert Zdebel,**

1965

1966

1967 **Anschließendes Schreiben und die Anträge zur Kenntnis mit der Bitte um**  
1968 **Unterstützung.**

1969

1970 **Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Senioren NRW zum Programm**  
1971 **an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23.**  
1972 **Oktober 2011 in Erfurt.**

1973

1974 *Die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren NRW beantragt, die formulierten*  
1975 *Änderungen des 2. Programmtextwurfs, in das Grundsatz-Programm der Partei DIE*  
1976 *LINKE einzufügen:*

1977 *Die Änderungsvorschläge entsprechen den Seiten und Absätzen des*  
1978 *2. Programmtextwurfs und folgen der Zeilennummerierung. Die Änderungsvorschläge*  
1979 *werden jeweils farblich dargestellt:*

1980 *Bevor wir uns jedoch den Änderungsvorschlägen zuwenden, möchten wir deutlich*  
1981 *machen, dass wir uns dem Schreiben der Sprecher der Seniorenarbeitsgemeinschaft,*  
1982 *vom 16.06.2011, an die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und*  
1983 *Klaus Ernst, anschließen. Ebenso wie die Sprecher der Seniorenarbeitsgemeinschaft*  
1984 *bringen wir, die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren NRW, unser Entsetzen zum*  
1985 *Ausdruck, mit welcher Geringschätzung programmatische Vorstellung formuliert*  
1986 *werden, mit denen die Partei DIE LINKE den spezifischen Ansprüchen und*  
1987 *Bedürfnissen der älteren Generation künftig gerecht werden will.*

1988 Wie all die anderen Parteien hat auch die Partei DIE LINKE noch nicht verstanden,  
1989 welche außerordentliche Bedeutung den älteren Menschen unserer Gesellschaft  
1990 zukommt.

1991 Viele der heutigen Alten haben die Möglichkeiten des Alters erkannt: Sie verdrängen  
1992 ihr Alter nicht und erkennen, dass ihnen jede Weiterentwicklung und alle  
1993 Lebensmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Da sie nicht in der Jugendfalle stecken,

1994 sehen sie die Potenziale des Alters und nehmen sie wahr. Ihre eigene Haltung  
1995 fördert die Entwicklung von fruchtbaren Lösungen. Denn es ist längst  
1996 wissenschaftlich belegt, dass die Entwicklung der Intelligenz, die Entfaltung von  
1997 Kompetenzen und Generativität bis ins hohe Alter, bis ins hundertste Lebensjahr und  
1998 darüber hinaus, möglich ist.

1999 Wir, die LAG Senioren NRW, setzen uns dafür ein dass diese Kompetenzen und  
2000 Potenziale genutzt werden. Wir wollen es nicht zu lassen, dass so ein  
2001 gesellschaftlicher Schaden entsteht, der unermesslich und unersetzlich ist.

2002 Gesellschaftliche Relevanz besitzen die heutigen Alten nicht nur deswegen, weil ihre  
2003 Zahl stetig wächst; sondern weil sie qualitativ hochwertig für die Weiterentwicklung  
2004 unserer Gesellschaft tätig sind.

2005 Sie arbeiten mit an den Problemen, vor denen unsere Gesellschaft steht, und setzen  
2006 dabei ihre im Lauf des Lebens erworbene Weisheit und Generativität ein,  
2007 einschließlich ihrer sozialen Kompetenz, ihres strategischen und prozeduralen  
2008 Wissens sowie ihres Wissens um die Veränderlichkeit des jeweils Bestehenden.

2009 Ihr Tätigsein besteht darin, dass sie bei der Gestaltung der Zukunft helfen und die  
2010 Generativität des menschlichen Gemeinwesens entfalten und bewahren.

2011 Altern erfolgt heute in einem hygienischen, medizinischen, ökonomischen und  
2012 ökologischen Umfeld, das nicht nur Langlebigkeit, sondern auch Leben bei  
2013 physischem und psychischem Wohlbefinden ermöglicht, wie es früheren  
2014 Generationen verschlossen war.

2015 Deshalb engagiert sich die Partei DIE LINKE für eine neue Sicht auf das Alter und auf  
2016 das Altern, um allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen,  
2017 den Lebensabend zu sichern und Altersarmut zu verhindern. Kernforderungen  
2018 originärer linker Seniorenpolitik sind: Alle Strukturen der Gesellschaft  
2019 altersfreundlicher und für das Alter entwicklungspotenter zu gestalten, eine  
2020 gesetzliche, paritätisch finanzierte Rente, eine solidarische Gesundheitsversorgung,  
2021 die auf die Herausforderungen von morgen eingestellt ist, eine hohe Qualität in der  
2022 Altenpflege, altersgerechte Wohnbedingungen, Sicherheit im Alter,  
2023 Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung garantieren.

2024 In Ergänzung zum Schreiben der Seniorenarbeitsgemeinschaft fordern wir daher, den  
2025 Abschnitt über das „würdige“ Alter (ab Zeile 1950) vollständig zu streichen und durch  
2026 einen neuen Abschnitt zu ersetzen.

2027 Mit sozialistischen Grüßen

2028 Für den Vorstand der LAG Senioren NRW

2029 Wilhelm Döll



2030

2031

**LAG Senioren**

2032 **NRW**

2033

2034 *Antrag an den Landesparteitag am 10. und 11. September 2011 in Mülheim.*

2035

2036 *Der Landesparteitag möge beschließen. Sich den Anträgen der*  
2037 *Landesarbeitsgemeinschaft Senioren Nordrhein Westfalen in der Partei DIE LINKE*  
2038 *anzuschließen und diese als eigene Anträge an die zuständige Antragskommission*  
2039 *bei der Partei einzureichen.*

2040 **Begründung der Anträge zum Programmentwurf**

2041 *Die LAG Senioren NRW hat sich mit dem aktuellen Entwurf des Leitantrages zum 2.*  
2042 *Parteitag, speziell mit den Aussagen zur Seniorenpolitik der Partei DIE LINKE befasst.*

2043 *Viele der Genossinnen und Genossen brachten ihr Erstaunen zum Ausdruck, mit*  
2044 *welcher Geringschätzung programmatische Vorstellungen formuliert wurden, mit*  
2045 *denen DIE LINKE den spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen der älteren*  
2046 *Generationen künftig gerecht werden will.*

2047 *Natürlich sind die aufgeführten Aktivitäten wichtig, insbesondere dann, wenn es um*  
2048 *die Berücksichtigung der Senioren in der Kommune geht.*

2049 ***Als programmatische Aussagen eines sozialistischen Programms sind diese***  
2050 ***aber völlig unzureichend.***

2051 *Besonders auffällig ist, dass der Text ( Zeile 1950 folgende ) eher einer alten*  
2052 *Fassung von Leitlinien aus dem vorigen Jahrhundert entspricht, der den*  
2053 *Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht genügt, auch sind die vorgeschlagenen*  
2054 *Änderungen, ( siehe Antrag vom 23. März 2011 an die Antragskommission), aus*  
2055 *unserem Antrag nur in einem geringen Umfang aufgenommen wurden.*

2056 *Selbstverständlich richtet sich das programmatische Angebot an alle Altersgruppen*  
2057 *der Gesellschaft und damit auch an die älteren Generationen. Aber bekanntlich*  
2058 *entstehen im Seniorenalter darüber hinaus eine Vielzahl neuer, spezifischer*  
2059 *Ansprüche und Bedürfnisse, die mit diesem Entwurf nicht abgedeckt werden.*

2060 *Wenn DIE LINKE aus den Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren, die rund ein*  
2061 *Viertel der Bevölkerung und ein Drittel der Wähler umfasst, künftig mehr Akzeptanz*  
2062 *und somit Stimmen gewinnen will, muss sie sich für die Ansprüche und Bedürfnisse*  
2063 *der älteren Menschen überzeugender politisch engagieren.*

2064 ***Unsere Partei hat ein gutes und nachhaltiges rentenpolitisches Konzept.***

2065 *Sozialistische Seniorenpolitik umfasst aber mehr als nur Rente, sie muss nicht nur*  
2066 *den Geldbeutel sondern die Herzen der Seniorinnen und Senioren erreichen.*

2067 *Engagement für ein selbstbestimmtes Leben in Würde bis ins hohe Alter ist mehr als*  
2068 *Reparaturen an der bestehenden Seniorenpolitik, weil deren Wirkung auf eine*  
2069 *Entwertung des Alters in der Gesellschaft hinaus läuft.*

2070 ***Deshalb braucht die Seniorenpolitik einen neuen und anderen Ansatz.***

2071 *Sie muss sich für eine neue Kultur des Alterns und Alters in allen Bereichen der*  
2072 *Gesellschaft stark machen.*

2073 ***Wir sind der Auffassung, dass diese grundsätzlichen Aussagen in einem***  
2074 ***sozialistischen Programm erfolgen müssen.***

2075 **Der Vorstand der LAG Senioren NRW**

2076 **Anmerkung der ABK**

2077 **Vorhergehende Begründung bezieht sich auf P-2, P-3, P-4, P-6, P-7, P-8, P-**  
2078 **11, P-12, P-18, P-19 und P-20**

2079

2080 **P-2**

2081 ***Im untenstehenden Abschnitt sind folgende Einfügungen vorzunehmen:***

2082 35 Grenzenlose Reichtümer für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr  
2083 36 Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der  
2084 37 Internationalisierung von Produktion und Handel, sondern des globalen Kapitals  
2085 38 muss. Die Konsequenzen für Deutschland sind allgegenwärtig: ein wachsender  
2086 39 Niedriglohnsektor, Jobvernichtung, Abbau von sozialen Leistungen, verarmte  
2087 40 Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, Verschwendung der Fähigkeiten junger 41  
2088 Menschen, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-Klassen- Medizin, Verschwendung  
2089 42 der Kompetenzen älterer qualifizierter Menschen, alte Menschen in Armut oder  
2090 43 ohne menschenwürdige Pflege. Die herrschende Politik hat sich den Interessen  
2091 44 der Konzernchefs und Vermögensbesitzer untergeordnet. Diese Agenda ist gegen 45  
2092 die Interessen der Mehrheit der Menschen gerichtet. Wir setzen auf globale  
2093 46 Kooperation statt auf das Recht des Stärkeren.

2094 **P-3**

2095 ***Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:***

2096 68 Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden  
2097 69 unabhängig von Alter, sozialer und ethnischer Herkunft durch  
2098 70 sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens  
2099 71 und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesell  
2100 72 schaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und  
2101 73 gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

2102 **P-4**

2103 ***Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:***

2104 111 für ein Leben in sozialer Sicherheit, für eine sanktionsfreie, armutsfeste  
2105 112 Mindestsicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss  
2106 113 weg.niemand darf gezwungen werden, Beschäftigung unter Missachtung seiner  
2107 114 Qualifikation oder zu Hungerlöhnen anzunehmen,  
2108 115 Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsange  
2109 116 bote sanktionsfrei abzulehnen.

2110 **P-5**

## 2111 **Deutschland – eine Klassengesellschaft**

2112 AntragstellerInnen: Hans Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln),  
2113 LandessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken NRW, Gisela Emons (KV Köln),  
2114 Alban Werner (KV Aachen)

2115 1) Zeilen 575-579 ändern:

2116 Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Sie  
2117 verfügen nicht über eigene Produktionsmittel und erhalten nur einen Teil der von  
2118 ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitalisten an.  
2119 Diese bestimmen über seine Verwendung, über die Investitionen und somit über die  
2120 wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der  
2121 Beschäftigten.

2122 2) Zeilen 584-585 ändern:

2123 Die **Klasse der abhängig Beschäftigten**, kurz: die Arbeiterklasse, umfasst alle  
2124 Beschäftigten, die vorwiegend ausführende Funktionen ausüben, sowie alle  
2125 erwerbslosen Lohnabhängigen. Ihre Struktur hat sich im Laufe der Entwicklung  
2126 erheblich verändert, Spaltung und Ausdifferenzierung nehmen zu.

2127 3) Nach Zeile 610 einfügen:

2128 Der Arbeiterklasse steht als zweite Grundklasse die **Kapitalistenklasse** mit einer  
2129 kleinen Schicht von Superreichen und Konzernherren an der Spitze gegenüber.  
2130 Zusammen mit den Führungen der Unternehmerverbände, den Spitzenmanagern in  
2131 Wirtschaft und Staat und dem Führungspersonal der dem Kapital ergebenen Parteien  
2132 bilden sie die herrschende Machtelite. Sie handeln als Vollstrecker der ökonomischen  
2133 Gesetzmäßigkeiten, aber sie sind zugleich diesen Gesetzmäßigkeiten unterworfen.

2134 Zudem gibt es größere soziale Gruppen, deren gemeinsames Merkmal eine  
2135 Zwischenstellung zwischen Kapital und Arbeit ist (**Zwischenschichten**): Das  
2136 selbständige Kleinbürgertum und eine lohnabhängige Schicht des Leitungspersonals  
2137 in Wirtschaft, Wissenschaft und Staatsapparat, die in sich sehr differenziert ist und  
2138 deren Interessen zwiespältig sind.

2139 4) Zeilen 617-619 ändern:

2140 Aus der gemeinsamen Klassenlage ergibt sich nicht unmittelbar auch eine  
2141 gemeinsame Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein. Ein  
2142 Haupthindernis besteht darin, dass die Lohnabhängigen untereinander in

2143 Konkurrenz um die Arbeitsplätze stehen. Auch die Differenziertheit der Arbeits-  
2144 und Lebensverhältnisse erschwert die gemeinsame Interessenvertretung.

2145 5) Zeilen 628-638 streichen:

2146 Begründung:

2147 1)

2148 Es ist gut, dass in den 2. Programmentwurf ein Abschnitt „Deutschland – eine  
2149 Klassengesellschaft“ eingefügt worden ist. Denn es war schon seltsam, dass DIE  
2150 LINKE. im 1. Programmentwurf zwar von einer Klassengesellschaft sprach, in  
2151 dieser aber nur eine Klasse, die herrschende, erkannte.

2152 Doch auch im 2. Programmentwurf wird die „Arbeiterklasse“ begrifflich als „große  
2153 Mehrheit der Erwerbstätigen“ umschrieben oder nur indirekt über ihre sich  
2154 verändernde Struktur erwähnt.

2155 Warum soll diese Klasse eigentlich nicht klar benannt werden?

2156 Tatsächlich gibt es das Problem, dass der alte Begriff der „Arbeiterklasse“ heute  
2157 zu verschiedenen Missverständnissen führt und seine Tauglichkeit daher in Frage  
2158 steht. Dies wird in der Passage „Gemeinsam mit Anderen ist DIE LINKE noch  
2159 auf der Suche nach der begrifflichen Fassung dieser neu entstehenden  
2160 Klassen.“ auch angesprochen. Solange wir diesen neuen Begriff aber noch nicht  
2161 gefunden haben, sollten wir pragmatisch weiterhin von der Arbeiterklasse als der  
2162 Klasse der abhängig Beschäftigten sprechen, der als zweite Grundklasse diejenige  
2163 der Kapitalisten gegenübersteht.

2164 Klar ist aber auch, dass diese aus der ökonomischen Grundstruktur der  
2165 Gesellschaft abgeleiteten Klassen noch keine „kampfbereiten Gruppen“, also reale  
2166 gesellschaftliche Akteure sind. Auf dem Weg von der – mit Marx gesprochen –  
2167 „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ ist die Aufgabe der Klassenformierung zu  
2168 bewältigen. Eine Aufgabe, die die Klasse nur für sich selbst leisten kann, an der  
2169 DIE LINKE. sich aber aktiv beteiligen muss.

2170 2)

2171 Zu betonen ist die Veränderungen der Klassen und die Spaltung und  
2172 Ausdifferenzierung vor allem der Arbeiterklasse.

2173 3)

2174 Von großer Bedeutung für das Ringen um gesellschaftliche Veränderung ist auch  
2175 das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen  
2176 Zwischenschichten.

2177 Bei deren Analyse wird eine Änderung vorgeschlagen: Statt von „kleinen und  
2178 mittleren Unternehmern und Freiberuflern“ sollte von „selbständigem  
2179 Kleinbürgertum und lohnabhängigen Schichten“ gesprochen werden, denn  
2180 „mittlere Unternehmer“ mit teils mehreren hundert Beschäftigten können

2181 eindeutig der Kapitalistenklasse zugeordnet werden, auch wenn sie von den  
2182 Monopolen unterscheidbare Interessen haben.

2183 **P-6**

2184 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2185 **802 Krise des sozialen Zusammenhalts**

2186 803 Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wachsende Armut  
2187 804 gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der  
2188 805 Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter  
2189 806 Arbeitskräfte. Ein Teil der älteren Arbeitnehmer muss wegen der Rente ab 67  
2190 807 über die eigenen Kräfte hinaus jahrelang arbeiten, während zunehmend mehr  
2191 808 Menschen schon mit 50 Jahren aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen werden.  
2192 809 Ausuferndes Gewinnstreben und wachsende materielle Ungleichheit zersetzen  
2193 810 die Gesellschaft von innen. Konkurrenzkampf, Misstrauen, soziale Abgrenzung  
2194 811 und Unsicherheit wachsen, Kooperation, Vertrauen in gesellschaftliche

2195 **P-7**

2196 **Nach untenstehendem Abschnitt ist folgender Text anzufügen:**

2197 **1260 Gute Arbeit**

2198 1266 Maßstab nicht reproduzieren. Die Erwerbsarbeit hat die spezifische Bedeutung,  
2199 1267 dass in ihr die Einkommen erwirtschaftet und die Güter und Dienstleistungen pro  
2200 1268 duziert werden, die gekauft werden können. Die Weiterentwicklung der Produktiv  
2201 1269 kräfte erfolgt überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit.  
2202 1270 Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der  
2203 1271 anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und  
2204 1272 Frauen, sowie zwischen den Generationen – also zwischen Jung und Alt –  
2205 1273 haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen  
2206 1274 Lebensverhältnisse und des Sozialstaats.

2207 **P-8**

2208 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2209 1307 Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich verkürzen. Gute Arbeit für  
2210 1308 alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen das wollen wir als neue Vollbeschäftigung  
2211 1309 Vor allem für Menschen in der zweiten Lebenshälfte müssen die Arbeitszeiten –  
2212 1310 ebenfalls bei vollem Lohnausgleich - deutlich verkürzt werden.  
2213 1311 Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss

2214 **P-9**

2215 **Ersetzungsantrag „Öffentlich geförderte Beschäftigung“**

2216 Antragsteller: KV Düsseldorf, LAG „Weg mit Hartz IV!“, Alisan Sengül (Sprecher KV  
2217 Hamm), Christian Leye (Sprecher KV Bochum), Basri Cakir (KV Krefeld), Sevim  
2218 Dagdelen (MdB, KV Bochum) und Martin Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV  
2219 Bochum)

2220 Die Zeilen 1394 bis 1403

2221 „und ihnen im Falle der Erwerbslosigkeit eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten  
2222 entsprechende tariflich bezahlte Beschäftigung zum Wohle und zum Nutzen aller  
2223 ermöglichen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich  
2224 bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo  
2225 der Markt Bedürfnisse im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht  
2226 abdeckt. Die Annahme dieser Arbeitsplätze ist freiwillig.

2227 Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten  
2228 Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-  
2229 Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.“

2230 werden gestrichen und ersetzt durch:

2231 „ (...). Wir müssen konstatieren: Nicht nur die Privatwirtschaft, auch Kommunen und  
2232 Wohlfahrtsverbände bedienen sich bei Langzeitarbeitslosen, um soziale und  
2233 kommunale Aufgaben zum Billiglohn erledigen zu lassen. Gewerkschaften und  
2234 Handwerkskammern beklagen die dadurch verursachte Verdrängung von  
2235 Tarifarbeitsplätzen. DIE LINKE ist sich bewusst, dass es nicht individuelle „multiple  
2236 Vermittlungshemmnisse“ sind, sondern in erster Linie der Mangel an  
2237 Tarifarbeitsplätzen, die nach unten durch einen gesetzlichen Mindestlohn abgesichert  
2238 sind, der uns in die katastrophale Situation gebracht hat, dass immer mehr  
2239 Menschen mit Hartz IV aufstocken müssen und vom ersten Arbeitsmarkt dauerhaft  
2240 ausgeschlossen werden. Statt der in den vergangenen Jahren erfolgten  
2241 Rationalisierungsprogramme, brauchen wir bei Bund, Ländern und Kommunen einen  
2242 gezielten Aufbau von Beschäftigung zu voll versicherungspflichtigen Tarif- statt  
2243 Dumpinglöhnen.

2244 Wir diskutieren weiterhin darüber, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen am  
2245 besten geeignet sind, erwerbslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu  
2246 integrieren. Insbesondere auch die Inklusion von Chronisch Kranken und Behinderten  
2247 soll dabei berücksichtigt werden.“

2248 Begründung:

2249 Die im Programmwurf als Mittel zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit  
2250 aufgeführte ÖBS ist für diesen Zweck gänzlich ungeeignet. Er ist Ausdruck der Hartz  
2251 IV-Logik, der Spaltung der Erwerbslosen und wird daher abgelehnt. Gewerkschaften  
2252 und Handwerkskammern warnen insbesondere vor den Verdrängungseffekten (siehe  
2253 Karin Lenhart/Alexandra Wagner: „Abschließender Bericht der Wissenschaftlichen  
2254 Bestandsaufnahme zur Umsetzung des ÖBS-Programms in Berlin“)

2255 Zudem ist die Definition von Bereichen, in denen der Markt die Bedürfnisse "nicht  
2256 abdeckt", irreführend, da sie suggeriert, dass es im Kapitalismus Bereiche gebe in  
2257 denen der Markt Bedürfnisse abdecken würde und das kapitalistische  
2258 Wirtschaftssystem sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen statt am Prinzip der  
2259 Profitmaximierung orientieren würde. Auch die geforderte Freiwilligkeit eines ÖBS  
2260 wäre aufgrund der Sanktionsparagrafen im SGB II nur dann umsetzbar, wenn  
2261 Hartz IV abgeschafft wäre. Selbst wenn die geforderte Freiwilligkeit des ÖBS

2262 durchgesetzt würde, bliebe er aufgrund seiner völlig unzureichenden Entlohnung  
2263 Bestandteil des Niedriglohnssektors. Und wenn sich die gesellschaftlichen  
2264 Rahmenbedingungen dahingehend verändert haben, dass eine Abschaffung von  
2265 Hartz IV durchgesetzt wäre, sollte die Konzentration nicht auf der Einrichtung  
2266 weiterer Arbeitsmärkte liegen, sondern auf der Schaffung von regulären, tariflich  
2267 entlohnten, mitbestimmten und unbefristeten Stellen im öffentlichen Dienst und auf  
2268 dem ersten Arbeitsmarkt für alle.

2269 **P-10**

2270 AntragstellerIn: LAG Gesundheit

2271 1527 **Soziale Sicherheit und Gesundheit im demokratischen Sozialstaat**

2272 **P-11**

2273 **Im folgenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2274 1543 Versorgung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächen  
2275 1544 deckend, für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern, ist eine öffentliche  
2276 1545 Aufgabe. Sie muss ebenso wie Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen in öffent  
2277 1546 lichen, nicht profitorientierten Unternehmen organisiert werden. Das Recht auf  
2278 1547 menschenwürdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Dabei ist  
2279 1548 insbesondere die Versorgung mit bezahlbarem barrierefreiem und  
2280 1549 altersgerechtem Wohnraum sicher zu stellen. Die Teilhabe an  
2281 1550 Kultur muss gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote  
2282 1551 für Kinder und Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste

2283 **P-12**

2284 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2285 1553 Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen für alle Generationen  
2286 1554 gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde.  
2287 1555 **Dabei ist insbesondere die Versorgung mit bezahlbarem barrierefreiem und**  
2288 **1556 altersgerechtem Wohnraum sicher zu stellen.**  
2289 1557 Wohnen muss für alle langfristig bezahlbar sein. Dazu gehören ein sozial ausgewo  
2290 1558 genes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes  
2291 1559 Wohngeld. Wir fordern einen sozialen Wohnungsbau sowie die gleichberechtigte

2292 **Anmerkung der ABK**

2293 **Die Anträge P-13 bis P-17 der LAG Gesundheit beziehen sich auf folgende**  
2294 **Textpassage des Leitantrags des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag.**  
2295 **Erstes auftreten mit Klammern im Text markiert, unter der Antragsnummer**  
2296 **steht die Begründung.**

2297 1591 die Wiedereinführung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und die Möglichkeit,  
2298 1592 schon **ab 60 bis 65 Jahre ohne Abschläge** (P-13) aus dem Erwerbsleben  
2299 auszusteiern.  
2300 1593 Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten  
2301 1594 Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg.

2302 1595 DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Ar  
2303 1596 beitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie  
2304 **MindestGrundsicherung**,(P-14)  
2305 1597 die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.  
2306 1598 Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die  
2307 1599 Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsver  
2308 1600 pflichtungen. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedin  
2309 1601 gungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und  
2310 1602 gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln.  
2311 1603 Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen  
2312 1604 wir weiterführen.  
2313 1605 DIE LINKE kämpft für ein demokratisches Gesundheitswesen, das auf der Solidari  
2314 1606 schen **KrankenBürger**versicherung als allgemeiner Kranken- und Pflegeversicherung  
2315 und **(P-15)**  
2316 1607 einer öffentlichen Gesundheitsversorgung basiert. In eine Solidarische **Bürger**  
2317 **Krankenver**  
2318 1608 sicherung zahlen alle Menschen entsprechend ihrer Einkünfte (Erwerbs-, Kapital  
2319 1609 und andere Einkommen) ein. Die Solidarische **BürgerKranken**versicherung hebt die  
2320 1610 ~~nung von Gesetzlicher und Private~~ Kranken- und Pflegversicherung auf und basiert  
2321 1611 auf Wiederherstellung der Parität. Unter Gesundheit verstehen wir „einen Zustand  
2322 1612 vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß  
2323 1613 die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen“ (Definition der Weltgesundheits  
2324 1614 organisation WHO). Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneinge  
2325 1615 schränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen ge  
2326 1616 sundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhän  
2327 1617 gig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfü  
2328 1618 gung stehen.  
2329 1619 Gesundheit ist keine Ware. Die öffentlichen Eigentumsverhältnisse und Strukturen  
2330 1620 des Gesundheitswesens, sind **als** Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge **zu**  
2331 **organisieren (P-16)** ~~sind vor~~1621 ~~marktwirtschaftlichen Eingriffen zu schützen.~~  
2332 Arzneimittelpreise sind gesetzlich zu  
2333 1622 kontrollieren. Die demokratische Mitbestimmung der Versicherten, der unabhäni  
2334 1623gen Patientenvertretungen und der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist ent  
2335 1624 sprechend gesetzlich zu regeln. Im Gesundheitswesen erzielte wirtschaftliche  
2336 1625 Überschüsse sind zum Wohle der Versicherten und Beschäftigten einzusetzen.  
2337 **Korruption ist auf allen Ebenen zu bekämpfen. Zweckentfremdungen wie z.B.**  
2338 **Spekulationsgeschäfte mit Versichertenbeiträgen sind zu verbieten. (P-17)**  
2339

## 2340 **P-13**

### 2341 **Für eine Rente ohne Abschläge bereits mit 60 Jahren**

2342 Eine Anfrage der Linksfraktion hat ergeben, dass nur wenige Menschen über 65 noch  
2343 Arbeit haben. Außerdem gibt es in fast allen anderen europäischen Ländern die  
2344 Möglichkeit, bereits mit 60 ohne Abschläge in Rente zu gehen. Dies wird gerade in  
2345 Rahmen der Lissabon-Strategie versucht, auch in anderen Ländern zu ändern. Allein  
2346 schon aus Solidarität mit den Kämpfern sollte die LINKE die Rente mit 60 fordern.



2347 **P-14**

2348 **Grundsicherung** statt Mindestsicherung

2349 Das Wort Grundsicherung beinhaltet schon, dass es genug zum Leben sein muss.

2350 **P-15**

2351 **Solidarische Kranken- und Pflegeversicherung** statt Bürgerversicherung

2352 Es ist wichtig, schon im Namen die gewollte Solidarität auszudrücken und auch durch  
2353 den Namen klarzustellen, dass DIE LINKE eine Versicherung für alle und alles will  
2354 und nicht wie SPD und Grüne weiterhin gesetzliche und private  
2355 Krankenversicherungen. Außerdem sind bei Bürgerversicherung Frauen und  
2356 Migranten im Namen nicht mit bedacht.

2357 **P-16**

2358 **Gesundheitsversorgung im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge**

2359 DIE LINKE will die Gesundheitsversorgung nicht nur vor marktwirtschaftlichen  
2360 Elementen schützen, sondern ein solidarisches Gesundheitssystem im Rahmen der  
2361 öffentlichen Daseinsvorsorge.

2362 **P-17**

2363 **Korruptionsbekämpfung:** Betrugsfälle werden in der Öffentlichkeit als Einzelfälle  
2364 dargestellt. Dabei ist es eher so, dass jeder sich im System (Ärzte, private  
2365 Klinikketten, Pharma- und Versicherungskonzerne) so weit er kann bereichert und  
2366 das Geld da fehlt, wo es notwendig ist. Im Gesundheitswesen ist Korruption  
2367 besonders prekär, weil kranke Menschen darauf angewiesen sind, vertrauenswürdige  
2368 Strukturen anzutreffen statt Verhältnisse, die von Fremd(Profit-)interessen geleitet  
2369 sind. Deshalb ist Korruption auf allen Ebenen zu verhindern.

2370 **P-18**

2371 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2372 1695 **Demokratische Kommunen**

2373 DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für  
2374 starkes

2375 1700 kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Da  
2376 1701 seinsvorsorge. Damit Kinder und Jugendliche, Frauen, Behinderte, 1702Migranten,  
2377 unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihren 1703Interessen und Ansprüchen  
2378 wirklich berücksichtigt werden, sind die 1704betreffenden Beiräte in den  
2379 Gemeindeordnungen der Länder mit den 1705Kompetenzen regulärer Ausschüsse  
2380 auszustatten.

2381 1706 Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und

2382 1707 Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaft

2383 **P-19**

2384 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2385 1917 **Antidiskriminierungspolitik**  
2386 1921 Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der  
2387 1922 Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung be  
2388 1923 drohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden.  
2389 1924 ***DIE LINKE tritt neuen Formen der Diskriminierung älterer Menschen, wie***  
2390 ***dem 1925Ausschluss von Versicherungen und Kreditvergaben, entschieden***  
2391 ***entgegen.*** . Wir  
2392 1924 wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleicher  
2393 1925 maßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der

2394 **P-20**

2395 **1950 Das Alter würdigen**

2396 ***Diesen Titel streichen und wie folgt ersetzen:***

2397 1950 folgende **Eine neue Kultur des Alterns und des Alters**

2398 1951 erfordert ein grundsätzliches Umdenken in den Medien, der Politik, der Wirtschaft

2399 1952 und der Gesellschaft. Alter ist mehr als Rente, Krankheit, Pflege und Kosten.

2400 1953 Die Seniorinnen und Senioren in einer demokratischen Gesellschaft benötigen  
2401 neben

2402 1954 einer ausreichenden Vorsorge für ihren Alltag Teilhabe und Mitbestimmung bei  
2403 allen

2404 1955 sie betreffende Fragen und Entscheidungen, damit ein selbstbestimmtes Leben  
2405 ohne

2406 1956 Altersarmut und Vereinsamung in Würde möglich ist.

2407 1957 Kernforderungen originärer linker Seniorenpolitik sind alle Strukturen der

2408 1958 Gesellschaft unter Berücksichtigung der Geriatrie altersfreundlicher und für das

2409 1959 Alter entwicklungspotenter zu gestalten. Besondere Aufmerksamkeit ist darauf

2410 1960 zu richten, dass Altersarmut überwunden wird und durch paritätische und  
2411 solidarische

2412 1961 Absicherungen nicht erst entstehen kann. Erwerbslosigkeit älterer

2413 Arbeitnehmerinnen

2414 1962 und Arbeitnehmer ist durch Weiterbildung oder Umschulung und altergerechter

2415 1963 Arbeitsplätze so wie einen umfassenden Kündigungsschutz zu verhindern.

2416 1964 Eine hohe Qualität der Gesundheitsvorsorge so wie der Altenpflege, die den  
2417 jeweiligen

2418 1965 medizinischen Erkenntnissen entspricht muss allen zugänglich sein.

2419 1966 Ein barrierefreier Zugang zu allen Einrichtungen der öffentlichen Lebensbereiche  
2420 und

2421 1967 ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Wohnungen im gewohnten Wohnumfeld.

2422 1968 Diskriminierung älterer Menschen, wie den Ausschluss von Versicherungen und

2423 1969 Kreditvergaben, darf es eben so wenig geben wie Diskriminierungen durch

2424 besondere 1970Privilegien die nur auf Grund des Alters gewährt werden.

2425 **P-21**

2426 **Faschismus und Rassismus bekämpfen**

2427 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie  
2428 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin  
2429 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V  
2430 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der  
2431 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye  
2432 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Böhlke (KV  
2433 Düsseldorf)

## 2434 **2114: Faschismus und Rassismus bekämpfen**

2435 2124 – 2133:

2436 ~~Wir setzen uns für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer~~  
2437 ~~Bildungsarbeit ein. Wir setzen uns entschieden gegen jede Art von Rassismus und~~  
2438 ~~Diskriminierung ein und werden die antirassistische und antifaschistische~~  
2439 ~~Bildungsarbeit verstärken. Diskriminierung, Rassismus und Sündenbockpolitik~~  
2440 ~~verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und~~  
2441 ~~gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Die Verunsicherung von~~  
2442 ~~Millionen von Menschen in Deutschland und Europa durch Wirtschafts- und~~  
2443 ~~Finanzkrisen hat seit dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Rechtspopulismus,~~  
2444 ~~autoritären Tendenzen, Antisemitismus und im besonderen Maße antimuslimischem~~  
2445 ~~Rassismus einen neuen Schub gegeben. DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des~~  
2446 ~~Feindbildes „Islam“ ein und verurteilt die Diskriminierung von Musliminnen und~~  
2447 ~~Muslimen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, durch Behörden etc.~~  
2448 ~~Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. DIE LINKE stellt sich~~  
2449 ~~Bestrebungen entgegen, faschistische Positionen salonfähig zu machen. DIE LINKE~~  
2450 ~~wird sich weiter dafür einsetzen, faschistische Aufmärsche zu verhindern und die~~  
2451 ~~Zivilgesellschaft zu aktivieren. - nach dem Motto: „Wo du stehst, kann kein Nazi~~  
2452 ~~stehen.“~~

2453 **P-22**

## 2454 **Rechtspopulismus**

2455 Nach 2133 einfügen:

### 2456 **Rechtspopulismus bekämpfen – Populäre Politik für soziale Gerechtigkeit**

2457 Die Verunsicherung von Millionen von Menschen in Deutschland und Europa durch  
2458 Wirtschafts- und Finanzkrisen hat Rechtspopulismus, autoritären Tendenzen,  
2459 Antisemitismus und im besonderen Maße Islamfeindlichkeit Auftrieb verliehen. Eliten  
2460 in Politik, Wirtschaft und Medien schüren rassistische Stimmungen, um vom Konflikt  
2461 zwischen oben und unten abzulenken, die Betroffenen zu spalten und den Sozialstaat  
2462 zu zerstören. In vielen europäischen Ländern gewinnen so rechtspopulistische  
2463 Parteien an Bedeutung, Sie geben sich den Anschein einer Volksbewegung von  
2464 unten, wenden sich jedoch gegen sozial Benachteiligte und schützen damit die  
2465 Herrschaft der wirklich Mächtigen in Wirtschaft und Politik. Rechtspopulisten  
2466 versuchen das „Feindbild Islam“ in der Gesellschaft zu verankern und einerseits als  
2467 Einfallstor für rassistische und sozialdarwinistische Politik nach Innen und  
2468 andererseits zur Vorbereitung und ideologischen Unterstützung neuer Kriege nach

2469 Aussen zu nutzen. Dabei setzen sie darauf, daß die Kräfte, die sich einem Krieg  
2470 entgegenstellen können, lange vor dessen Ausbruch gespalten werden können.  
2471 Deshalb steht DIE LINKE gegen sozialen Rassismus, gegen nationalistischen  
2472 Rassismus und gegen die neuen Kriege, die vorbereitet werden.

2473 DIE LINKE setzt bei den Ursachen von Abstiegsängsten, Bildungsnotstand, Gewalt  
2474 und Kriminalität an. Die linke Antwort auf die rechte Gefahr kann nur lauten:  
2475 Aufklärung gegen rassistische Vorurteile sowie populäre und glaubwürdige Politik von  
2476 links! Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, soziale Sicherheit und  
2477 gleiche Chancen und Rechte für alle – von der Kita bis zur Universität. Linke Politik  
2478 muss die wirklichen Verursacher und Profiteure der Probleme benennen, um  
2479 Solidarität zu ermöglichen und neue Kriege zu verhindern.

#### 2480 **Begründung für P-21. und P-22.:**

2481 Die Krise hat Rechtspopulisten in vielen europäischen Ländern Auftrieb verliehen.  
2482 Rechtspopulismus bedient (Kultur-)Rassismus, der bis weit in die Mitte der  
2483 Gesellschaft wirkt und an reale Probleme und Abstiegsängste in der Bevölkerung  
2484 anknüpft. Wir halten daher einen eigenen Absatz für gerechtfertigt. Die  
2485 vorgeschlagene Änderung soll die soziale Frage als strategische Antwort der LINKEN  
2486 stärker betonen. DIE LINKE muss Sprachrohr der sozial Benachteiligten bleiben und  
2487 ihre diesbezüglichen Aktivitäten auch zwischen den Wahlen ausweiten, sich in  
2488 antirassistischen Bündnissen einbringen und Politik formulieren, die Solidarität  
2489 zwischen den abstiegsbedrohten Mittelschichten und den sozial Benachteiligten  
2490 ermöglicht. Es gilt aber auch den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kriegen  
2491 und Kriegsvorbereitungen aufzuzeigen. So wie die Herrschenden die Menschen in  
2492 Deutschland versuchen zu spalten, spalten sie die Welt in Gute und Böse, in Westen  
2493 und Osten und längst wieder in Minderwertige und Höherwertige, um für ihre Kriege  
2494 und neuen Kriege Unterstützung zu erhalten. Das Leben eines Afghanen, Pakistani,  
2495 Irakers oder Palästinensers zählt bei ihnen nichts, das eines Bundeswehrsoldaten  
2496 aber scheinbar alles.  
2497

#### 2498 **P-23**

#### 2499 **NATO-Mitgliedschaft kündigen**

2500 Antragsteller: Hossein Phaghani, Klaus Roth (KV Köln)

2501 ab Zeile 2489 im Programmentwurf soll ergänzt werden:

#### 2502 **Frieden in Solidarität statt terroristischer Kriege**

2503 Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO  
2504 und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung  
2505 Russlands. *Um die Auflösung dieses aggressiven Militärbündnisses voran zu treiben,*  
2506 *will DIE LINKE die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO kündigen.* Wir fordern ein  
2507 sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr...

2508 Begründung:

2509 Die Bundeswehr dem NATO-Oberkommando zu entziehen, ändert nichts an der  
2510 deutschen Verpflichtung zu militärischem Beistand nach Artikel 5 des NATO-  
2511 Vertrages. Das ist nur durch eine Kündigung der Mitgliedschaft nach Artikel 13  
2512 möglich. Wir erwarten, dass durch die Kündigung die Auflösung der NATO  
2513 beschleunigt wird und sie somit ein großer Schritt einer aktiven Friedenspolitik ist.

2514 **P-24**

## 2515 **Völkerrecht und Vereinte Nationen**

2516 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie  
2517 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin  
2518 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V  
2519 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der  
2520 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye  
2521 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV  
2522 Düsseldorf)

### 2523 **Einfügen in 2518 fortlaufend:**

2524 Die mächtigen Staaten haben das Völkerrecht jedoch spätestens seit dem Ende des  
2525 Kalten Krieges missachtet sowie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur  
2526 Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht. Das Völkerrecht und die Vereinten  
2527 Nationen verlieren hierdurch an Autorität. Die Vereinten Nationen müssen daher auf  
2528 die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Auch der Sicherheitsrat hat  
2529 sich der Charta unterzuordnen. (...) Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was  
2530 größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO-  
2531 Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates umschließt.  
2532 DIE LINKE fordert darüber hinaus eine grundlegende Demokratisierung des Systems  
2533 der Vereinten Nationen. Dafür bedarf es einer überfälligen Reform, die auch einen  
2534 Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen und zivilen Strukturen beinhaltet und die  
2535 Militarisierung der Vereinten Nationen beendet. Insbesondere fehlt eine stärkere  
2536 Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten im Sicherheitsrat.  
2537 Notwendig sind auch die Verankerung größerer umfassenderer Kontroll- und  
2538 Entscheidungskompetenzen Rechte der größer gewordenen Generalversammlung  
2539 gegenüber dem Sicherheitsrat. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE  
2540 können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Chartaziele leisten.

### 2541 Begründung:

2542 Die Kriege in Afghanistan und Libyen zeigen, dass die Vereinten Nationen  
2543 zunehmend zur Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht werden. Die NATO-  
2544 geführte ISAF-Mission diente etwa der Entlastung der „*Operation Enduring Freedom*“  
2545 in Afghanistan. Entscheidend ist daher nicht nur die Form, sondern die Substanz der  
2546 Charta. Die Reform der UNO bzw. die Aufwertung der Generalversammlung muss  
2547 ebenfalls präzisiert werden.

2548 **P-25**

## 2549 **Polizeieinsätze**

2550 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie  
2551 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin  
2552 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V  
2553 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der  
2554 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye  
2555 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV  
2556 Düsseldorf)

2557 **Einfügen 2555 fortlaufend:**

2558 DIE LINKE fordert die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizei an  
2559 internationalen Polizeieinsätzen, ~~die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären~~  
2560 ~~Regimen dienen~~. Auch Militärberatungsmissionen müssen beendet werden. DIE  
2561 LINKE steht für ein vollständiges Verbot von Waffen-, Militär-, und Polizeihilfe. DIE  
2562 LINKE fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen zivilen  
2563 Kapazitäten unter dem Dach der UNO. Deutschland soll für eine UNO geführte  
2564 internationale Katastrophenhilfe ausreichend Kapazitäten vorhalten.

2565 Begründung:

2566 Die bisherige Formulierung lässt beispielsweise den Polizeieinsatz in Ländern, wie der  
2567 Türkei offen. Aber auch hier sollte DIE LINKE sich gegen eine Beteiligung an  
2568 internationalen Polizeieinsätzen ohne Wenn und Aber aussprechen, wie auch  
2569 angesichts der fortgesetzten Unterstützung für arabische Diktaturen sich für ein  
2570 Komplettes Verbot von Waffen-, Militär- und Polizeihilfe aussprechen, dass dann  
2571 auch Ländern wie die Türkei umfassen sollte.

2572 **P-26**

2573 **Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**

Antragsteller/innen: Hans Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln),  
LandessprecherInnenRat der Sozialistischen Linken NRW, Gisela Emons (KV Köln),  
Alban Werner (KV Aachen),

2574 6) nach Zeile 2631 einfügen:

2575 Die traditionelle Arbeiterbewegung mit ihrem Zusammenhang von  
2576 gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen, Bildungs- und  
2577 Kulturvereinen, Konsumgenossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen  
2578 und ihrer tiefen Verankerung in Arbeiterwohngebieten hat sich weitgehend  
2579 aufgelöst. Das erschwert die Mobilisierung für große Massenbewegungen gegen  
2580 Sozialabbau und Entdemokratisierung und für linke Alternativen. Wir erleben  
2581 jedoch Konflikte, die zu Auslösern einer neuen Klassenbildung werden können.  
2582 Gemeinsam mit Anderen ist DIE LINKE noch auf der Suche nach der begrifflichen  
2583 Fassung dieser neu entstehenden Klassen.

2584 **P-27**

2585 **Rote Haltelinien**

2586 Antragsteller/innen: Hans Günter Bell (KV Köln), LandessprecherInnenRat der  
2587 Sozialistischen Linken NRW, LandessprecherInnenRat der Kommunistischen  
2588 Plattform NRW, Gisela Emons (KV Köln), Alban Werner (KV Aachen), Alex Recht  
2589 (KV Köln), Jürgen Aust (KV Duisburg), Özlem Alev Demirel (KV Köln), Christian  
2590 Leye (Sprecher KV Bochum), Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Martin  
2591 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Niema Movassat (KV  
2592 Oberhausen), Marc Mulia (KV Duisburg)

2593 Z. 2743 ff. werden wie folgt geändert:

2594 **Entwurf:**

2595 An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im  
2596 Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen  
2597 der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung  
2598 des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

2599 **wird geändert in:**

2600 An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland  
2601 zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, **die Privatisierungen**  
2602 **vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt**, werden wir uns nicht  
2603 beteiligen.

2604 Begründung:

2605 Wir nehmen das Argument, dass ein Bevölkerungsrückgang Spielräume für einen  
2606 Arbeitsplatzabbau bietet, ohne dass sich die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen  
2607 Dienstes verschlechtert, zur Kenntnis.

2608 Wir halten aber daran fest, dass sich aus der Umsetzung des Programms der  
2609 LINKEN. eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes ergibt. Dies ist für eine  
2610 angemessene Aufgabenerfüllung und wegen der angestrebten Arbeitsmarkteffekte  
2611 sinnvoll und erforderlich.

2612 Diese Einschätzung führt dazu, dass es selbst bei einem  
2613 Bevölkerungsrückgang keine Zustimmung der LINKEN. für einen  
2614 Arbeitsplatzabbau geben sollte.

2615 Wir begrüßen das Bemühen, in dieser Frage zu einem Kompromiss zu kommen. Die  
2616 Formulierung des 2. Entwurfs ist jedoch ein untauglicher Versuch. Solange keine  
2617 bessere Formulierung gefunden wird, beantragen wir, zur Formulierung des 1.  
2618 Entwurfs zurückzukehren.

2619 **P-27 Ä 1**

2620 Antragsteller: Michael Bruns, Kreisverband Soest, Mitglied des Bundesausschusses  
2621 für DIE LINKE. NRW, Hans-Otto Spanke, Kreisverband Soest,  
2622 Landesparteitagsdelegierter

2623 **Rote Haltelinien im Programm der LINKEN**

2624 Änderungsantrag zum Antrag P-27 (12.1. im Antragsheft 1)

2625 Antrag P-27 (alt 12.1): „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der  
2626 Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die  
2627 Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt werden wir uns  
2628 nicht beteiligen.“

2629

2630 **Wir beantragen das Wort „Kampfeinsätze“ durch „Einsätze“ (Zeile 18) zu**  
2631 **ersetzen.**

2632 Begründung:

2633 Wir begrüßen Antrag 12.1. in Hinsicht auf den Aspekt, die rote Linie  
2634 Arbeitsplatzabbau zu verankern. Vom Landesparteitag NRW sollte aber kein falsches  
2635 Zeichen im Bezug auf Auslandseinsätze ausgehen.

2636 Militär, militärische Gewalt und zivil-militärische Zusammenarbeit sind für uns in  
2637 keiner Form ein Mittel linker Politik. Für uns ist die Ablehnung jeglicher  
2638 Auslandseinsätze der Bundeswehr essentieller Bestandteil unserer politischen  
2639 Identität. Diese darf nicht für oder durch eine Regierungsbeteiligung geopfert  
2640 werden. DIE LINKE würde sich überflüssig machen. Wegen den von SPD und Grünen  
2641 gebilligten Auslandseinsätzen haben politisch engagierte Menschen diese Parteien  
2642 verlassen und sind heute in der LINKEN aktiv oder wählen uns.

2643 Für PazifistInnen, Gewaltfreie, AntikapitalistInnen, AntimilitaristInnen und selbst für  
2644 nicht wenige bürgerlich Konservative sind out-of-area-Einsätze immer noch ein No-  
2645 Go. Und das ist gut so.

2646 Wikipedia: „Seit 1990 wird die Bundeswehr zu friedenserhaltenden und -sichernden  
2647 Maßnahmen (peacebuilding und peacekeeping) außerhalb der Bundesrepublik  
2648 Deutschland eingesetzt. Bereits unmittelbar nach der Deutschen Wiedervereinigung  
2649 1990 begann eine heftige Debatte über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des  
2650 NATO-Vertragsgebiets (out-of-area-Debatte). Während die Regierungsparteien CDU  
2651 und FDP sich für derartige Einsätze (im Rahmen von UN-Mandaten) aussprachen,  
2652 **waren SPD und Grüne zunächst dagegen.** Mit der sogenannten Petersberger  
2653 Wende 1992 änderte die SPD ihre Position. **Mit dem Amtsantritt der Rot-Grünen**  
2654 **Bundesregierung 1998 unterstützen auch die Grünen derartige Einsätze...**“  
2655 Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze\\_der\\_Bundeswehr](http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr)

2656 **P-28**

2657 **Aufbau einer neuen Internationalen**

2658 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie  
2659 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin  
2660 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V  
2661 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der  
2662 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye  
2663 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV  
2664 Düsseldorf)

2665 **Einfügen 2789 fortlaufend**

2666 Besondere Bedeutung messen wir den Partnerschaftsbeziehungen zu Gliederungen  
2667 linker Parteien in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den



2668 Nachbarstaaten der Bundesrepublik, bei. DIE LINKE bricht unwiderruflich mit einer  
2669 eurozentristischen Sichtweise. DIE LINKE ist eine internationalistische Partei. Sie  
2670 steht für weltweite Bündnisse mit sozialen Bewegungen. DIE LINKE streitet für den  
2671 Aufbau einer neuen Internationale.

2672 Begründung: Die Linke sollte versuchen nicht nur ihre Beziehungen zu anderen  
2673 linken Parteien in Europa im Rahmen der Europäischen Linken zu intensivieren. Sie  
2674 braucht auch eine globale Kooperationsplattform gerade mit linken Parteien in Afrika,  
2675 Asien und Lateinamerika. Dafür sollte sie die Initiativen für eine neue Internationale  
2676 positiv aufnehmen und sich konstruktiv an der Gründung einer neuen globalen  
2677 Aktionsplattform beteiligen. Gerade angesichts der Weltwirtschaftskrise wirkt sich  
2678 das Fehlen einer linken Internationale provinzialisierend. Eurozentrische Sichtweisen  
2679 müssen endlich ad acta gelegt werden.

2680 **Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag zur**  
2681 **Änderung der Bundessatzung**

2682 **S-1**

2683 Antragsteller: Günter Blocks (für S-1 bis S-4)

- 2684 - § 10 Abs. 4 Satz 3 wird ersatzlos gestrichen:  
2685 *Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel*  
2686 *liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.*  
2687 Begründung:  
2688 Mit dieser Ausnahmeregelung wird immer und immer wieder das eigentliche  
2689 Ziel von § 10 Bundessatzung „Geschlechterdemokratie“ unterlaufen. Deshalb  
2690 ist eine Aufhebung dieser Satzungspassage überfällig.

2691 **S-2**

- 2692 - § 19 Abs. 1 Satz 1:  
2693 *Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 44 vom Parteitag*  
2694 *zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden*  
2695 *Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer*  
2696 *Sprecher.*  
2697 wird geändert in:  
2698 *Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus **maximal** 44 vom Parteitag*  
2699 *zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden*  
2700 *Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer*  
2701 *Sprecher.*  
2702 Begründung:  
2703 Eine Festlegung der Höchstzahl ist ausreichend. Über die Größe des  
2704 Parteivorstands sollte der Parteitag von Fall zu Fall entscheiden können.

2705 **S-3**

- 2706 - § 32 Abs. 4:  
2707 *Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes dürfen*  
2708 *mehrheitlich keine Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Europa-, der*  
2709 *Bundes- bzw. der Landesebene sein.*  
2710 wird geändert in:  
2711 *Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes **sowie die***  
2712 ***Delegierten von Bundes- und Landesparteitagen wie auch von***  
2713 ***Bundesausschuss und Landesausschüssen** dürfen mehrheitlich **nicht***  
2714 ***Abgeordnete und Beschäftigte von Partei und Fraktionen der Landes-,***  
2715 ***Bundes- und Europaebene der LINKEN oder von Abgeordneten** sein.*

2716 Begründung:

2717 Die eigentliche Zielsetzung von § 32 Abs. 4 wird erst abgesichert, wenn auch die  
2718 abhängig Beschäftigten der MandatsträgerInnen einbezogen und diese  
2719 Grundregelungen auch auf Delegiertenmandate angewandt werden.

2720 **S-4**

- 2721 - § 37 Abs. 7:
- 2722 *Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens*
- 2723 a. *Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen*  
2724 *Ordnung in der Partei dienen,*
- 2725 b. *Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen.*
- 2726 wird geändert in:
- 2727 *Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens*
- 2728 a. *Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen*  
2729 *Ordnung in der Partei dienen,*
- 2730 ***b. Mitglieder verwarnen,***
- 2731 c. *Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen.*

2732 **Begründung:**

2733 Die Erfahrungen mit dem Ordnungsrecht unserer Partei haben seit der Fusion immer  
2734 wieder gezeigt, dass die Alternative „Freispruch oder Ausschluss“ völlig unzureichend  
2735 ist. Mit der Einführung einer „Verwarnung“ könnten viele Auseinandersetzungen in  
2736 der Partei klarer und nachvollziehbarer abgeschlossen werden.

2737 Zugleich bliebe der „Parteistrafen“-Katalog damit aber auch künftig weitaus enger  
2738 begrenzt als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

2739 **Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag zur**  
2740 **Änderung der Bundesschiedsordnung**

2741 **SO-1**

2742 Antragsteller: Günter Blocks (für SO-1 und SO-2)

- 2743 - In § 7 Abs. 2 wird als neuer Satz 3 eingefügt:  
2744 *Antragsberechtigt für Ausschlussverfahren sind die Gebietsverbände und die*  
2745 *innerparteilichen Zusammenschlüsse sowie einzelne Organe der Partei oder*  
2746 *ihrer Gebietsverbände.*

2747 Begründung:

2748 Mit dieser Neuregelung könnte die Anzahl der – meist ohnehin erfolglosen –  
2749 Ausschlussverfahren deutlich reduziert werden. Bei berechtigten  
2750 Ausschlussbegehren ist die Unterstützung z.B. durch einen Gebietsverband  
2751 realisierbar. In vielen anderen Fällen kann die in § 6 (neu) angestrebte  
2752 Stärkung von Schlichtungsverfahren Abhilfe schaffen.

2753 **SO-2**

- 2754 - § 13 Abs. 5 wird ersatzlos gestrichen.  
2755 Begründung:  
2756 Kostenzuweisungen an die Verfahrens-Beteiligten sollen auch künftig  
2757 unterbleiben.

2758 **Allgemeine Anträge**

2759 **A-1**

2760 **Beteiligung am CSD**

2761 Antragstellerin: LAG Queer

2762 Die LINKE.NRW fordert die Kreisverbände auf sich an den alljährlich stattfindenden  
2763 Straßenfesten und Paraden zum Christopher-Street-Day (CSD) zu beteiligen.

2764 Bei den Polit-Diskussionen wählen wir Personen, die die links-queeren Positionen klar  
2765 kennen und deutlich machen können. Die Bühnenpräsenz wird in Koordination mit  
2766 dem Landesvorstand und der LAG Queer besetzt.

2767 Begründung

2768 Was ist ein CSD?

2769 Der CSD geht zurück auf den Aufstand in der New Yorker Christopher Street im Jahre  
2770 1969. Hier setzten sich zum ersten Mal Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender  
2771 (LSBT) gegen fortwährende gewalttätige Polizeirazzien in Kneipen des  
2772 Homosexuellen-Milieus. Dieser tagelange Straßenkampf heißt nach der Kneipe, in der  
2773 er seinen Ursprung fand Stonewall-Riot.

2774 Seit Ende der 70er Jahre gibt es in Deutschland CSD-Veranstaltungen, die an den  
2775 Stonewall-Riot erinnern. Sie finden nicht immer am Jahrestag des Aufstandes statt,  
2776 sondern verteilen sich über den Sommer. Die zivilgesellschaftlichen Verbände und  
2777 Vereine LSBT-Bewegung veranstalten Straßenfeste und in einigen Städten auch  
2778 Paraden. Sie erinnern einerseits an Stonewall, andererseits aber geht es der LSBT-  
2779 Bewegung um die Sichtbarkeit. Nachdem in Deutschland 1969 der  
2780 Schwulenparagraph 175 StGb abgeschafft wurde trauten sich Schwule auf die Straße  
2781 um für ihre Rechte zu kämpfen. Später wurden Lesben in die Homo-Bewegung  
2782 inkludiert, die anfangs eher bei der Frauenbewegung Anschluss fanden.

2783 CSD heute

2784 Heutzutage sind die CSDs bunte Straßenfeste, auf denen die Schwulen- und  
2785 Lesbenbewegung sichtbar ist und ihre Forderungen artikuliert. Sichtbarkeit soll hier  
2786 Repression und Diskriminierung vorbeugen.

2787 In aller Regel sind auf den CSDs alle relevanten Parteien präsent. In diesem Jahr war  
2788 die LINKE auf etwa der Hälfte der Straßenfeste vertreten. Dies ist ein guter Anfang.  
2789 Unser Ziel muss sein, auf allen Straßenfesten und auf den Paraden präsent zu sein.

2790 So zeigen wir der LSBT-Bewegung, dass wir an ihrer Seite stehen. Auch  
2791 unterstreichen wir auf diese Weise unsere emanzipatorischen Positionen.

2792 Die Präsentation unseres Personals

2793 Zum Bühnenprogramm eines jeden CSD gehören politische Diskussionen. Diese  
2794 können bundespolitisch sein, sich aber auch mit sehr lokalen Themen befassen, wie  
2795 zum Beispiel dem schwul-lesbischen Jugendzentrum oder ganz aktuell auch der so

2796 genannten Sex-Steuer die einige Kommunen von kulturell gewachsenen  
2797 Homosexuellenetablissemments verlangen.

2798 Normalerweise benennen die Parteien Landtags- oder Bundestagsabgeordnete für  
2799 diese Auftritte.

2800 Es ist wichtig, dass wir hier PolitikerInnen auf die Bühnen schicken, die sich auf allen  
2801 Ebenen im Thema auskennen. Daher sind die Kreisverbände aufgefordert die  
2802 Bühnpräsenz gemeinsam mit dem Landesvorstand und der LAG Queer zu  
2803 koordinieren. Diese Bühnenauftritte sind zentral um die fachliche Kompetenz unserer  
2804 Partei in die LSBT-Community zu tragen.

2805 **A-2**

## 2806 **Innerparteilicher Pluralismus im Web**

2807 Antragssteller: Peter Eßer (Pressesprecher KV Rhein-Sieg), Herbert Schübel  
2808 (Sprecher KV Rhein-Sieg), Charly Hörster (Bildungspolitischer Sprecher KV Rhein-  
2809 Sieg, Sprecher LAG Bedingungsloses Grundeinkommen NRW), Paul Breuer (Sprecher  
2810 OV Bornheim)

2811 Der Landesparteitag möge beschließen:

### 2812 **Im Sinne der Wahrung des innerparteilichen Pluralismus und gegen die** 2813 **Möglichkeit von Gleichschaltung und zentraler Kontrolle von** 2814 **Meinungsäußerung im Web**

2815 Wir distanzieren uns von allen Versuchen, beispielsweise über die Finanzordnung der  
2816 Partei, sämtliche Websites der Kreis- und Ortsverbände in die Hoheit der  
2817 Landesvorstände oder des Bundesvorstands zu geben. Sollte die Finanzordnung der  
2818 Partei DIE LINKE dies zwingend vorschreiben, ist die Finanzordnung in geeigneter  
2819 Weise zu ändern oder es sind alternative Möglichkeiten zu schaffen, Partei-Websites  
2820 auf den Ebenen unterhalb der Landesverbände selbstständig zu verwalten.

### 2821 **Begründung:**

2822 Am 20.07.2011 versandte die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
2823 „Empfehlungen und Hinweise für Onlineredaktionen der Kreis- und Landesverbände“.

2824 Unter anderem wurden in diesem Dokument auch „Empfehlungen für die  
2825 Konnektierung von Domains und das Buchen von Webespace“ gegeben. Hierbei wurde  
2826 darauf hingewiesen, „dass Kreisverbände und Untergliederungen keine  
2827 Dauerschuldverhältnisse eingehen dürfen. Weil es sich bei der Konnektierung von  
2828 Domains und dem Abschließen von Hostingverträgen aber immer um  
2829 Dauerschuldverhältnisse handelt, können solche Verträge nur über den  
2830 Landesverband abgeschlossen werden.“

2831 Die Landesverbände werden in dem Dokument angehalten, (Zitat:) „eine Aufstellung  
2832 aller LINKE-Domains auf Landes- und Kreisebene zu machen und die jeweiligen  
2833 Vertragsverhältnisse zu prüfen.“ Auch das Ziel dieser Aktion wird ausdrücklich  
2834 genannt: **„Langfristig sollten Verträge aller LINKE-Domains über die**

2835 **Landesverbände bzw. die Bundespartei laufen, wenn notwendig müssen**  
2836 **Verträge dazu übertragen/geändert werden"**

2837 Auf Nachfrage bei der Bundesgeschäftsstelle („*Beinhaltet das auch die Möglichkeit,*  
2838 *"von oben", also vom Land aus, die Internetseiten der Kreisverbände ein- und*  
2839 *abzuschalten?"*) wurde das Ziel klar bestätigt (Zitat): „**Und ja, im Zweifelsfall**  
2840 **kann das auch bedeuten, dass Seiten abgeschaltet werden können"**

2841 Eine weitere Nachfrage ergab folgende Antwort: „Es ist uns auch bewusst, dass es  
2842 einige **Internetseiten bei Kreis- oder sogar Ortsverbänden** gibt, [...] **deren**  
2843 **Existenz verstößt gegen die Finanzordnung. Darum sollten die Rechte auf**  
2844 **den Landesverband übertragen werden."**

2845 Dies kann und muss man als einen offensichtlichen Versuch der Gleichschaltung aller  
2846 innerparteilichen Meinungsäußerung ansehen. Dem treten wir entschieden entgegen.

2847 Weil in der Vergangenheit Websites der Partei missbraucht wurden, meint man nun  
2848 in das gegenteilige Extrem fallen zu müssen: Die generelle Kontrolle über alle im  
2849 Internet im Namen der Partei und ihrer Untergliederungen formulierten Meinungen.  
2850 Das ist das Gegenteil von Basisdemokratie und Pluralismus.

2851 DIE LINKE als Sammlungsbewegung fortschrittlicher Kräfte des linken Spektrums  
2852 darf dies nicht zulassen. Solchen Tendenzen ist mit aller Kraft entgegenzutreten.  
2853 Aber hier kann schon nicht mehr von einer Tendenz gesprochen werden. Hier wird  
2854 bereits geplant und vorbereitet! Es ist höchste Zeit, die Richtung zu überprüfen.  
2855 Sollten diese Pläne tatsächlich Wirklichkeit werden, kastriert sich die Partei. Sie  
2856 entmündigt ihre aktiven Mitglieder und verhindert den offenen, von der Basis  
2857 initiierten Diskurs. Wenn Meinung nur noch von oben nach unten veröffentlicht wird,  
2858 wenn alle Veröffentlichungen unter einem Vorbehalt von oben stehen, dann haben  
2859 wir bald wieder eine gleichgeschaltete Kaderpartei, die hoffentlich niemand von uns  
2860 wünscht.

2861 Und darum: Wehret den Anfängen! Der politische Diskurs, die Vielfalt der Meinungen  
2862 ist die einzigartige Stärke der LINKEN. Dadurch heben wir uns von den verkrusteten  
2863 Denkstrukturen der etablierten Parteien ab. Probleme gibt es wahrlich genug - nicht  
2864 nur in unserer Partei. Doch die Kompetenz für neue und überzeugende Lösungen  
2865 kommt aus der Vielfalt unserer Partei, unseren Strömungen, unseren  
2866 unterschiedlichen Lebensbedingungen, unseren unterschiedlichen Herkunft und  
2867 unserem gemeinsamen Ziel: eine gerechtere, solidarischere Welt von Morgen!

2868 **A-3**

2869 **Stand der Umsetzung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und**  
2870 **Parteientwicklung**

2871 Antragsteller Christian Stadter

2872 Der Landesvorstand wird aufgefordert, den Beschluss des Landesparteitages in  
2873 Leverkusen für die Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung allen  
2874 Delegierten dieses Parteitages schriftlich zur Verfügung zu stellen.

2875 Er wird aufgefordert, auf diesem Parteitag Rechenschaft abzulegen, was er zur  
2876 Organisation der Kampagne zur Mitgliedwerbung und Parteientwicklung bisher  
2877 unternommen hat.

2878 Darüber hinaus soll er dem Parteitag gegenüber folgende Fragen beantworten:

- 2879 - Wer ist innerhalb des Landesvorstandes für die Durchführung der Kampagne  
2880 personell verantwortlich?
- 2881 - Wie oft war die Kampagne bisher Thema auf Sitzungen des Landesvorstandes?
- 2882 - Wie oft war die Kampagne bisher Thema auf den Sitzungen des  
2883 geschäftsführenden Landesvorstandes?
- 2884 - Wie oft hat der Landesvorstand die Kampagne und daraus resultierende  
2885 Aufgaben und Unterstützung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern  
2886 der Landesgeschäftsstelle thematisiert?
- 2887 - Gemäß seiner Geschäftsordnung benennt der Landesvorstand für die  
2888 Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden verantwortliche Vorstandsmitglieder  
2889 pro Kreisverband. Welchen Kreisverbänden gegenüber haben diese die  
2890 Kampagne thematisiert?
- 2891 - Was hat der Landesvorstand bisher unternommen, um Kreisverbände bei der  
2892 Durchführung der Kampagne zu unterstützen?
- 2893 - Wurde die Kampagne von Seiten des Landesvorstandes auf Treffen mit den  
2894 Kreisverbänden thematisiert?
- 2895 - Wo hat der Landesvorstand den vom Landesparteitag beschlossenen Aufruf  
2896 zur Kampagne veröffentlicht?
- 2897 - Gab es Presseerklärungen o. ä. zur Kampagne für die Öffentlichkeit?
- 2898 - Welche Rolle spielte die Kampagne in den Berichten des Landesvorstandes an  
2899 die Tagungen des Landesrates?
- 2900 - Wie oft wurde die Kampagne von Seiten des Landesvorstandes auf den  
2901 bundesweiten Treffen des Arbeitskreises Mitgliedwerbung thematisiert?
- 2902 - Wurde die Kampagne von Seite des Landesverbandes auf den Bundestreffen  
2903 der Landesgeschäftsführer thematisiert?

2904 **Begründung**

2905 Es geht nicht an, dass eine Initiative aus den Reihen der Kreisverbände auf einem  
2906 Landesparteitag mit einem Satz im Leitantrag des Landesvorstandes beerdigt und  
2907 eine Kampagne, die auf drei Jahre angelegt ist, nach einem Jahr zu den Akten gelegt  
2908 wird.

2909 Es geht ebenfalls nicht an, die Verantwortung hierfür einseitig den Kreisverbänden  
2910 zuzuschieben.

2911 Der Parteitag ist das höchste Organ des Landesverbandes, seine Beschlüsse sind für  
2912 den Landesvorstand bindend. Er ist keine Beliebigkeitsveranstaltung, es steht dem  
2913 Landesvorstand nicht zu, seine Beschlüsse nach Belieben umzusetzen oder nicht.

2914 Insbesondere wäre der Landesvorstand verpflichtet gewesen, bei auftretenden  
2915 Schwierigkeiten in der Umsetzung eines derart zentralen Parteitagebeschlusses die  
2916 Partei darüber zu informieren und Initiativen zur Lösung zu ergreifen.

2917 Da dies versäumt wurde, hat er es nun auf diesem Parteitag gegenüber nachzuholen.

2918 **A-4**

#### 2919 **Bekräftigung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung**

2920 Antragsteller Christian Stadter

2921 Der Landesparteitag bekräftigt den Beschluss des Landesparteitages in Leverkusen  
2922 zur Kampagne, sie wird mit dem heutigen Datum für 3 Jahre neu gestartet und der  
2923 Landesvorstand mit ihrer Organisation beauftragt.

#### 2924 **Begründung**

2925 In der derzeitigen politischen Situation, angesichts der Angriffe auf Frieden, soziale  
2926 und demokratische Rechte und insbesondere auf DIE LINKE ist die Stärkung der  
2927 Partei notwendiger denn je.

2928 **A-5**

#### 2929 **Mumia Abu-Jamal**

2930 Antragsteller Christian Stadter

2931 Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf diesem Parteitag den Delegierten  
2932 gegenüber die Solidaritätsresolution des Landesparteitages in Leverkusen für Mumia  
2933 Abu-Jamal vorzustellen und einen Bericht abzugeben, welche Aktivitäten es im  
2934 Landesverband bisher zu ihrer Umsetzung gegeben hat und was er selbst hierzu  
2935 unternahm.

2936 **A-6**

#### 2937 **Rechtspopulismus stoppen – konsequent für soziale Gerechtigkeit!**

2938  
2939 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin Linksfraktion,  
2940 KV Bochum), Martin Hantke (Sprecher LAG FIP NRW), Oezlem Alev Demirel (MdL,  
2941 kommunalpolitische Sprecherin, KV Koeln), Angela Bankert (Delegierte für den LPT,  
2942 Köln), Roya A Talischi (Delegierte für den LPT, Rhein-Sieg), Karina Ossendorff (Mitglied im  
2943 Landesvorstand NRW, Delegierte für den LPT, Solingen), Niema Movassat (MdB,  
2944 Delegierte für den LPT, Oberhausen), Christian Leye (Sprecher KV Bochum, Delegierter für  
2945 den LPT)

2946

2947 Der Landesparteitag von DIE LINKE.NRW möge beschließen:

2948 Die Attentate von Anders Breivik in Norwegen haben die Frage nach der Bekämpfung  
2949 eines neuen aggressiven Rechtspopulismus aufgeworfen, der längst auch in NRW



2950 immer weiter auf dem Vormarsch ist. Hintergrund hierfür ist nicht zuletzt die aktuelle  
2951 Finanz- und Wirtschaftskrise. Denn gerade aufgrund dieser Krise versucht die  
2952 herrschende Politik alles, um von der Verteilungsfrage abzulenken und die  
2953 Gesellschaft zu spalten: in Deutsche und MigrantInnen, in Erwerbstätige und  
2954 Erwerbslose, in In- und Ausländer. DIE LINKE.NRW spricht sich gegen jede Form von  
2955 Rechtspopulismus aus und entwickelt Strategien, um rechtspopulistische Tendenzen  
2956 zu stoppen. Dabei setzt sie vor allem die folgenden Schwerpunkte:

2957 1. DIE LINKE.NRW verfolgt gerade in der Krise eine Politik, die den Empörten und  
2958 Entrechteten eine Stimme gibt, und sie nicht dem Neorassismus der Sarrazins,  
2959 Broders und Wilders überlassen. Angesichts der Euro- und Wirtschaftskrise fordert  
2960 sie auch von der Bundespartei eine Kampagne mit populärer antikapitalistischer  
2961 Ausrichtung ("Profiteure zur Kasse - Millionärssteuer jetzt!)

2962 2. DIE LINKE.NRW verfolgt eine Politik der Bewegungsorientierung. Sie setzt anstelle  
2963 von Diskriminierung und Ausgrenzung auf solidarische Gegenwehr auf den Straßen  
2964 und in den Betrieben für die sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

2965 3. DIE LINKE.NRW streitet gegen jede Form des Nützlichkeitsrassismus. Denn mit  
2966 ihm wird ein gesellschaftliches Klima für Ausgrenzung vorbereitet. Insbesondere darf  
2967 sich die Einwanderung nach Deutschland nicht nach Kriterien der kapitalistischen  
2968 Verwertbarkeit bemessen. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen!

2969 4. DIE LINKE.NRW steht gegen jede Form von Kriegstreiberei. Denn nicht zuletzt  
2970 damit versuchen die Herrschenden, mit neorassistischen Legitimationsmustern ihre  
2971 Kriege zu rechtfertigen und die ideologische Unterfütterung für die Entsendung  
2972 Bundeswehr in Auslandseinsätze zu liefern.

2973 5. DIE LINKE.NRW sieht den Kampf gegen Rechtspopulismus und für Laizismus nicht  
2974 als Widerspruch an. Konsequenter Antirassismus ist ihre Antwort auf  
2975 Rechtspopulismus, nicht der Verzicht auf Religionskritik und die Forderung nach  
2976 Trennung von Religion und Staat.

2977

2978 **A-7**

## 2979 **Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft**

2980 Antragsteller: Willi Dedecke, Artur Forge, Karsten Miebach, Werner Ratzki

2981 Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft nach § 13 Absatz 10  
2982 unserer Landessatzung:

2983 Inhalt des § 13 Absatz 10:

2984 Wenn Kreisverbände in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich  
2985 und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms oder der Satzung oder gegen  
2986 Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe  
2987 durch Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden. Der Auflösungsbeschluss  
2988 bedarf einer satzungsändernden Mehrheit. Dieser Beschluss muss auch das weitere  
2989 Verfahren zur demokratischen Neukonstituierung regeln. Die Parteimitgliedschaft des  
2990 einzelnen Mitgliedes bleibt davon unberührt.

2991 Der geforderte Beschluss des Landesparteitages wird wie folgt vorgeschlagen:

2992 Der gesamte Kreisvorstand wird aufgelöst und die Mitglieder des aufgelösten  
2993 Vorstandes dürfen die nächsten 4 Jahre keine Parteiämter übernehmen. Eine  
2994 Neuwahl des Kreisvorstandes ist vom Landesvorstand vorzunehmen und zu  
2995 überwachen. Er kann dabei auf Mitglieder aus dem REK zurückgreifen, es dürfen  
2996 jedoch keine der abgelösten Personen mitwirken.

2997 Begründung:

2998 Am 05.11.2010 wurde auf dem Kreisparteitag eine Satzung für den Kreisverband  
2999 Rhein-Erft von den Mitgliedern in Kraft gesetzt.

3000 Hierin heißt es im § 4 Absatz 9 Satz 1 und 2:

3001 Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind parteiöffentlich. Die Termine der Sitzungen,  
3002 die Einladung und die vorgesehene Tagesordnung sind auf der Website des  
3003 Kreisverbandes zu veröffentlichen und den Mitgliedern elektronisch zu übermitteln.

3004 Die Sprecherin des Kreisverbandes, Jutta Decruppe, und der Sprecher, Sascha Jügel,  
3005 sind von uns immer wieder, also insgesamt 9 mal, aufgefordert worden diese  
3006 Satzungsvorgabe einzuhalten, jedoch ohne irgendeinen Erfolg. Den Mitgliedern im  
3007 Rhein-Erft-Kreis (REK) ist es deshalb nicht möglich sich in die Parteiarbeit  
3008 einzubringen, da der Vorstand nur unter sich arbeitet und keine Informationen  
3009 weiterleitet. Natürlich werden auch keine Vorstandsprotokolle an die Mitglieder  
3010 weitergeleitet, auch nicht elektronisch, demzufolge verstößt der gesamte  
3011 Kreisvorstand permanent gegen das Gebot der Informationspflicht der Mitglieder.

3012 Des Weiteren wurde von Mitgliedern des Vorstandes des REK eine Basisgruppe neben  
3013 einem Stadtverband (Stadt Hürth im REK) gegründet, welche dem Stadtverband  
3014 Konkurrenz in der eigenen Partei machen soll, nur weil sich der Kreisvorstand in  
3015 diesem Stadtverband keine Mehrheit sichern konnte. Eine Partei in der Partei um  
3016 gegeneinander vorzugehen ist nicht im Sinne unserer Partei. Wenn Differenzen  
3017 bestehen sollen diese auf demokratischen Weg beigelegt werden.